

Geschäftsbericht 2011



IB

Investitionsbank
Schleswig-Holstein

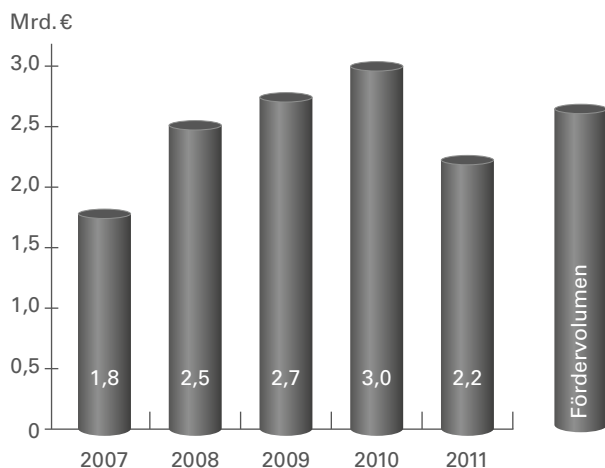
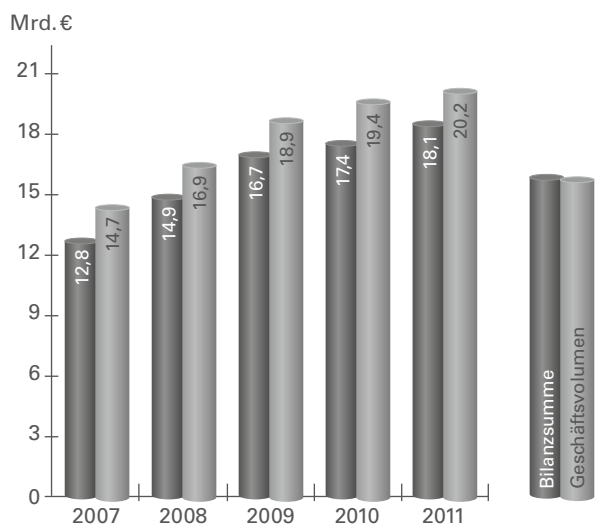
Investitionsbank Schleswig-Holstein im Überblick

Rechtsform

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und besitzt eine Bankerlaubnis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Träger der Investitionsbank Schleswig-Holstein ist das Land Schleswig-Holstein (100%).

Aufgaben: Fördern, Finanzieren, Beraten

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) unterstützt das Land Schleswig-Holstein als zentrales Förderinstitut in der Umsetzung wirtschafts- und strukturpolitischer Aufgaben. Die IB berät in allen Förderfragen und vergibt Fördermittel für die Wirtschaft, den Wohnungsbau, Kommunen, Arbeitsmarkt- und Ausbildungsmaßnahmen, Umwelt- und Energieprojekte und den Städtebau sowie den Agrarbereich. Unterstützt werden öffentliche und private Investitionsvorhaben in Schleswig-Holstein. In den einzelnen Förderfeldern hat die Investitionsbank im Jahr 2011 insbesondere die Herausforderungen der Energiewende in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gestellt.



Die Investitionsbank hat aufgrund einer bewussten Strategieänderung ihr Kommalkreditgeschäft auf Schleswig-Holstein konzentriert. Damit wurde bei insgesamt geringerem Neugeschäftsvolumen im Kommunalbereich die Förderintensität in Schleswig-Holstein gesteigert. Aufgrund der zeitgemäßen Abwicklung des Konjunkturpakets II und des Auslaufens der aktuellen Strukturfondsperiode sind die Zuschussmittel im Bereich Arbeitsmarkt- und Strukturförderung entsprechend zurückgegangen.

	Seite
Vorwort des Vorstandes	4
Bericht des Verwaltungsrates	6
Highlights 2011	7
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	10
Leistungsspektrum 2012	16
Firmenkunden	18
MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH	25
Immobilienkunden	30
IB.Energieagentur Schleswig-Holstein	35
Kommunalkunden	40
Beratung Öffentliche Infrastruktur/ÖPP-Kompetenzzentrum	45
Arbeitsmarkt- und Strukturförderung	50
EU-Förderung	58
IB.Europa/Enterprise Europe Network	60
IB.Repräsentanz Brüssel	61
INTERREG/Baltic Sea Region Programme	63
Bundesförderung	68
Kulturrengagement	74
Jahresabschluss	78
Lagebericht	80
Bilanz	104
Gewinn- und Verlustrechnung	106
Anhang	107
Organe	118
Bestätigungsvermerk	121
Kontakt	123

**Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Kunden und Geschäftspartner,**

die Energiewende bewegt ganz Deutschland. Mit einer Vielzahl von Entwicklungsschritten sind wir auf dem Weg in ein neues Energie-Zeitalter. Durch den Atomausstieg erfolgt einerseits eine stärkere Hinwendung zu den erneuerbaren Energien. Andererseits rücken die Einsparung von Energie sowie Maßnahmen der Energieeffizienz immer mehr in den Mittelpunkt, sei es im Gebäudesektor, in den Unternehmen oder in den Kommunen. Und schließlich werden Innovationen wie neue Technologien zur Stromspeicherung, „intelligente Netze“ oder Elektromobilität neue Möglichkeiten eröffnen.

Die gewaltigen Investitionen bei der Umsetzung der Energiewende führen zu einer Sonderkonjunktur in Schleswig-Holstein, die ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum bewirkt. Die Investitionsbank hat dieses Wirtschaftswachstum 2011 mit ihren vielfältigen Produkten unterstützt und die energiepolitischen Herausforderungen angenommen. Wir haben viele Projekte in diesem Bereich mit ihren hohen Finanzierungsvolumina erfolgreich begleitet. Dies gilt für die drei Segmente der Investitionsbank Immobilien, Wirtschaft und Kommunen gleichermaßen.

Mit den Mitteln der Immobilienförderung entsteht bedarfsgerechter und energieeffizienter Wohnraum, der zu günstigen Mietpreisen angeboten werden kann. Aspekte des Klimawandels wie auch des Demografischen Wandels werden dabei berücksichtigt. Der Klimapakt des Landes Schleswig-Holstein mit den wohnwirtschaftlichen Verbänden konnte so maßgeblich unterstützt werden. Jetzt kommt es darauf an, Eigennutzer und private Vermieter bei Maßnahmen zur Energieeffizienz weiter zu unterstützen.

In der Wirtschaftsförderung resultierte etwa ein Drittel des Kreditvolumens aus Investitionen zur Umsetzung der Energiewende. Die Investitionsbank beteiligte sich an der Finanzierung von Windkraft-, Photovoltaik- und Biomasseanlagen. Neben der Energiewende trug die anziehende Konjunktur verbunden mit einer verstärkten Nachfrage der Hausbanken nach Risikoteilung zum gestiegenen Neugeschäft bei.

Mit einer strategischen Neuausrichtung des Bereichs Kommunal- und Infrastrukturfinanzierungen konnten wir die Kommunalförderung in Schleswig-Holstein weiter stärken. Neben dem bereits im Vorjahr bedeutenden Thema Breitbandausbau spielt auch im kommunalen Bereich die Energiewende eine große Rolle. In dem neu geschaffenen Kompetenzzentrum für Infrastruktur bündelt die Investitionsbank ihre Erfahrungen aus dem ÖPP-Kompetenzzentrum und der Infrastrukturfinanzierung mit weiteren Förderprogrammen und dem technischen Know-how der hauseigenen Energieagentur. Auf diesem Weg wollen wir unsere kommunalen Kunden dabei unterstützen, die großen Herausforderungen der Energiewende zu meistern. Die Energieagentur der Investitionsbank bietet klare Orientierung bei der energetischen Verbesserung der kommunalen Liegenschaften.

Vorwort des Vorstandes



Erk Westermann-Lammers
(Vorsitzender des Vorstandes)

Dr. Michael Adamska
(Vorstand)

Auch mit dem *Zukunftsprogramm Wirtschaft* und dem *Zukunftsprogramm Arbeit* – die im Auftrag des Landes Schleswig-Holstein durch die Investitionsbank betreut werden – konnten wir Investitionen zur Umsetzung der Energiewende mit Zuschüssen unterstützen. Große Bedeutung haben hierbei auch die berufliche Weiterbildung und Qualifizierungen, mit denen dem Fachkräftemangel, der nicht zuletzt durch die Energiewende entsteht, entgegengewirkt wird.

Ihren Erfolg verdankt die Investitionsbank vor allem dem Know-how, der Leistungsfähigkeit und dem Engagement ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Als Arbeitgeber bekennen wir uns zu einer familienbewussten Personalpolitik. So wurde die Investitionsbank 2011 mit dem Audit *berufundfamilie* der *Hertie-Stiftung* zertifiziert.

Wir bedanken uns herzlich bei unseren Kunden und unserem Eigentümer, dem Land Schleswig-Holstein, für das entgegengebrachte Vertrauen und bei unseren Partnern für die konstruktive Zusammenarbeit! Auf der Basis gemeinsamer Ziele sowie mit Verantwortung und Weitblick wollen wir Schleswig-Holstein weiter stärken und für die Zukunft rüsten!

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Erk Westermann-Lammers'.

Erk Westermann-Lammers
(Vorsitzender des Vorstandes)

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Michael Adamska'.

Dr. Michael Adamska
(Vorstand)

Bericht des Verwaltungsrates

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und das zentrale Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein.

Der Verwaltungsrat trat 2011 viermal zusammen. Der Vorstand hat den Verwaltungsrat regelmäßig über den aktuellen geschäftlichen Verlauf und über die erwartete zukünftige Entwicklung informiert.

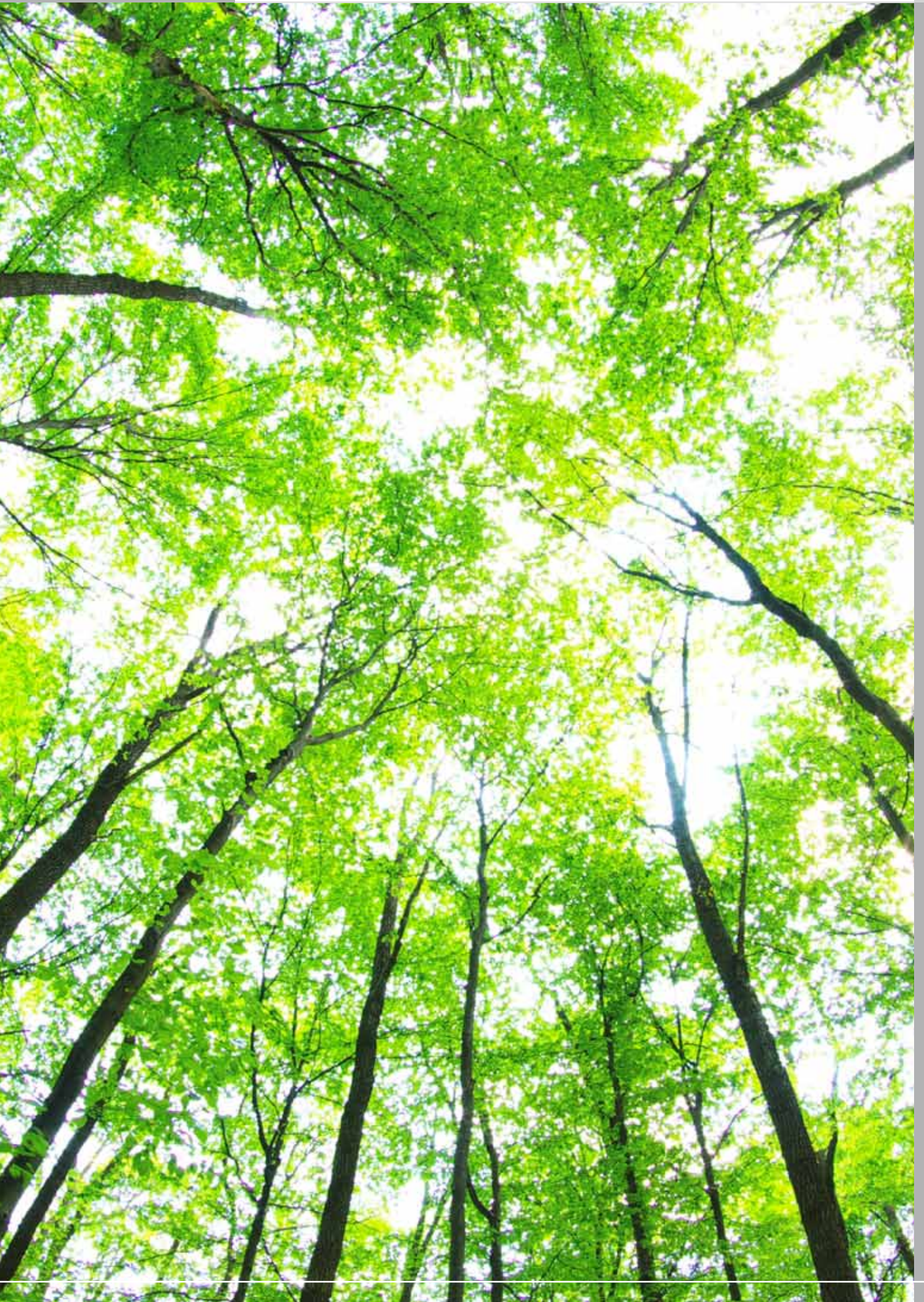
Im Mai 2012 billigte der Verwaltungsrat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss 2011 nebst Lagebericht. Unter gleichem Datum erteilte der Verwaltungsrat die Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2011 und beschloss auf Vorschlag des Vorstands über die Verwendung des Gewinns.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der IB für die im Jahr 2011 geleistete Arbeit.

Kiel, 24. Mai 2012

Der Verwaltungsrat der Investitionsbank Schleswig-Holstein

gez. Dr. Olaf Bastian
(Vorsitzender)



Januar/Februar 2011

Kultursponsoring: große Armin-Mueller-Stahl- Retrospektive

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die IB würdigen gemeinsam das Multitalent Armin Mueller-Stahl anlässlich seines 80. Geburtstages mit einer Ausstellung, einem Vortragsabend und einer Filmreihe.



15. Februar

Zweites AgrarFinanzForum

Unter dem Titel „Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Akzeptanz und Wachstum“ diskutieren rund 200 Gäste aus Praxis, Politik, Wissenschaft und Banken im Kieler Landeshaus über die Zukunftschancen der Branche.



15. März

Bilanz-Pressekonferenz

Das Geschäftsjahr 2010 verlief mit einer deutlichen Steigerung des Fördergeschäfts. Hinter dem Fördervolumen von insgesamt 3 Mrd. € steht eine Vielzahl konkreter Einzelmaßnahmen, die helfen, den Herausforderungen der Megatrends unserer Zeit gerecht zu werden.

17. bis 20. März

New Energy

Auf der Messe für erneuerbare Energien in Husum stellt die IB den Besuchern am Messestand ihre Produkte und Dienstleistungen vor. Im Rahmen des Messekongresses diskutieren Experten und über 100 Teilnehmer beim „IB.EnergieForum“ über die Fragestellung „Haben erneuerbare Energien eine Zukunft?“



17. März

Vertragsunterzeichnung „Breitband“

Um die Verantwortung für den Breitbandausbau in Schleswig-Holstein auf eine gemeinsame Grundlage zu stellen, unterzeichnen Wirtschaftsminister, IB und rund 45 Unternehmen und Institutionen aus dem Breitbandsektor eine Breitbanderklärung.

29. und 30. März

Finanzforum Handwerk

Unter dem Motto „Solides Handwerk – stabile Finanzierung“ diskutieren über 300 Vertreter aus Handwerksbetrieben und Verantwortliche der Kreditbranche. In einer Gemeinschaftsinitiative hatten die IB, das Wirtschaftsministerium, die Handwerkskammern, die Kreditwirtschaft und die weiteren Förderinstitute zum Finanzforum Handwerk in Flensburg und Lübeck eingeladen.



29. April

JUNIOR

„Wirtschaft live erleben – wenn aus Schülern junge Unternehmer werden“ – gemeinsam mit dem Institut der Deutschen Wirtschaft veranstaltet die IB den JUNIOR-Landeswettbewerb in Schleswig-Holstein. Sieger wird das Schüler-Unternehmen „Kreis-Möwen“ mit einem Spiel zum Kreis Plön.



31. Mai

Europäische Förder- und Kooperationsmöglichkeiten für die Ernährungsbranche

Rund 30 Teilnehmer informieren sich beim Enterprise Europe Network Hamburg Schleswig-Holstein auf einer gemeinsamen Veranstaltung in Neumünster in Zusammenarbeit mit dem Kompetenznetzwerk Ernährungswirtschaft über aktuelle Förder- und Kooperationsmöglichkeiten.



23. Juni

Informationsveranstaltung für türkischstämmige Unternehmer

Türkischstämmige Unternehmensvertreter, Freiberufler und Existenzgründer nutzen eine gemeinsame Veranstaltung des Türkischen Arbeitgeberbundes Kiel e. V., der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein und der Förderinstitute, um sich über Finanzierungs- und Förderangebote zu informieren.

23. Juni

Start des neuen Mikrokreditprogramms

Mit Unterstützung des Landes bringt die IB ein Angebot für kleine Gründungsvorhaben an den Start. Das Programm entwickelt sich sehr erfreulich.

30. Juni bis 3. Juli

Kultursponsoring: JazzBaltica

Als Hauptsponsor unterstützt die IB das bedeutsame Jazz Festival und stiftet bereits zum vierten Mal einen Förderpreis für junge Nachwuchsmusiker. Die Auszeichnung geht an das Clara Haberkamp Trio.



11. Juli

DKMS-Aktion

Nachdem sich die Investitionsbank an einer Aktion der Deutschen Knochenmarksspenderdatei (DKMS) zur Ermittlung von potentiellen Stammzellenspendern beteiligt hatte, konnten zwei Kollegen als „genetische Zwillinge“ zur Heilung von Leukämie-Patienten beitragen. Als Zeichen der Anerkennung gab es eine Urkunde.



8. bis 13. September
Nordbau

Zahlreiche Interessenten informieren sich auf der größten Baumesse Norddeutschlands am Messestand über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten rund um die eigenen vier Wände. Im Rahmen einer Fachtagung der IB diskutieren Experten über „Nachhaltige Bewirtschaftungskonzepte im öffentlichen Hochbau.“



20. September

Vorstellung der Gesamtbankstrategie

In einer Informationsveranstaltung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter informiert der Vorstand ausführlich über die strategische Ausrichtung und künftigen Ziele der Investitionsbank.



14. November

Quartiersentwicklung in Neumünster

Gemeinsam mit der Stadt Neumünster diskutieren Experten der IB mit interessierten Bewohnern der Frankenstraße in Neumünster über die Entwicklungsmöglichkeiten im dortigen Quartier.

24. November

Ist Breitband finanzierbar?

Unter diesem Motto lädt die IB Vertreter der Kreditinstitute in Schleswig-Holstein zur Diskussion mit Experten über die Versorgung mit Breitbandanschlüssen als Standortfaktor ein.

21. Dezember

Spendenübergabe

Mit Unterstützung der Erlöse aus der Tombola im Rahmen der internen Weihnachtsfeier übergibt die IB eine Spende an den Ambulanten Hospizdienst Schleswig sowie zwei weitere regionale Einrichtungen. Im Vorfeld waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgerufen, Initiativen aus der Region für die Verwendung der Spendengelder vorzuschlagen.

Frühjahr und Herbst

Baumessen

Bauherren, Haus- und Wohnungskäufer und Modernisierer informieren sich über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten auf zahlreichen Baumessen im Land.



Während des ganzen Jahres

Von der Existenzgründung bis zum Unternehmen

Bei zahlreichen Veranstaltungen stellen die Förderlotsen der IB Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten vor – für Existenzgründungsinteressierte und bestehende Unternehmen.



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Ihren Erfolg verdankt die Investitionsbank vor allem der Kreativität und dem Engagement ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mit dem Ziel der weiteren Qualifizierung und Potentialförderung fanden 2011 erneut Personalentwicklungstage statt. Die Investitionsbank bekennt sich zu einer familienbewussten Personalpolitik, so trat sie 2011 dem Unternehmensnetzwerk *Erfolgsfaktor Familie* bei und wurde mit dem Audit *berufundfamilie* zertifiziert.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Investitionsbank

Die Personalstruktur

Am 31. Dezember 2011 waren bei der Investitionsbank 494 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Auf Vollzeitarbeitskräfte (VAK) umgerech-

net, betrug die aktive Personalkapazität am Ende des Jahres 446 VAK. Das sind elf VAK mehr als Ende 2010. Der Personalanstieg gegenüber dem Vor-

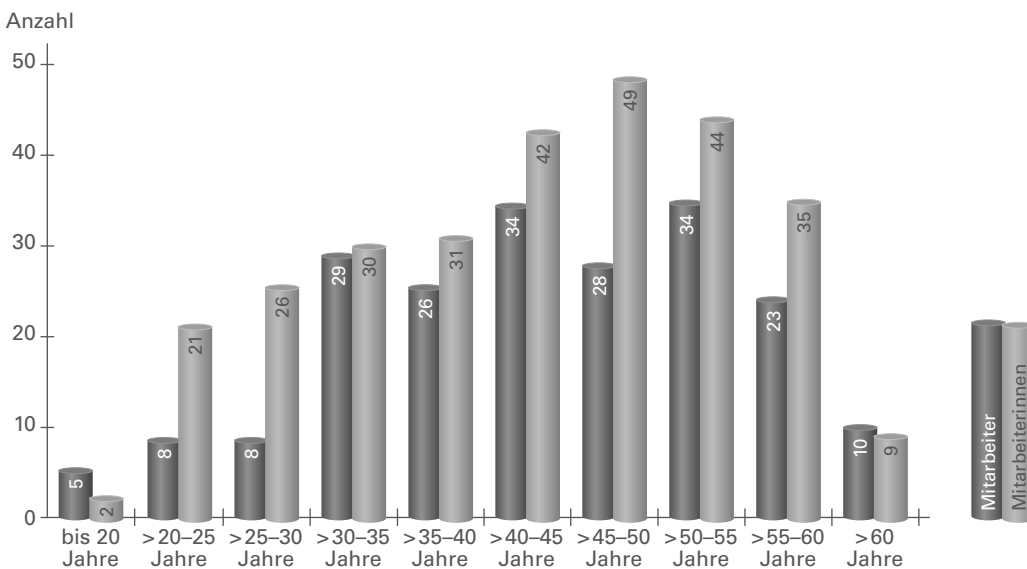
jahr ist im Wesentlichen auf die Aufstockung von Ausbildungsplätzen und das steigende Geschäftsvolumen zurückzuführen.

Personalstruktur der Investitionsbank (nach Köpfen)	31.12.2010 Anzahl	31.12.2011 Anzahl
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	486	494
▶ davon in Elternzeit	8	5
▶ davon in der Arbeitsphase Altersteilzeit	13	9
▶ davon in der Freistellungsphase Altersteilzeit	6	8
▶ davon Frauen	283	289
▶ davon Auszubildende	16	20
▶ davon Trainees	5	3
Aushilfen	19	19
Führungskräfte	55	57
▶ davon Frauen	16	19

Der Anteil der Frauen an der Gesamtbelegschaft lag bei 58,5 %, die Teilzeitquote bei 24,3 %. Der Anteil der

Frauen an Führungspositionen lag bei 33,3 %. Das Durchschnittsalter am 31. Dezember 2011 betrug 43,5 Jahre.

Altersstruktur 31.12.2011



Die Ausbildung

Die Investitionsbank bietet bedarfsorientiert folgende Ausbildungsgänge an:

- ▶ Bankkauffrau/-mann
- ▶ Bürokauffrau/-mann
- ▶ Bachelor of Arts inkl. Bankkauffrau/-mann
- ▶ Bachelor of Science inkl. Informatikkauffrau/-mann
- ▶ Praktikums- und Diplom-arbeitsplätze
- ▶ Traineeausbildung
- ▶ Rechtsreferendar/-in

Im Berichtsjahr konnten vier Auszubildende und zwei Trainees ihre Ausbildung erfolgreich abschließen und wurden in ein Angestelltenverhältnis übernommen. Außerdem ermöglicht die Investitionsbank interessierten Bachelor-Studierenden, ihr Studium mit einer praktischen Ausbildung zu kombinieren. Dieser duale Ansatz findet in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein statt.

Engagierten Studierenden bietet die Investitionsbank darüber hinaus in verschiedenen Bereichen Praktikums- und Diplom-arbeitsplätze an. Im Rahmen einer Traineeausbildung können hochschulqualifizierte Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger verschiedene Fachabteilungen durchlaufen. Nicht zuletzt erhalten Rechtsreferendare die Möglichkeit, ihre Verwaltungs- und Wahlstation in der Investitionsbank zu absolvieren.

Aus- und Fortbildung	31.12.2010 Anzahl	31.12.2011 Anzahl
Auszubildende gesamt	16	20
▶ davon Auszubildende zur Bankkauffrau/zum Bankkaufmann	6	6
▶ davon Auszubildende zur Bürokauffrau/zum Bürokaufmann	5	7
▶ davon Studentinnen und Studenten mit dem Ziel Bachelor of Arts	3	4
▶ davon Studentinnen und Studenten mit dem Ziel Bachelor of Science	2	3
Trainees	5	3
Praktikanten	10	1

Um Aus- und Fortbildung ging es auch bei den Messebeteiligungen im Jahr 2011. Zum einen nahm die Investitionsbank erfolgreich an der

nordjob, der Fachmesse für Ausbildung und Studium, teil, und erstmals am *parentum*-Elternabend des Beratungsforums *parentum*, das sich an

Eltern wendet, die sich gezielt über die Ausbildungsmöglichkeiten ihrer Kinder informieren wollen.

Die Potentialförderung

Die Förderung der Beschäftigten spielt bei der Investitionsbank traditionell eine große Rolle. Aussichtsreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden regelmäßig von den Führungskräften benannt und nach Bestehen eines Assessment Centers

über einen Zeitraum von fünfzehn Monaten besonders gefördert. Zum Ablauf gehören unter anderem die Teilnahme an Seminaren, Workshops und Coachings sowie die Übernahme einer Projektarbeit. Vier Mitarbeiterinnen und vier Mitarbeiter haben

am Potentialträgerprogramm 2010 teilgenommen und dieses im Juni 2011 erfolgreich abgeschlossen. Die nächste Durchführung der Initiative erfolgt 2012.

Die Führungstrainings

Zur Qualifizierung von Führungskräften fanden auch im vergangenen Jahr verschiedene Trainings und Impulsvorträge statt. Neben Veranstaltungen zum Thema Arbeitsrecht und kollegialer Beratung stand dabei auch das Thema Gesundheit im Fokus:

So stellte zum Beispiel Frau Ute Vondenhof, selbstständige Trainerin in den Bereichen Kommunikation, Führungskräftetraining und Stressmanagement, die sieben Stufen des

Burnouts vor. Die Führungskräfte wurden sensibilisiert, um Fehler für sich selbst zu vermeiden und um noch besser auf Kolleginnen und Kollegen achten zu können.

Im Vortrag *Der perfekte Tag* vermittelte Gesundheits-Experte Slatco Sterzenbach, momentan führend auf dem deutschen Markt im ganzheitlichen Gesundheitscoaching, die neuesten Erkenntnisse des Ausdauertrainings und einer energetisierenden Ernäh-

rung. Auf das rechte Maß, auf ein optimales Verhältnis von Ernährung, körperlicher Bewegung, Schlaf und Entspannung, mentalem Training und Motivation kommt es an, wenn man – ganz ähnlich wie ein Spitzensportler – hohe und höchste Leistungen abrufen und verwirklichen will. Die Führungskräfte der Investitionsbank erfuhren, wie sie ihren Biorhythmus für einen vitalen Körper und wachen Geist nutzen können.

Audit berufundfamilie

Die Investitionsbank betont ihr Bekenntnis zu einer familienbewussten Personalpolitik, indem sie 2011 dem Unternehmensnetzwerk *Erfolgsfaktor Familie* beiträgt. Hierbei handelt es sich um eine gemeinsame Initiative des Bundesfamilienministeriums und des Deutschen Industrie- und Handelskammertages. Es versteht sich als zentrale Plattform für Unternehmen, die sich für familienbewusste Personalpolitik interessieren oder bereits engagieren.

Zusätzlich hat die Investitionsbank im Berichtsjahr die Hertie-Stiftung mit dem Audit *berufundfamilie* beauftragt, um die Familienfreundlichkeit der Investitionsbank prüfen zu lassen und weiter zu verbessern. Das

Audit gilt als anerkanntes Qualitätssiegel für eine nachhaltig familienbewusste Personalpolitik in Unternehmen und steht unter der Schirmherrschaft des Bundesfamilien- und des Bundeswirtschaftsministeriums.

Im Rahmen des Audits wurde in einem ersten Schritt der Status quo der bereits angebotenen Maßnahmen zur besseren Balance von Beruf und Familie erfasst. Anschließend ging es darum, systematisch das betriebsspezifische Entwicklungspotential mittels konkreter Ziele und Maßnahmen zu erarbeiten und mit der Formulierung einer Zielvereinbarung abzuschließen. Die daraus resultierenden Maßnahmen werden innerhalb der nächsten drei Jahre umgesetzt.



Auf Basis dieser Zielvereinbarung wurde die Investitionsbank am 8. Dezember 2011 mit dem Audit *berufundfamilie* zertifiziert. Die Familienfreundlichkeit der Investitionsbank wird ab jetzt jährlich von der gemeinnützigen Hertie-Stiftung überprüft.

Familienbeauftragte

Mit der Benennung einer Familienbeauftragten steht den Beschäftigten der Investitionsbank eine feste Ansprechpartnerin zur Verfügung, die sich auf Themen um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie spezialisiert hat. Neben der Balance zwischen Beruf und Elternschaft rücken zuneh-

mend die Beschäftigten mit pflegebedürftigen Angehörigen in den Blick. Die Familienbeauftragte sorgt dafür, dass Betroffene schnell die benötigten Informationen erhalten und bei Problemen geeignete Ansprechpersonen gefunden werden. Sie wirkt mit bei Planung und Durchführung

von Projekten, nimmt bei Bedarf an Treffen einer Steuerungsgruppe teil und bringt Ideen und Anregungen zur Förderung der Familienfreundlichkeit ein. Zudem vertritt die Familienbeauftragte die Investitionsbank im Unternehmensnetzwerk *Familienfreundliche Unternehmen* in Kiel.

Personalentwicklungstage

Mit dem Ziel, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für gegenwärtige und zukünftige Aufgaben der Bank zu qualifizieren und Potentialträgerinnen und Potentialträger für zukünftige Spezialisten- oder Führungspositionen zu ermitteln, fanden 2011 erneut die Personalentwicklungstage

(PET) statt. Diese Initiative ergänzt das jährliche Mitarbeitergespräch und erfolgt alle drei Jahre. Vor einer PET-Kommission – bestehend aus dem Vorstand, dem Personalbereich sowie der Arbeitnehmervertretung – berichten die Führungskräfte über jeden ihrer Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter. Vorausgegangen ist ein Entwicklungsgespräch zwischen Mitarbeitenden und Führungskraft, das mit einer Vereinbarung über persönliche Bedarfe und Entwicklungsschritte verbunden ist.

Dank

Auch das Jahr 2011 war ein erfolgreiches Geschäftsjahr, was vor allem der Leistung und dem Engagement unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verdanken ist. Der Vorstand

dankt allen Beschäftigten! Unser Dank gilt überdies unserem Personalrat und der Gleichstellungsbeauftragten für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Leistungsspektrum 2012 (Stand 01. Mai 2012)

Firmenkunden

Beratung und Dienstleistungen

- ▶ Förderlotsen einschließlich Gründerinnenberatung
- ▶ Beratung bei der Entwicklung und Realisierung von Wind-, Bioenergie-, Solar- und Photovoltaik-Projekten

Kredite für Firmenkunden und landwirtschaftliche Betriebe

- ▶ Kredite für
 - ▶ Investitionen
 - ▶ Vorräte und Forderungen
 - ▶ Forschungs- und Entwicklungsvorhaben
 - ▶ außenwirtschaftliche Aktivitäten
 - ▶ Nachfolgeregelungen
 - ▶ Umweltmaßnahmen
 - ▶ Projekte im Bereich regenerativer Energien
- ▶ IB.KMUdirekt (Direktkredite für Unternehmensfestigungen)
- ▶ IB.AgrarKREDIT

Kredite für Existenzgründungen

- ▶ Starthilfe Schleswig-Holstein
- ▶ IB.Mikrokredit

Beteiligungskapital für Unternehmen

- ▶ EFRE-Risikokapital-Fonds
- ▶ Mittelstandsfonds SH GmbH
- ▶ MBG-Beteiligungen

Zuschüsse

- ▶ Informationen zu öffentlichen Förderungen finden Sie im Bereich Arbeitsmarkt- und Strukturförderung unter „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ und „Weitere Förderprogramme“

IB.Europa

Enterprise Europe Network Hamburg – Schleswig-Holstein

- ▶ Beratung über EU-Förderprogramme und -Initiativen
- ▶ Unterstützung bei der Antragstellung und Projektentwicklung
- ▶ Förderung der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft
- ▶ Unterstützung von Unternehmen bei Aktivitäten zur Internationalisierung
- ▶ Information über EU-Themen (z.B. Eurobrief)

Immobilienkunden

Beratung und Dienstleistungen

- ▶ Finanzierungsberatung für Eigentumsmaßnahmen und Mietwohnungsbau
- ▶ Betreuung von Wohnungseigentümergeinschaften bei Finanzierung von Modernisierungs- und/oder Sanierungsmaßnahmen
- ▶ Energetische und finanzwirtschaftliche Beratung im Mietwohnungsbereich (IB.ImmobiliCheck)
- ▶ Beratung mit Hilfe der dynamischen Investitionsrechnung (IB.ImmoInvest)
- ▶ IB.IQ – Integrative Quartiersentwicklung
- ▶ IB.ImmoFokus – Regionales Wohnungsmarktmonitoring

Soziale Wohnraumförderung

Mietwohnungsbau Baudarlehen für

- ▶ Neubau, Ausbau und Erweiterung sowie Modernisierung von Mietwohnungen
- ▶ Erwerb von Belegungsrechten an bestehendem Wohnraum
- ▶ Erwerb bestehender Wohnungen durch neu zu gründende oder auszugründende Wohnungsgenossenschaften

Eigentumsmaßnahmen Baudarlehen für

- ▶ Neubau und Erwerb von selbst genutztem Wohnraum
- ▶ Änderung oder Erweiterung von Gebäuden zur Schaffung von selbst genutztem Wohnraum oder für behindertengerechtes Wohnen
- ▶ Gruppenselbsthilfemaßnahmen

Allgemeine Wohnraumförderung

optimale Ergänzung von Finanzierungen anderer Institute

Mietwohnungsbau

- ▶ eigene Kreditprodukte (z.B. Kooperationsdarlehen)
- ▶ Vergabe von KfW-Darlehen

Eigentumsmaßnahmen

- ▶ ergänzende Darlehen der IB (z.B. IB.ImmoFlex)
- ▶ Vergabe von KfW-Darlehen
- ▶ IB.ImmoRente

Städtebauförderung

Förderprogramme für

- ▶ Sanierung und Entwicklung
- ▶ Stadtumbau West
- ▶ Soziale Stadt
- ▶ Aktive Stadt- und Ortsteilzentren
- ▶ Städtebaulichen Denkmalschutz
- ▶ Kleinere Städte und Gemeinden

IB.Energieagentur

- ▶ Energiemanagement: Einführung, Begleitung, Schulung
- ▶ Internetgestütztes Energiecontrolling (IB.EnergieCheck)
- ▶ Stromeinsparung in öffentlichen Gebäuden
- ▶ Wärmetechnische Gebäudesanierung
- ▶ Energiepass für öffentliche Gebäude
- ▶ Beratung und Unterstützung bei
 - ▶ Windenergie- und Bioenergieprojekten
 - ▶ thermischen Solaranlagen und Photovoltaik-Projekten
 - ▶ Integration, Finanzierung und Betrieb von Blockheizkraftwerken
 - ▶ Ausschreibung von Strom- und Erdgaslieferungen
 - ▶ Bewertung von Konzessionsverträgen für Strom- und Erdgasbelieferung
 - ▶ Durchführung von Contracting-Vorhaben

Spezialleistungen

Kreditinstitute

- ▶ Beratung über die Anwendungsmöglichkeiten aller Förderprogramme der KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR)
- ▶ Durchleitung von Bundesfördermitteln der KfW und der LR an die Sparkassen
- ▶ Zweckgebundene Refinanzierungen von Kreditinstituten (IB.Refi) zur Förderung des Mittelstandes, kommunalnaher Unternehmen und der Immobilienkunden
- ▶ Zweckgebundene Refinanzierungen von Beteiligungsgesellschaften zur Förderung des Mittelstandes

EU-Programme zur territorialen Zusammenarbeit

- ▶ Beratung von öffentlichen Verwaltungen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaftsförderinstituten zu Fördermöglichkeiten aus dem transnationalen Ostseeraumprogramm 2007–2013, dem

Kommunalkunden

Infrastruktur-Kompetenz-zentrum

Beratung und Dienstleistungen

- ▶ Beratung bei der Entwicklung, Finanzierung und Umsetzung von öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen unter Berücksichtigung der Förderprogramme von Land/Bund/EU
- ▶ Praxisnahe Informationen für Öffentlich-Private-Partnerschaften
- ▶ ÖPP-Realisierungskonzepte und Eignungsabschätzungen
- ▶ Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen für Infrastrukturvorhaben
- ▶ Finanzierungsberatung im ÖPP-Vergabeverfahren

Kommunales Energiemanagement

- ▶ Ausführliche Informationen zu unseren Leistungen Energiemanagement und Erneuerbare Energien befinden sich unter der Überschrift „Immobilienkunden“ bei „IB.Energieagentur“

Kredite an Kommunen

- ▶ Individuelle Finanzierungs- und Förderberatung für Kommunen und kommunale Eigenbetriebe
- ▶ Individuelle und zinsgünstige Kommunalkredite
- ▶ Kredite aus dem Kommunalen Investitionsfonds

Kredite an kommunale Unternehmen

- ▶ Individuelle Finanzierungsberatung unter Einbeziehung von Fördermöglichkeiten
- ▶ Zinsgünstige Kredite aus eigenen Programmen (z.B. IB.Breitband)
- ▶ Kooperation mit Hausbanken und Sparkassen
- ▶ Krankenhausfinanzierungsmittel

Kredite an Infrastruktur-Projektgesellschaften

- ▶ Unterstützung bei der Entscheidungsfindung und bei der Herstellung der notwendigen Transparenz im Vorfeld
- ▶ Finanzierung der Bauphase
- ▶ Langfristige Endfinanzierung

Arbeitsmarkt- und Strukturförderung

Arbeitsmarktförderung

Zukunftsprogramm Arbeit

- ▶ Stärkung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten
 - ▶ Weiterbildungsbonus Schleswig-Holstein
 - ▶ Potentialberatung für KMU
 - ▶ Qualifizierung von Existenzgründerinnen und -gründern aus der Arbeitslosigkeit
 - ▶ Vorgründungsberatung für Existenzgründungen aus Beschäftigung
 - ▶ Beschäftigungsentwicklung in Clustern
- ▶ Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
 - ▶ Förderung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze
 - ▶ Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung
 - ▶ Förderung der Ausbildungsplatzakquisition
 - ▶ Regionale Ausbildungsbetreuung
 - ▶ Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt
 - ▶ Trainingsmaßnahmen zur Verbesserung der Berufschancen junger Menschen
 - ▶ Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen für jugendliche Strafgefangene
 - ▶ Transnationale Maßnahmen
- ▶ Integration von benachteiligten Personen in den Arbeitsmarkt
 - ▶ Innovative Arbeitsmarktprojekte
 - ▶ Beratungsstellen Frau & Beruf
 - ▶ Förderung der Alphabetisierung

Strukturförderung

Zukunftsprogramm Wirtschaft

- ▶ Technologie- und Gründerzentren
- ▶ Berufsbildungsstätten und Einrichtungen der Weiterbildung sowie Infrastruktur der Weiterbildung
- ▶ Einzelbetriebliche Investitionsförderung
- ▶ Familienbewusste Personalpolitik
- ▶ Regional- und Clustermanagements
- ▶ Gewerbe- und Industrieflächen
- ▶ Multifunktionale Einrichtungen
- ▶ Förderung von Informations- und Kommunikationstechnologien
- ▶ Altlastensanierung und Flächenrecycling
- ▶ Hafeninfrastruktur
- ▶ Nachhaltige Stadtentwicklung
- ▶ Stärkung Tourismuswirtschaft
- ▶ Förderung von Natura 2000-Gebieten
- ▶ Netzwerke zwischen Kultur und Wirtschaft

Weitere Förderprogramme

- ▶ Schulbauprogramme
- ▶ „Meister-BAföG“ – Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz
- ▶ Wohngelderstattung an die örtlichen Wohngeldstellen
- ▶ Maßnahmen des Jugendaufbauwerkes Schleswig-Holstein (JAW)

- Programm Südliche Ostsee und dem Programm INTERREG IVC
- ▶ Aufbereiten von spezialisiertem Know-how für Projektmanager
 - ▶ Spezialberatungen für Wirtschaftsprüfer zur Finanzkontrolle von Fördergeldern aus diesen Programmen

- ▶ Informationen für interessierte Zielgruppen im Ostseeraum über Chancen und Ergebnisse grenzübergreifender Kooperationsprojekte

IB.Repräsentanz Brüssel

- ▶ Bedarfsorientierte aktuelle Information aus den EU-Institutionen sowie Kontaktvermittlung und Interessenvertretung in Brüssel

Projektmanagement

- ▶ Beratung in Entscheidungsprozessen bei komplexen Vorhaben
- ▶ Unterstützung bei Projektentwicklung, -planung und -steuerung



„Regenerative Stromerzeugung ist unsere Zukunft. Bei unseren Windpark-Projekten bringen wir Landwirte, kommunale Entscheidungsträger und alle weiteren Beteiligten zusammen, kaufen alle Komponenten, organisieren den Aufbau und betreiben den Windpark. Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist an der Finanzierung gleich mehrerer Windparks der Denker & Wulf AG als Konsortialpartner beteiligt.“

Torsten Levsen, Vorstandsvorsitzender der Denker & Wulf AG, siehe Seite 27–28

Firmenkunden

Als zentrales Förderinstitut des Landes ist die Investitionsbank Ansprechpartner zu allen Finanzierungsfragen und damit ein verlässlicher Partner des Mittelstands in Schleswig-Holstein. Sie berät umfassend zu den entsprechenden Möglichkeiten und hilft Existenzgründungsinteressierten, sich auf die Gespräche mit den Hausbanken vorzubereiten. Als Finanzierungspartner teilt sich die Investitionsbank mit den Hausbanken das Kreditengagement und damit das Risiko. Mit einem Volumen von insgesamt 253 Mio. € (ohne Fonds) lag das Neugeschäft auf dem hohen Niveau des Vorjahres. Als Partner der Hausbanken hat sich die

Investitionsbank 2011 bei insgesamt 306 neuen Fällen engagiert. Damit unterstützt sie knapp 1.700 mittelständische Unternehmen.

Die Investitionsbank arbeitet zudem eng mit anderen Förderinstituten des Landes, des Bundes und der EU zusammen. Neben der Beratung über inländische Fördermöglichkeiten bietet sie den Hausbanken und Unternehmen in Schleswig-Holstein auch Finanzierungs- und Beratungskompetenzen zu europäischen Lösungen an.

2011 unterstützte die Investitionsbank das Land und die Unternehmen be-

sonders beim Energiewandel: So resultierte das Neugeschäftsvolumen – wie auch schon im Vorjahr – zu einem wesentlichen Teil aus Finanzierungen, die im Bereich der Energieversorgung mit Schwerpunkt erneuerbare Energien angesiedelt waren.

Im vergangenen Jahr wurden die Abteilungen *Eigenkapitalprodukte* und *Bundesförderung/Kreditinstitute* in den Bereich *Firmenkunden* integriert. Mit dieser Zusammenführung können den Unternehmen in Schleswig-Holstein umfassende Lösungen aus einer Hand angeboten werden.

Förderlotsen – individuelle Beratung zu Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten

Für die Mehrzahl der Gründungsinteressierten und bestehenden Unternehmen stellt der Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten eine große Herausforderung dar. Daneben ist das Angebot an öffentlichen Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten für den Einzelnen nur schwer zu überschauen. Die Förderlotsen der Investitionsbank setzen hier mit ihrer institutsübergreifenden und unentgeltlichen Beratung an: Sie informieren Gründungsinteressierte und bestehende Unternehmen über optimale Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten. Dieses langjährige Serviceangebot der Investitionsbank wurde auch 2011 wieder stark nachgefragt.

Bei den über 1.000 individuell beratenen Unternehmen bildeten Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten für Vorhaben der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien einen Be-

ratungsschwerpunkt. Solarthermie, Erneuerung bestehender gewerblicher Kälteanlagen, Förderung von Wärmenetzen, Mitfinanzierungsmöglichkeiten der Investitionsbank oder Beratungskostenzuschüsse für Energieeinsparmaßnahmen sind nur einige der in den Beratungen angesprochenen Themen. Weitere Schwerpunkte waren Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, Beratungskostenzuschüsse sowie Innovationsvorhaben. Auch Möglichkeiten eines Direktkredites über die Investitionsbank wurden – z.B. im Rahmen des Programms *IB.KMUdirekt* – von vielen Unternehmen nachgefragt.

Häufiges Thema der ebenfalls etwa 1.000 beratenen Existenzgründerinnen und -gründer waren Konzeptanforderungen zur Vorbereitung auf die Gespräche mit ihren Hausbanken. Hierbei ging es insbesondere um die Herlei-

tung des Kapitalbedarfs einschließlich der Liquiditätsplanung und geeigneter Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten. Etwa 42 Prozent der beratenen Interessierten waren Frauen, die die besondere Expertise der Förderlotsen – unter anderem als Regionalverantwortliche der „bundesweiten Gründerinnenagentur“ – in Anspruch nahmen.

Im Gründungsbereich waren vor allem Übernahmemöglichkeiten der Hausbankfunktion gefragt, zum Beispiel im Rahmen der *Starthilfe Schleswig-Holstein* und der Mikrofinanzierung (*IB.Mikrokredit*). Deutlich wird auch eine zunehmende Beratungsnachfrage bei der Finanzierung von Existenzgründungen im Zuge von Unternehmensnachfolgen. Zur Förderung von Existenzgründungen gehört auch das Engagement der Investitionsbank im Rahmen des bundesweiten Projektes *JUNIOR – Schüler als Manager*.

Neben individuellen Beratungsgesprächen waren die Förderlotsen wie im Vorjahr auf etwa 140 Vorträgen, Seminaren und Finanzierungssprechtagen für Gründungsinteressierte und bestehende Unternehmen an verschiedenen Orten in Schleswig-Holstein vertreten.

Die Förderlotsen sind aktive Partner im Beratungsnetzwerk insbesondere mit der KfW, mit Wirtschaftskammern, Wirtschaftsförderungsgesellschaften, Technologie- und Gründerzentren, Agenturen für Arbeit sowie Hochschulen in Schleswig-Holstein.

Angesichts der wie in den Vorjahren hohen Beratungszahlen und ihrer ebenso neutralen wie institutsübergreifenden Rolle ist die Beratung durch die Förderlotsen eine wichtige Säule der Wirtschaftsförderung in Schleswig-Holstein.

IB.Mikrokredit – Finanzierung von Kleinstgründungen

In Zusammenarbeit mit den Kammern, diversen Wirtschaftsfördergesellschaften und Gründerzentren aus Schleswig-Holstein wurde Mitte Juni 2011 der *IB.Mikrokredit* eingeführt. Er dient zur Erleichterung der Gründung von Kleinstunternehmen mit einem Kapitalbedarf von 3.000 bis 15.000 €. Das Darlehen ist ebenfalls bei Betriebsübernahmen und für die Festigungsphase bis zu drei Jahren nach Gründung einsetzbar. Bis Ende 2011 konnten 64 Kleinunternehmen

mit Darlehen in Höhe von insgesamt 800.000 € unterstützt werden.

Die Beantragung der Mikrokredite erfolgt über die Kammern und regionalen Wirtschaftsfördereinrichtungen, die die Anträge mit ihren Stellungnahmen an die Investitionsbank weiterleiten. Dank der kompetenten Unterstützung durch die Kooperationspartner ist so ein schlankes und unbürokratisches Verfahren möglich. Die Anträge kommen überwiegend

aus den Branchen Einzelhandel, Tourismus und Gaststättengewerbe, aber auch das Handwerk zeigt zunehmend Interesse.

Mit dem Mikrokredit schließt die Investitionsbank eine Angebotslücke, was dem klassischen Auftrag einer Förderbank entspricht. Damit erweitern sich die Chancen von Gründerinnen und Gründern, die sich in Schleswig-Holstein eine Existenz aufbauen und ihre Ideen verwirklichen wollen.

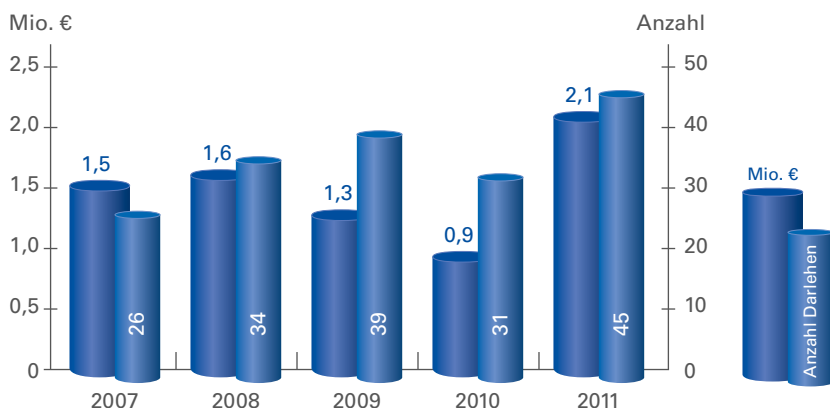
Starthilfe Schleswig-Holstein: Existenzgründungen

Im Rahmen des Produktes *Starthilfe Schleswig-Holstein* übernimmt die Investitionsbank die Hausbankfunktion,

um so auch die Finanzierung kleiner Existenzgründungsvorhaben zu ermöglichen. Voraussetzung für

die Kreditvergabe ist eine Empfehlung des Kreditinstitutes vor Ort, das auch die laufende Kontoführung übernimmt. Die Investitionsbank begleitet die Finanzierung unter Einbeziehung der zinsgünstigen Existenzgründungsdarlehen der KfW.

Neukreditgeschäft *Starthilfe Schleswig-Holstein*



Im vergangenen Jahr hat die Investitionsbank insgesamt 45 Existenzgründerinnen und Existenzgründern mit Darlehen in Höhe von 2,1 Mio. € den Start in die berufliche Selbstständigkeit ermöglicht und damit dazu beigetragen, dass 47 neue Arbeitsplätze geschaffen werden konnten. 66 Stellen wurden erhalten.

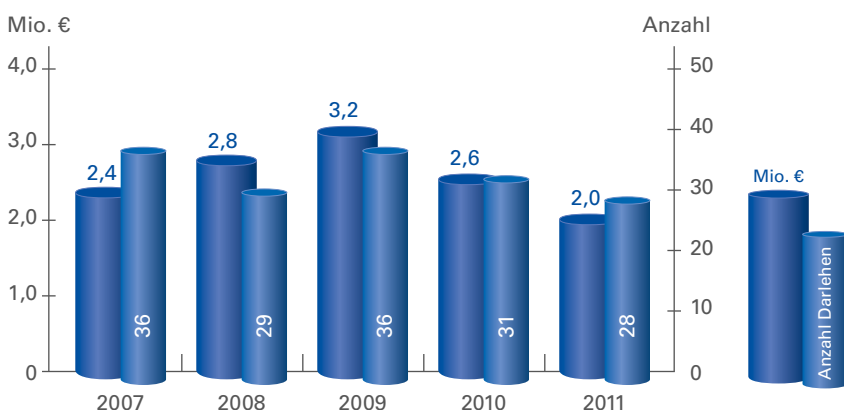
IB.KMUDirekt – Direktkredite zur Existenzfestigung

Mit dem Kreditprogramm *IB.KMUDirekt* gewährleistet die Investitionsbank die Finanzierung von kleinen und mittelständischen Unternehmen, die trotz positiver Zukunftsprognose – entweder aufgrund gegebener

schwieriger Unternehmenssituation oder wegen nicht vertretbarem Prüf- und Kreditvergabeaufwandes – bei den Banken keine Finanzierung erhalten. Anträge zu diesem Programm können auch von Unternehmens- und

Steuerberatern sowie von der Gruppe der Mentoren für Unternehmen in Schleswig-Holstein e.V. eingereicht werden. Bei diesen handelt es sich um erfolgreiche Unternehmer und Manager aus verschiedenen Branchen, die nicht mehr im operativen Geschäft tätig sind und ihre beruflichen Erfahrungen ehrenamtlich und unabhängig Unternehmen anbieten.

Neukreditgeschäft *IB.KMUDirekt*



Im vergangenen Jahr kam es zwar zu weniger Anträgen als 2010, relativ gesehen wurden allerdings mehr Finanzierungen bewilligt. Mit 28 (im Vorjahr 31) Darlehen zur Existenzfestigung in Höhe von insgesamt 2,0 Mio. € (im Vorjahr 2,6 Mio. €) konnten gut 350 Arbeitsplätze gesichert werden.

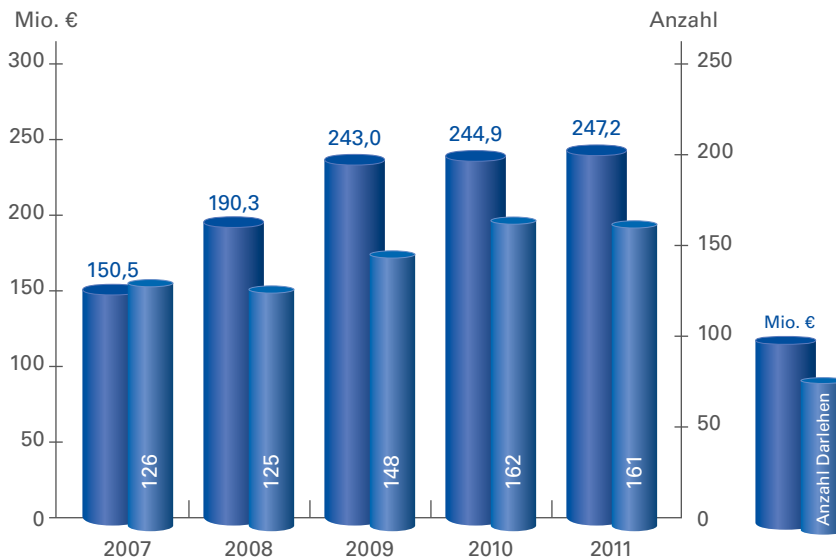
Kredite an Firmenkunden

Die Investitionsbank ist Finanzierungspartner der Hausbanken. Das ermöglicht Risikoteilung und damit

das Schließen von Gesamtfinanzierungen im Mittelstand. Dabei arbeitet die Investitionsbank partnerschaftlich

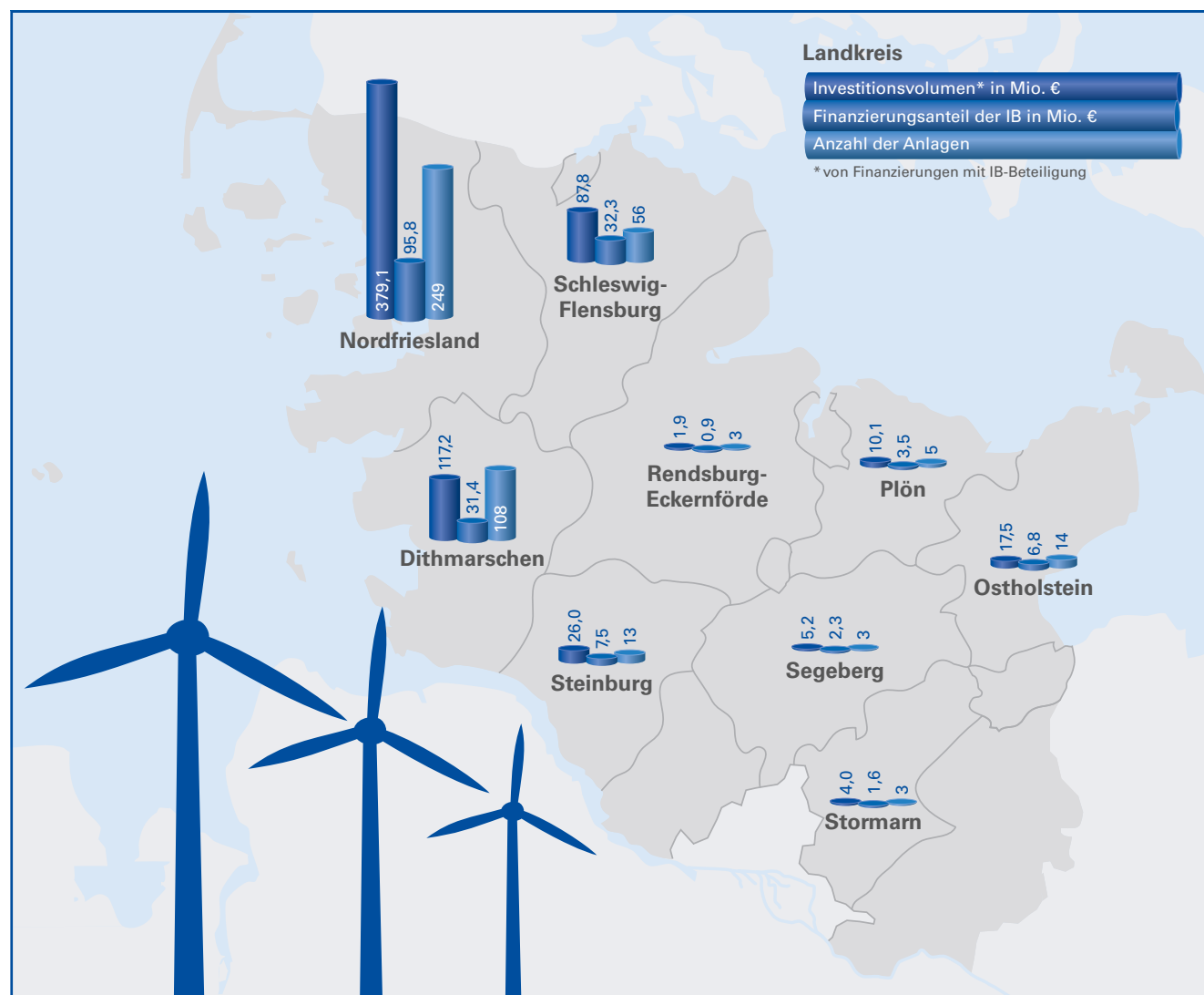
mit Sparkassen, Genossenschafts- und Geschäftsbanken zusammen. Wie in den Vorjahren lieferten die Investitions-, Betriebsmittel- und Kooperationsdarlehen den wesentlichen Ergebnisbeitrag (247,2 Mio. €).

Neukreditgeschäft Investitions-, Betriebsmittel- und Kooperationsdarlehen 2007–2011



Die Investitionsbank unterstützt das Land Schleswig-Holstein auch im Rahmen der Energiewende, weshalb erneut verschiedene Projekte zur regenerativen Energieerzeugung finanziert wurden. Infolgedessen resultierte zum zweiten Mal in Folge das größte Neugeschäftsvolumen aus diesem Geschäftsfeld. Während im Jahr 2010 auch größere Photovoltaikanlagen finanziert wurden, verteilte sich das Neugeschäftsvolumen 2011 vergleichsweise gleichmäßig auf die Unterstützung von Windkraft-, Photovoltaik- und Biogasanlagen.

Regionale Verteilung der bisher insgesamt mitfinanzierten Windkraftanlagen (31.12.2011)



Eigenkapitalprodukte

Die zur Jahresmitte 2008 gegründete Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein GmbH hat sich weiter erfolgreich etabliert. Diese gemeinsam mit dem Land aufgelegte Gesellschaft soll die bestehenden Lücken in der Eigenkapitalversorgung des größeren Mittelstands schließen. Gesellschafter sind: Sparkasse Mittelholstein AG, Sparkasse zu Lübeck AG, Nord-Ostsee-Sparkasse, Förde

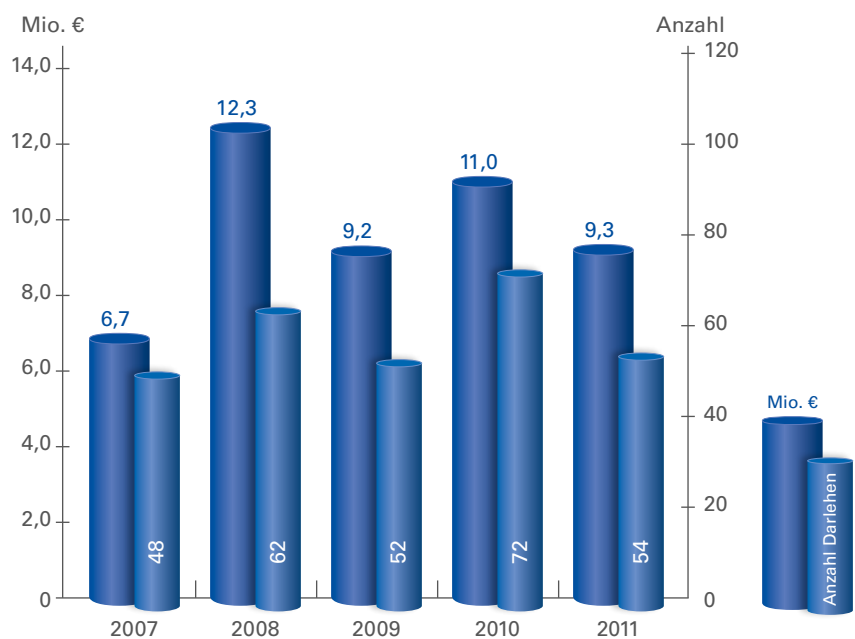
Sparkasse, Kieler Volksbank eG, VR Bank Neumünster, Commerzbank AG, KfW sowie die Investitionsbank. Seit der Gründung konnten 19 Beteiligungen mit einem Gesamtvolumen von gut 17 Mio. € platziert werden.

Der mit einem Volumen von 48 Mio. € aufgelegte *EFRE-Risikokapitalfonds II* liegt weiterhin über der Planung. Im vergangenen Jahr wurden 54 Betei-

ligungen bewilligt, so dass insgesamt 186 Beteiligungen mit einem Gesamtvolumen von rund 36 Mio. € zugesagt werden konnten. Damit wurde ein deutlicher Beitrag zur Stärkung der finanziellen Situation in der mittelständischen Wirtschaft geleistet. Insgesamt sind mit den bisher herausgelegten Beteiligungen Investitionen in Höhe von 307 Mio. € begleitet worden.

Als Ersatz für den ausgelaufenen *Seed- und Start-up-Fonds Schleswig-Holstein* wurde im Dezember 2011 zusammen mit dem Land, der MBG Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH und der WTSH Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH ein neuer Fonds aufgelegt. Die Mittel aus diesem Fonds werden zur Förderung von Ausgründungen aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen verwendet, die forschungs-, entwicklungs- oder wissenschafts-basierte Aktivitäten in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Ebenfalls werden innovative kleine und mittlere Unternehmen in Schleswig-Holstein unterstützt. Der Fonds hat eine Laufzeit bis Ende 2015.

Neugeschäft EFRE-Risikokapitalfonds II



Ausblick Kreditgeschäft

Die Entwicklung der Konjunktur und deren Auswirkungen auf die schleswig-holsteinische Wirtschaft erweisen sich auch weiterhin als schwer einschätzbar. Im Bereich der erneuerbaren Energien sind erhebliche Investitionspotentiale vorhanden. Durch höhere Eigenkapitalanforderungen (Basel III) könnten sich die Finanzierungsmöglichkeiten der Hausbanken verändern. Dieses würde bei den Kunden bezüglich der ei-

genen Eigenkapitalausstattung zu einem erhöhten Bedarf führen.

Daher ist zu erwarten, dass die Hausbanken im Rahmen ihrer Portfolio- bzw. Einzel-Engagementsteuerung weiterhin die Risikoteilung mit der Investitionsbank nutzen. Diese wird – ihrem Förderauftrag gemäß – bei jedem einzelnen Kreditengagement eine passende Lösung aus Beteiligungen und Finanzierungen finden.

Dank ihrer innovativen Produktpalette kann die Investitionsbank auch 2012 den Unternehmen und Kreditinstituten engagiert zur Seite stehen und unter Einbeziehung der Angebote des Bundes, der KfW und des Landes Schleswig-Holstein alles dafür tun, die Finanzierungserfordernisse der Kreditnehmer in Schleswig-Holstein zu erfüllen.



MBG
Schleswig-Holstein



MBG-Beteiligungsportfolio überspringt 100 Mio. €-Grenze

Seit 1994 engagiert sich die MBG mit typisch stillen und offenen Beteiligungen in einer Bandbreite von derzeit 25.000 € bis 2,5 Mio. € bei mittelständischen Unternehmen in Schleswig-Holstein. Dadurch verbessern sich die wirtschaftliche Eigenkapitalbasis dieser Unternehmen und deren Möglichkeiten, weiteres Fremdkapital einzuwerben.

Die gute Entwicklung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft hat auch die Arbeit der MBG im Jahr 2011 ge-

prägt. 2010 standen noch die Sicherung der Liquidität und die finanzielle Stabilisierung der Unternehmen nach der Krise im Mittelpunkt. 2011 beinhalteten dagegen 72 % der neu bewilligten Beteiligungsfälle klassische Wachstumsfinanzierungen mit Investitionen und positiven Arbeitsplatzeffekten.

Das positive wirtschaftliche Umfeld und die gute Verfassung vieler Unternehmen haben den Banken und Sparkassen in zunehmendem Maße

ermöglicht, Finanzierungen ohne Einbindung der Förderinstitute darzustellen. Hinzu kam, dass der MBG aufgrund des verzögerten Starts des neuen Seed- und StartUp-Fonds über ein dreiviertel Jahr die Möglichkeit fehlte, Ausgründungen aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen sowie Wachstumsfinanzierungen junger, innovativer Unternehmen zu begleiten. Im Zuge dessen entwickelte sich das Neugeschäft bei der MBG 2011 etwas schwächer als in den Vorjahren.

	2007	2008	2009	2010	2011
Bewilligung (Volumen)	20,2 Mio. €	19,5 Mio. €	20,5 Mio. €	19,3 Mio. €	17,0 Mio. €
Bewilligungen (Bet/Kd.)	97/87	102/87	131/113	145/129	132/112
Valutierungen (Volumen)	18,2 Mio. €	15,5 Mio. €	16,5 Mio. €	16,5 Mio. €	18,9 Mio. €
Valutierungen (Kd.)	89	87	109	126	129
begleitetes Finanzierungsvolumen	123 Mio. €	128 Mio. €	111 Mio. €	91 Mio. €	129 Mio. €
gesicherte & geschaffene Arbeitsplätze	5.008	3.740	7.656	5.906	4.816

Im Einzelnen sind die folgenden Förderergebnisse besonders herauszustellen:

- Um 14,5 % auf 18,9 Mio. € stiegen die 2011 an 129 schleswig-holsteinische Unternehmen ausgezahlten Beteiligungsmittel. Bei den Neubewilligungen gab es dagegen beim Beteiligungsvolumen ein Minus von 11,9 % auf 17 Mio. €, verteilt auf 112 Unternehmen.

- Der zusammen mit der IB und dem Land aufgelegte EFRE II-Beteiligungsfonds verzeichnete 2011 Bewilligungen von über 9 Mio. € und trug damit zu mehr als 50 % zum Neugeschäft der MBG bei. Damit sind mittlerweile 82 % des Fondsvolumens von 48 Mio. € erfolgreich ausplatziert.

- Mit gut 10 Mio. € vereinigten Handel und Industrie knapp 60 % des

Neubewilligungsvolumens und über 80 % des mit der Beteiligungsförderung „begleiteten“ Finanzierungsvolumens auf sich. Getragen von einer großen Investitionsbereitschaft der Unternehmen stieg dieses Finanzierungsvolumen im Vergleich zum Vorjahr um 41,7 % auf 129 Mio. €.

Mittelstandsfonds investiert weiter erfolgreich

Über die Geschäftsbesorgungsaktivitäten der MBG für den maßgeblich von der IB mitgetragenen Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein hat

die MBG für den Fonds weitere vier Beteiligungen an größeren mittelständischen Betrieben mit einem Volumen von 3,6 Mio. € begleitet. Damit

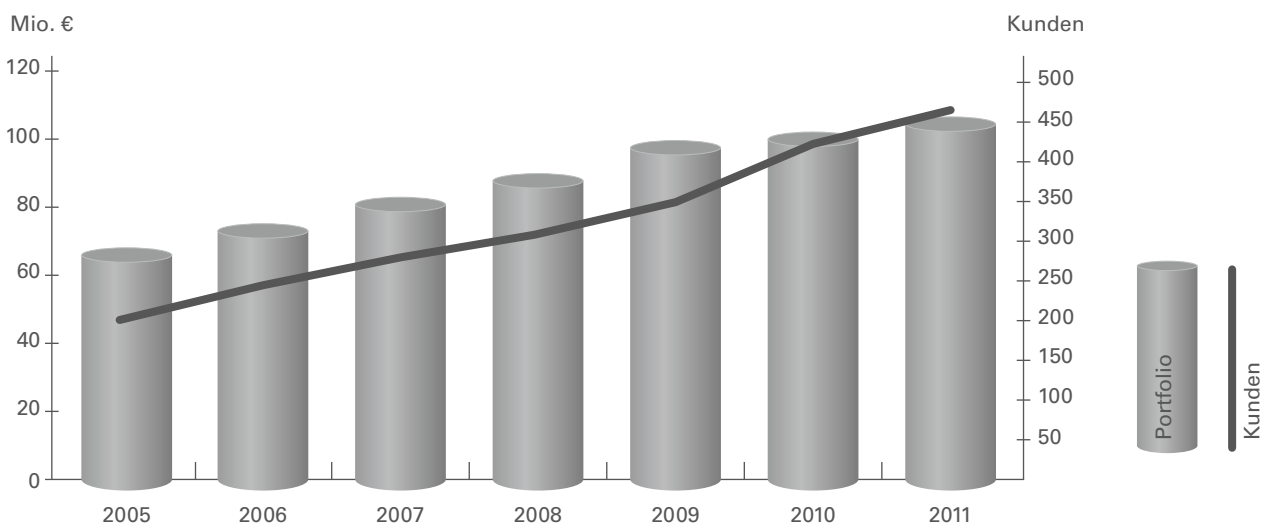
konnten im vierten Geschäftsjahr des Fonds bereits knapp 17,4 Mio. €, d. h., über die Hälfte des Fondsvolumens von 30 Mio. € ausplatziert werden.

MBG-Beteiligungsportfolio weiter gestiegen

Der deutliche Anstieg der Valutierungen bescherte der MBG zum 31.12.2011 einen Beteiligungsbestand von über 105,2 Mio. € (+5,6 %), ver-

teilt auf 464 Unternehmen (+9,4 %). Seit Anfang 2005 hat die MBG ihr Beteiligungsportfolio nahezu verdoppelt. Damit liegt die MBG Schleswig-

Holstein im Bundesvergleich weiterhin hinter Baden-Württemberg und Bayern an Position 3.



Ausblick 2012

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass auch die Wirtschaft in Schleswig-Holstein von den insgesamt positiven Rahmenbedingungen profitieren wird. Für die Unternehmen ergeben sich daraus Investitionsnotwendigkeiten, sei es, um die Kapazitäten zu erweitern oder Abläufe effizienter zu gestalten. Die damit einhergehende Nachfrage nach Finanzierungen trifft auf ein potentielles Angebot der Banken und Sparkassen, dass durch die Nachwirkungen der Finanzkrise und die im Zuge von Basel III anstehenden verschärften Eigenkapitalvorschriften Beschränkungen unterworfen ist. Daraus ergeben

sich für die MBG als Komplementärfinanzierer mit langfristigem Mezzaninkapital im Angebot Chancen, in steigendem Maße an Finanzierungen mitwirken zu können. Der MBG kommt dabei auch zu Gute, dass die Eigenkapitalquoten im kleineren Mittelstand (KMU) nach wie vor schwach ausgeprägt sind. In diesem Kontext planen MBG und Bürgschaftsbank, dass 2011 gestartete Programm „Bürgschaft plus Beteiligung“ im Jahr 2012 weiter zu forcieren. Damit soll sichergestellt werden, dass insbesondere im Zuge von Wachstumsfinanzierungen die Eigenkapital- bzw. Eigenmittelkennzahlen im Unterneh-

men möglichst stabil bleiben oder gar gestärkt werden.

Im Bereich der Finanzierung junger, innovativer Unternehmen steht der MBG 2012 wieder ganzjährig ein Seed- und StartUp-Fonds zur Verfügung. Daher rechnen wir auch in diesem Geschäftsfeld mit verstärkten Aktivitäten.

Insgesamt rechnet die MBG für 2012 mit einem im Vergleich zu 2011 weitgehend stabilen Neugeschäft. Angesichts der positiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden im Beteiligungsbestand keine außergewöhnlichen Risiken gesehen.

Mehr Wind für die Energiewende

Die Investitionsbank gibt vielen Unternehmen Rückenwind – in diesem Beispiel der Denker & Wulf AG

Den Anteil an regenerativer Energie am Energiemarkt zu steigern – das ist das Ziel des Windparkentwicklers Denker & Wulf AG. Das Unternehmen mit Stammsitz in Sehestedt hat sich seit 1995 als führender Windenergie-Spezialist in Deutschland etabliert, neue Windpark-Standorte im In- und Ausland erschlossen und sich darü-



DENKER & WULF AG

ber hinaus zum deutschen Meister im Bereich Repowering bestehender Windparks, das heißt die Umsetzung einer wirtschaftlicheren bzw. intensiveren Nutzung bereits erschlossener Gebiete, entwickelt. Denker & Wulf hat bis 2011 Windenergieprojekte mit



Ist beim Ausbau der regenerativen Energien vorne mit dabei: Torsten Levsen, Vorstandsvorsitzender der Denker & Wulf AG.

einer Gesamtleistung von rund 900 Megawatt realisiert und ist für etwa 15 Prozent der Projekte am deutschen Repowering-Markt im Jahr 2011 verantwortlich.

„Bei uns bekommen unsere Auftraggeber alles aus einer Hand“, sagt Torsten Levsen, Vorstandsvorsitzender der Denker & Wulf AG, „das fängt bei der Projektierung und Planung an und führt über die Umsetzung bis hin zur Betriebsführung. Wir bringen Landwirte, kommunale Entscheidungsträger und alle weiteren Beteiligten zusammen, kaufen alle Komponenten, organisieren den Aufbau und betreiben den Windpark.“ Der Schwerpunkt des unternehmerischen Engagements liegt in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt. „Wir bieten passgenaue Konzepte und Lösungen für die jeweiligen Anforderungen in den Kommunen und Gemeinden. Dabei ist uns die regionale Wertschöpfung und die Zusammenarbeit mit Anbietern und Dienstleistern vor Ort besonders wichtig“, erklärt der Agraringenieur.

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist an der Finanzierung gleich mehrerer Windparks von Denker & Wulf als Konsortialpartner beteiligt – unter anderem am Windpark Fried-



Die Denker & Wulf AG hat bisher Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von rund 900 Megawatt errichtet.

richskoog und am Windpark Klappholz. Von sicher herausgehobener Bedeutung ist das Engagement der Investitionsbank beim Bürgerwindpark Galmsbüll, einem Zusammenschluss von Altbetreibern und einer Beteiligung von Bürgern aus der Gemeinde. In den letzten Jahren konnte

38 Windenergieanlagen mit einem Durchschnittsalter von 14 Jahren und einer Leistung von insgesamt rund 12,4 Megawatt wurden abgebaut und durch 22 Anlagen mit einer Gesamtleistung von rund 64 Megawatt ersetzt. Der Windpark kann jährlich bis zu 180 Millionen kWh Strom produ-

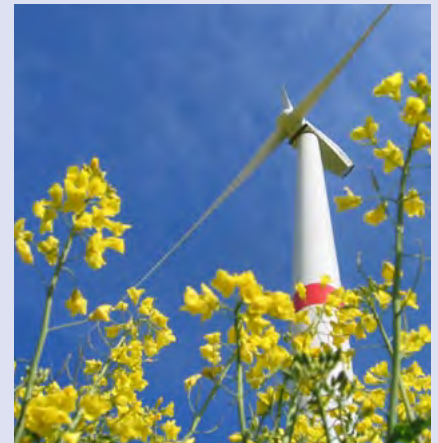
(MW) starke Maschinen ersetzt werden, so entstünde in Deutschland eine neue Ökostromleistung von mehr als 6000 Mega-Watt. „Rege-



Stärken den Ausbau der regenerativen Energien: die Mitarbeiter der Denker & Wulf AG.

die Investitionsbank auch mit Mitteln der KfW eine in der Form bundesweit einmalige Neustrukturierung eines Windparkprojektes umsetzen – eines der größten Repowering-Projekte in Deutschland. In Zahlen ausgedrückt:

zieren und bis zu 165.000 Haushalte versorgen. Bei einer Steigerung der Leistung um das Fünffache wurde in diesem technisch zukunftsweisenden Windpark gleichzeitig die Anlagenzahl auf fast die Hälfte reduziert.



Der Windkraft gehört die Zukunft.

nerative Stromerzeugung ist unsere Zukunft. Deswegen geht sie jeden an. Und wir brauchen in Norddeutschland genauso wie im Rest der Republik dringend den Ausbau der Netzinfrastruktur. Denn sie ist die Basis, um mehr Strom erzeugen und Strom einspeisen zu können“, so der Appell des Vorstandsvorsitzenden. Kein Zweifel: Die Energiewende zum Erfolg zu führen, ist ein großes Vorhaben. Mit der Unterstützung der genannten Windparks und vieler weiterer kleiner und großer Projekte im Bereich regenerativer Energien trägt die Investitionsbank Schleswig-Holstein ihren Teil dazu bei.



Der neue Firmensitz der Denker & Wulf AG

Noch sind solche großen Repowering-Projekte in Deutschland die Ausnahme. Mehr als 6000 Windkraftanlagen in der Bundesrepublik sind allerdings schon älter als zehn Jahre. Und würde zum Beispiel ein Drittel davon durch moderne 3,5 Megawatt

Weitere Informationen:

www.denkerwulf.de





„Die Finanzierung unseres neuen Energieeffizienz-Hauses ist von der Investitionsbank Schleswig-Holstein unterstützt worden. Ohne diese Möglichkeit mit dem zinsgünstigen Darlehen wäre die monatliche Belastung für uns einfach zu hoch gewesen.“

Rouven Grünhagen, Hausbesitzer aus Kiel, Seite 38–39



Immobilienkunden

Der Bereich Immobilienkunden der Investitionsbank Schleswig-Holstein entwickelt kreative und vor allem konkrete Lösungen bei der Schaffung zukunftsfähiger Wohn- und Lebensräume. Das ist ein anspruchsvolles Ziel angesichts der Vielfalt urbaner Entwicklungsprozesse sowie der sich ständig verändernden Herausforderungen, zu denen Klimawandel, Ressourcenverknappung, Globalisierung und demografische Entwicklung gehören. Die Investitionsbank strebt nachhaltige und ganzheitliche Lösungen an. Dazu werden die umfassenden und erprobten Kernkompetenzen in den Bereichen Wohnungs- und Städtebau sowie Energie und Umwelt gebündelt. So lässt sich die Effizienz eingesetzter Fördermittel optimieren – und das fördert nicht nur die Investitionsbereitschaft im Land, sondern macht zukunftsorientiertes Wohnen auch bezahlbar. Positiv auf die Investitionsbereitschaft im Immobilienbereich wirkt sich der im Jahr 2009 geschlossene Klimapakt aus.

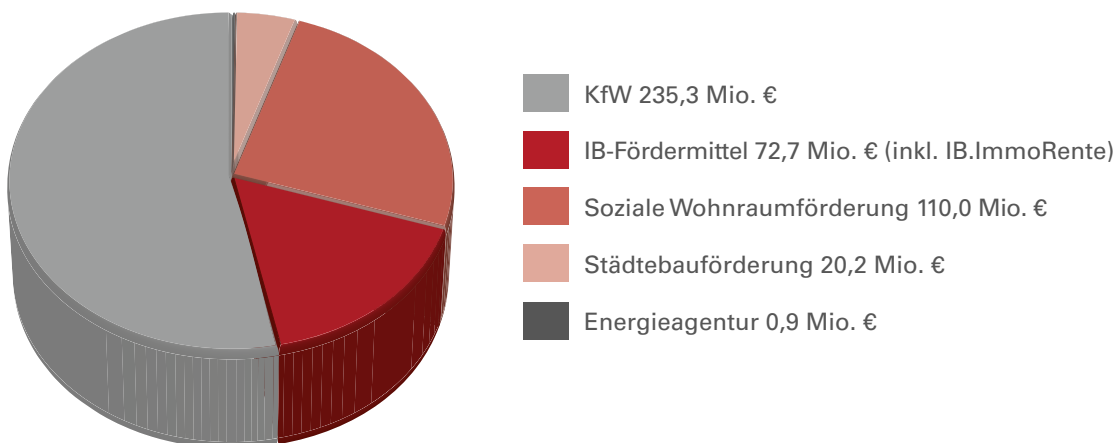
Schleswig-Holstein fördert auch weiterhin die Modernisierung und den Neubau von Mietwohnungen und Eigenheimen. Dafür stellt das Land von 2011 bis 2014 jährlich 90 Mio. €, somit insgesamt 360 Mio. €, an Darlehen für die Förderung von sozialem Wohnraum zur Verfügung.

Das Thema Energiewende ist unmittelbar ein Thema der Wohnungswirtschaft und hat mit dem Inkrafttreten der EU-Gebäuderichtlinie am 8. Juli 2010 an Fahrt gewonnen. Diese Richtlinie legt im Sinne eines Fahrplans die Inhalte und den zeitlichen Verlauf der EU-Klimaschutzziele bis 2020 fest. Der Fokus liegt auf der Energieeffizienzsteuerung; die Umsetzung erfolgt schrittweise und wird im Wesentlichen in der Energieeinsparverordnung (EnEV) manifestiert. Auch wenn in den vergangenen Jahren schon viel getan wurde, liegen im Wohngebäudesektor dafür noch erhebliche Handlungsreserven, denn der Energieverbrauch der Haushal-

te macht deutschlandweit etwa 27 Prozent des gesamten Endenergiebedarfes aus und verursacht rund 30 Prozent des CO₂-Ausstoßes.

Ziel ist es, das Niveau der Neubauten an den Niedrigstenergiegebäudestandard heranzuführen. Dies soll bis zum Jahre 2050 auch für den Wohnungsbestand gelten. Das ehrgeizige Ziel lässt sich nur erreichen, wenn sowohl die energietechnischen Notwendigkeiten und Möglichkeiten richtig erkannt und bewertet als auch Finanzierungslösungen entwickelt und bereitgestellt werden, die die Belastung für die in hohem Maße involvierten Eigentümer und Mieter wirtschaftlich vertretbar macht. Der Bereich Immobilienkunden verfügt über das notwendige Know-how in beiden Disziplinen und bündelt es, um mit praxisgerechten Lösungen die Energiewende in Schleswig-Holstein zu unterstützen.

Neugeschäftsvolumen (inkl. Städtebauförderung) 2011*



* Eine Vergleichbarkeit mit den Vorjahren ist aufgrund der Einführung der Kommunalen Förderbudgets nicht gegeben.

Eigentumsmaßnahmen

Mit einem Gesamtneugeschäftsergebnis von rund 274,5 Mio. € hat die Investitionsbank in diesem Geschäftssegment das Neugeschäftsergebnis des überaus erfolgreichen Vorjahres noch um rund 600.000 € übertroffen. Dabei wurden in jeder der Vertriebs-Regionen deutliche Planübererfüllungen erzielt. Auch die Durchschnittsvolumina der gewährten Kredite und

die Bonität der Kunden blieben konstant auf gutem Niveau.

Durch den überdurchschnittlich hohen Anteil von Modernisierungs- oder Sanierungsfinanzierungen hat die Investitionsbank im Bereich Eigentumsmaßnahmen einen deutlichen Anteil zur Energiewende beigetragen. Durch intensive Förderberatungen und

-finanzierungen wurde erreicht, dass in 1.676 Fällen insgesamt rund 63,2 Mio. € in die energetische Sanierung der selbst genutzten Wohngebäude investiert wurden. Zusätzlich erfüllten im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung 488 Bauherren von Eigenheimen die dort geltenden energetischen Anforderungen, die deutlich über die Vorgaben der EnEV hinausgehen.

Soziale Wohnraumförderung

Mit insgesamt 26,3 Mio. € verzeichnete die Investitionsbank 2011 einen leichten Rückgang der Inanspruchnahme von sozialer Wohnraumförderung, die im Jahr zuvor rund

31 Mio. € betragen hatte. Die anhaltend guten Marktkonditionen für Baufinanzierungen machten im Verbund mit den günstigen Mitteln der KfW für den Immobilienkunden auch andere

Finanzierungslösungen interessant. Die trotzdem nach wie vor gute Inanspruchnahme der sozialen Wohnraumförderung belegt daher klar deren bedarfsgerechte Ausgestaltung.

Allgemeine Wohnraumförderung

Die regionale Präsenz der Investitionsbank sorgte überall in Schleswig-Holstein für ein bedarfsgerechtes Angebot an Immobilienfinanzierungen. Insgesamt wurden in der allgemeinen Wohnraumförderung Darlehen in Höhe von rund 248,2 Mio. € vergeben. Davon waren rund 63,2 Mio. € **IB-Darlehen**, die damit etwa auf dem Vorjahresniveau lagen (rund 65 Mio. €). An allen Standorten der IB.Büros wurde eine gute Durchmischung bei der Inanspruchnahme der verschiedenen Finanzierungslösungen erzielt. Es besteht keine Abhängigkeit von einzelnen Standorten oder Produkten.

Nach wie vor ist die hohe Inanspruchnahme der **KfW-Mittel** von etwa 181,3 Mio. € ein wesentlicher Treiber für das sehr gute Neugeschäft. So bindet die Investitionsbank beispielsweise

das KfW- Wohneigentumsprogramm inzwischen in jede zweite Finanzierung ein. Das Volumen liegt hier bei 120 Mio. €.

Der Geschäftsverlauf zur **IB.Immo-Rente** hat die Erwartungen bisher übertroffen. Die hohe Anzahl der durchgeführten Beratungen belegt, dass das Interesse an dieser neuen Finanzierungsform deutlich größer ist, als dies von der Anzahl der getätigten Abschlüsse dokumentiert wird. Die bewusst vorsichtig kalkulierten Gebäudewerte bewahren mögliche Interessenten davor, ihr Vermögen im Alter zu überschulden. Der durchschnittliche Darlehensbetrag belief sich auf 126.000 €, die Immobilienwerte lagen zwischen 83.000 € und 339.000 €. Das Durchschnittsalter der Darlehensnehmer lag bei 77 Jahren.

Der Anteil des durch **Vertriebspartner** zugeführten Geschäftes bewegte sich sowohl bezogen auf Stückzahlen als auch auf Volumen bei rund 80 Prozent des Gesamtneugeschäftes. Insbesondere institutionell unabhängige Vertriebspartner und Bausparkassen führten der Investitionsbank Darlehen zu. Auch in diesem Geschäftssegment bestehen keine Abhängigkeiten von bestimmten Produkten oder Vertriebspartnern.

Im Geschäftssegment der Bestandskundenbetreuung agierte die Investitionsbank mit dem **IB.Service Immobilien** ebenfalls wieder sehr erfolgreich. Mit verschiedenen Aktionen zur Bestandssicherung konnte eine hohe und positive Resonanz erzielt werden. So wurden zum Beispiel rund 700 Umschuldungen mit einem Vo-

lumen von 27,8 Mio. € durchgeführt. Viele Kunden wünschten sich auch nach dem Zinsanpassungstermin die Fortführung der partnerschaftlichen Geschäftsbeziehung mit der Investiti-

onsbank. Im vergangenen Jahr wurden rund 20.300 Telefonate geführt; 2010 waren es etwa 19.600. Sehr erfreulich ist der eindeutige Beleg für den besonders guten Kundenservice. Nur

fünf Prozent der Kunden erreichten die Investitionsbank beispielsweise wegen besetzter Leitungen nicht. Der Branchendurchschnitt liegt bei fünfzehn Prozent.

Mietwohnungsbau

Die Investitionsbank hat insbesondere für die Bereitstellung von Nachrangkapital eine herausragende Rolle.

Im Mietwohnungsbau bewilligte die Investitionsbank im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung insgesamt

gut 52 Mio. €, rund 54 Mio. € KfW-Mittel und Kooperationsdarlehen in Höhe von rund 9,5 Mio. €.

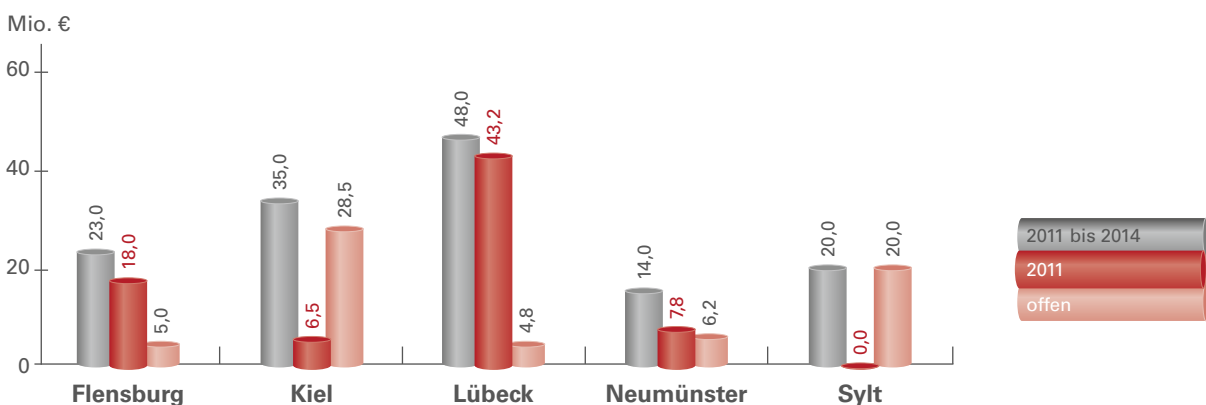
Soziale Wohnraumförderung

Das Bewilligungsergebnis liegt hinter dem des Vorjahres zurück. Ursächlich dafür ist, dass die tatsächlichen Finanzierungsabflüsse beim Mietwohnungsbau aufgrund der komplexen und langfristigen Finanzierungsvorhaben nicht gleichmäßig, sondern oft nur zeitverzögert erfolgen. Außerdem haben im Jahre 2010 durch die Aufstockung des Programmvolumens umfangreiche „Vorzieheffekte“ gegenüber dem Jahr 2011 stattgefunden.

doch bereits bei rund 35 Prozent der bis zum Jahr 2014 insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel und damit mit Blick auf den zeitlichen Verlauf innerhalb der Programmperiode deutlich über dem Durchschnitt. In 2011 wurden erstmalig die **Kommunalen Förderbudgets** aufgelegt, die rund 50 Prozent des für den Mietwohnungsbau 2011 bis 2014 vorhandenen Gesamtfördervolumens ausmachen. Regionale Schwerpunkte für die Kommunalen Förderbudgets sind die vier kreisfreien Städte und Sylt. Die Summe der 2011 angemeldeten Projekte würde insgesamt bereits eine

Belegung des für die nächsten vier Jahre vorhandenen Gesamtbudgets bedeuten und dokumentiert damit deutlich den hohen Investitionsbedarf der Kommunen und der Wohnungswirtschaft, der in den kommenden Jahren erfüllt werden muss. Derzeit prüft die Investitionsbank ihrem Auftrag gemäß die Wirtschaftlichkeit jener Projekte, die für die Förderbudgets angemeldet wurden. Von Höhe und Art der Inanspruchnahme dieser Mittel hängen die konkreten Bedarfe für eine ergänzende Finanzierung durch die KfW und die Investitionsbank ab.

Kommunale Förderbudgets



Allgemeine Wohnraumförderung

In diesem Geschäftssegment war die Investitionsbank außerdem bei der Verbesserung des energetischen Standards im Wohnungsbau sehr erfolgreich. Im Rahmen der direkten Förderung konnten bei 1.322 Wohnungen positive Effekte für die Umwelt ausgelöst werden. Dabei handelte es sich bei 804 Wohneinheiten um die Maßnahmen Abriss oder Neubau nach Abriss (überwiegend KfW EH 70 nach EnEV 2009) und bei 518 Wohneinheiten um Sanierungs- oder Modernisierungsmaßnahmen (überwiegend KfW EH 100 nach EnEV 2009).

Im Rahmen der Integrativen **Wohnquartiersentwicklung (IB.IQ)** geht es darum, einen Prozess zu moderieren, mit dem es gelingt, vielfältige, dynamische Stadtquartiere mit lebendigen, sozial stabilen Nachbarschaften zu entwickeln und dies mit innovativen Energiekonzepten zu verbinden. Die Investitionsbank unterstützt die Projekte in der Rolle des Moderators und des Koordinators und Projektmanagers, bindet die Eigentümer aktiv ein und sorgt für einen effizienten Einsatz der Fördermittel des Landes. Notwendige Maßnahmen werden dadurch für alle Beteiligten

überschaubar, finanziell realisierbar und rentierlich. Als Folge steigt die Investitionsbereitschaft. Diese neue Dienstleistung entwickelte sich 2011 bereits sehr erfolgreich. Nachdem während der Anlaufphase für die Dienstleistung ein Vertrag mit der Stadt Neumünster abgeschlossen wurde, konnten zwischenzeitlich auch mit Rendsburg entsprechende Vereinbarungen unterzeichnet und erste Auftaktgespräche mit der Stadt geführt werden. Mit dem Fachbereich Wohnen der Stadt Kiel gibt es ebenfalls konkrete Gespräche.

Städtebauförderung

Die vollständige landesseitige Kofinanzierung der Bundesfinanzhilfen durch den Landeshaushalt für 2011 war gesichert. Der Bewilli-

gungsrahmen in Höhe von insgesamt rund 20,22 Mio. € wurde vollständig ausgeschöpft. Die Mittelauszahlung erfolgte über das Jahr

verteilt, erwartungsgemäß überwiegend zum vierten Quartal des Jahres.

Energieagentur

Kommunen (Kommunen sind Städte und Gemeinden), Wohnungsunternehmer und private Eigentümer von Wohnraum benötigen klare Orientierungshilfe. Dabei geht es um Handlungsempfehlungen, mit welchen Maßnahmen sie die energetische Effizienz ihrer Gebäude sinnvoll optimieren können. Dafür ist die Energieagentur der Investitionsbank ein vertrauenswürdiger Partner. Sie fungiert als „Technologieübersetzer“;

der nicht nur zielgenaue energetische Konzepte entwickelt, sondern auch die wirtschaftlichen Anreize für deren Umsetzung im Blick hat. Die Energieagentur hat das für 2011 geplante Gesamtergebnis von 1 Mio. € für Beratungsleistungen nahezu erreicht.

Durch ihre individuelle persönliche Beratung und den Einsatz des IB.ImmobilienChecks unterstützte sie

sowohl die Kommunen als auch die Wohnungsunternehmen dabei, im Gebäudebestand energetische Einsparmöglichkeiten zu identifizieren und entsprechende Sanierungsmaßnahmen umzusetzen. Hierzu wurden vorhandene Fördermittel gezielt einbezogen. Dies ermöglichte nicht nur, die CO₂-Emissionen zu reduzieren, sondern auch einen Mehrwert für die Eigentümer und die Nutzer der Immobilien zu generieren.

Energiewende als besondere Herausforderung für die Kommunen in Schleswig-Holstein

Zur Identifizierung und Umsetzung notwendiger und möglicher Maßnahmen hat die Energieagentur zum Beispiel für die Immobilien im Eigentum der Gemeinde Barsbüttel, des

Amtes Eiderstedt und der AWO Kiel Klimaschutzteilkonzepte erstellt. Die Kommunen erhielten so einen Überblick darüber, welche Gebäude mit welcher Priorität und mit welchen

Maßnahmen modernisiert bzw. saniert werden müssen. Es wurden die Energieeinsparpotentiale und die für ihre Erschließung notwendigen Investitionen identifiziert.

Stadt- und Gemeindewerke als Multiplikatoren für die Energiewende in Schleswig-Holstein

Die Stadt- und Gemeindewerke spielen für den Erfolg der Energiewende eine zentrale Rolle, da sie die erforderlichen realen Effekte von Klimaschutz und CO₂-Reduzierung initiieren können. Diese Perspektive bietet den Versorgern erhebliche Chancen für innovative Geschäftsfelder. Hier ist zum Beispiel der jetzt langsam entstehende Markt der Elektromobi-

lität zu nennen, der zu vollkommen neuen Absatzmärkten für die Energieversorger führen kann.

Die Energieagentur unterstützt die Stadt- und Gemeindewerke in Schleswig-Holstein bei der Entwicklung strategischer Themen durch eine aktive Prozessgestaltung, die von der Zielfindung bis zum Um-

setzungsszenario reicht. Die Kunden können dabei auf die fundierte, generelle Kenntnis der Energieagentur über technische, wirtschaftliche und kommunalpolitische Zusammenhänge in Schleswig-Holstein sowie auf EU- und Bundesebene zugreifen. Jüngstes Beispiel ist die Unterstützung der Stadtwerke Lübeck in ihrem Fernwärmeausbaukonzept.

Biogasanlagen zur Energieversorgung von öffentlichen Liegenschaften

Mit der durch ein so genanntes Satelliten-BHKW produzierten Wärme lässt sich beispielsweise mittels eines Nahwärmenetzes eine zentrale, klimaverträgliche Wärmeversorgung in den Gemeinden aufbauen, die mittelfristig Einspareffekte durch den Ersatz fossiler Energieträger bewirkt. Die Energieagentur hat in diesem Zusammenhang die öffentliche, EU-weite Ausschreibung zum Aufbau einer kostengünstigen, sicheren und umweltschonenden Wärmeversorgung ihrer Gemeinschafts- und Grundschulen in der Gemeinde Sterup im Auftrag des Amtes Geltinger Bucht begleitet. Bei einem Gesam-

tennergieverbrauch der Schulliegenschaften von jährlich ca.1.250 MWh ergibt sich bei einer Vertragslaufzeit von zehn Jahren ein Auftragswert von insgesamt mehr als 1 Mio. €. Über diese Vertragslaufzeit werden deutliche Einspareffekte bei der Wärmeversorgung auf Basis regional erzeugtem Biogas gegenüber der konventionellen Versorgungsvariante mit fossilen Energieträgern erwartet. Außerdem wird jährlich der Ausstoß von etwa 370t CO₂ vermieden.

Die für 2012 anstehende Novellierung des Gesetzes zu den erneuerbaren Energien brachte auch land-

wirtschaftliche Unternehmen dazu, Investitionen in den Neubau sowie in die Erweiterungen von Biogasanlagen und Nahwärmenetzen vorzunehmen. Vor dem Hintergrund der komplexen branchenspezifischen Rahmenbedingungen bewertete die Energieagentur im Auftrag des Bereiches Firmenkunden die Investitionsvorhaben hinsichtlich der Finanzierungsrisiken und erstellte Liquiditätsprognosen und Sensitivitätsanalysen. Im vergangenen Jahr waren dies über 60 Biogasprojekte mit einem Investitionsvolumen von über 40 Mio. €.

Ausblick

Der Bereich Immobilienkunden ist überzeugt davon, dass Beratung und Förderung deutlich über programm-spezifische Einzelzielstellungen hinausgehen sollten, damit die Investitionsbedürfnisse der Zukunft erfüllt werden können. Städtebauliche, wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte der Entwicklung von Wohngebäuden und den jeweiligen Wohnumfeldern müssen zusammengeführt werden. Der Bereich Immobilienkunden will sich darum grundsätzlich als „Kompetenzzentrum“ für bedarfsgerechte Förder- und Finanzierungsfragen und die Entwicklung innovativer Lösungsansätze etablieren.

- ▶ Die Investitionsbank geht davon aus, dass sich der positive Trend des Jahres 2011 grundsätzlich fortsetzen wird und die Fördermittel, Finanzierungslösungen sowie Dienstleistungen weiterhin attraktiv für die Kunden sind. Das vorhandene Angebot von KfW-Modernisierungsprogrammen wird dieses Geschäftssegment weiterhin beleben.

Insgesamt wurde in den Neugeschäftsplanungen für die nächsten zwei Jahre ein leicht reduzierter Ansatz gewählt, da die komplexen Rahmenbedingungen zu Marktunsicherheiten führen können. Im Bestandsgeschäft wird die Investitionsbank ihre Kundenorientierung weiter ausbauen.

- ▶ Die Investitionsbank sieht weiterhin – und zwar insbesondere im Hamburger Randgebiet – ein erhöhtes Interesse am Mietwohnungsbau. Daneben gewinnen die Maßnahmen zur Wohnquartiersentwicklung immer mehr an Bedeutung.

Zusammen mit dem zuständigen Innenministerium konzentriert sich die Investitionsbank verstärkt darauf, Wohnraumförderung trotz der sich ständig verändernden und zunehmend differenzierten Rahmenbedingungen effizient und effektiv umzusetzen. Der Schwerpunkt der Förderung wird weiterhin bei den Maßnahmen Modernisierung bzw. Sanierung und Neubau nach Abriss liegen.

- ▶ Die Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2012 des Bundes und der Länder sieht eine Fortführung des Vorjahresniveaus in Höhe von etwa 455 Mio. € vor. Hiervon entfallen rund 10 Mio. € Bundesmittel auf Schleswig-Holstein, ergänzt um die Landesmittel wird der Bewilligungsrahmen auf konstantem Niveau von etwa 20 Mio. € bleiben.

Aufgrund der neuesten Stationierungsentscheidung der Bundesregierung werden in Schleswig-Holstein künftig Konversionsgebiete vermehrt in den Fokus der

Städtebauförderung rücken. Verschiedenste Förderansätze – zum Beispiel über das Programm Stadtumbau West – kommen hier in Betracht.

Die vielfältigen urbanen Entwicklungen, denen sich nach Auffassung der Investitionsbank nur durch ein interdisziplinäres Vorgehen erfolgreich begegnen lässt, führen dazu, dass eine engere Verzahnung der Bereiche Immobilienkunden Städtebau- und Wohnraumförderung notwendig ist. Darüber hinaus werden die Möglichkeiten des Einsatzes von EU-Fördermitteln geprüft.

- ▶ Die Energieagentur sieht in der Umsetzung der Energiewende in Schleswig-Holstein ein wichtiges Aufgabenfeld sowohl für die Investitionsbank wie auch für das Land. Deshalb wird davon ausgegangen, dass der im November 2011 beim Land gestellte Antrag auf eine Projektförderung zur Unterstützung der Kommunen erfolgreich sein wird. Damit treten Letztere wieder verstärkt in den Fokus der Zusammenarbeit mit der Energieagentur.

Ein Energieeffizienzhaus für Familie Grünhagen

Wohnraumförderung mit Hilfe der Investitionsbank Schleswig-Holstein

Der Tipp kam von Freunden, die ein Doppelhaus suchten. „Bei ihnen konnten wir einen Blick in den Bebauungsplan des Neubaugebietes Kiel Projensdorf werfen. Und da fiel uns das knapp 340 Quadratmeter große Grundstück am Ende der Straße auf“, erzählt Rouven Grünhagen. „Meine Frau und ich haben sofort gewusst: Das ist es!“ Der Diplom-Nautiker und seine Frau Susen lebten damals mit ihrem einjährigen Sohn Rasmus in einer Mietwohnung auf knapp 70 Quadratmetern. Da die Familie weiter wachsen sollte, war eine größere Wohnung im Gespräch.

„Einen Neubau zu finanzieren, das konnten wir uns eigentlich nicht vorstellen. Wenn schon, dann käme höchstens eine Bestandsimmobilie für uns infrage“, sagt Rouven Grünhagen. Doch das verwinkelte Grundstück ging dem Ehepaar nicht aus dem Kopf. Ein Bauträger konnte sie von einem Energieeffizienzhaus 70 mit 123 Quadratmetern Wohnraum auf zwei Ebenen



Das neue Haus der Grünhagens benötigt 30 Prozent weniger Primärenergie als ein vergleichbarer Neubau.



Stolz auf ihr neues Zuhause: Susen, Rouven und Rasmus Grünhagen.

überzeugen. Mittel- und langfristig wäre dieses Haus sicher eine gute Entscheidung: Es benötigt 30 Prozent weniger Primärenergie als ein vergleichbarer Neubau. Der maximale Jahresprimärenergiebedarf liegt bei 50 kWh/m². Die Energie für das Neubaugebiet sichert ein Blockheizkraftwerk.

Doch eine Finanzierung schien dem jungen Ehepaar noch immer sehr unwahrscheinlich. Nach mehreren Gesprächen bei der Hausbank sowie einem Termin bei der Investitionsbank stand schließlich das dreiteilige Finanzierungskonzept: ein Hypothe-

kendarlehen der Hausbank und zwei weitere Kredite über die Investitionsbank Schleswig-Holstein – ein KfW-Kredit aus dem Programm *Energieeffizient Bauen* und ein zusätzliches Darlehen aus der sozialen Wohnraumförderung mit einem effektiven Zinssatz von lediglich 1,63 Prozent. „Ohne diese Möglichkeit wäre die monatliche Belastung für uns einfach zu hoch gewesen“, erläutert Rouven Grünhagen. „Dass es so etwas gibt, ist schon eine großartige Sache“, ergänzt seine Frau Susen. Nach der Finanzierungszusage ging alles ganz schnell. Im August 2011 bezog die Familie den Neubau im Dorothea-Brede-Weg. „Wir waren überrascht, weil wir dachten, dass unser Haus

eigentlich kleiner sein müsste“, erzählt Susen Grünhagen. Bis Weihnachten waren der Innenausbau und die Ausstattung nahezu komplett. „Alle Malerarbeiten haben wir selbst übernommen“, verrät Rouven Grünhagen. Während das Erdgeschoss von einem großzügigen Wohnzimmer mit Essbereich und Wohnküche dominiert wird, ist oben ein geräumiges Bad, ein Schlafzimmer mit begehbarem Wandschrank, das Kinderzimmer von Rasmus sowie ein Arbeitszimmer untergebracht. Bei Bedarf kann der Dachboden noch ausgebaut werden.

„Wir fühlen uns sehr wohl hier. In der Nachbarschaft sind viele junge

Familien, zum Sport kann ich mit dem Fahrrad fahren und auch die Innenstadt ist in wenigen Minuten erreichbar“, sagt Susen Grünhagen. „Außerdem ist man schnell an der Ostsee und kann Windsurfen“, freut sich der 34-jährige Familienvater. „Wichtig für uns ist natürlich, dass sich auch Rasmus hier gut eingelebt hat!“ Seine Großeltern aus Kappeln, Flensburg und Eckernförde kommen regelmäßig zu Besuch und ermöglichen Susen und Rouven Grünhagen unbeschwerte Kinoabende oder Besuche bei Freunden. „Hier passt einfach alles“, freut sich die Sozialpädagogin, „und jetzt kommt der Frühling in unserem ersten eigenen Haus!“



Die eigenen vier Wände – mit einem Finanzierungsplan der Investitionsbank.



„Finanzmittel für die Aufgaben im kommunalen Gemeinwesen sprießen nicht aus dem Boden. Daher muss man sie besonders gezielt und effektiv einsetzen. Nach der Umsetzung der energetischen Maßnahmen arbeitet unsere Schwimmhalle erheblich umweltschonender und weist darüber hinaus einen Kostendeckungsgrad von rund 60 Prozent auf. Damit gehört es zu den ökonomisch am besten aufgestellten Bädern in Deutschland.“

Wolfgang Schneider, Bürgermeister der Stadt Preetz, Seite 47–48

Kommunale Kunden weiter vor großen Herausforderungen

Auch im vergangenen Jahr sind die Anforderungen an die Investitionsbank und den Bereich Kommunale Kunden insgesamt weiter gestiegen. Sowohl bei Kommunal- als auch bei Landesprojekten ist weiterhin ein ebenso reges wie erfreuliches Interesse an ganzheitlicher Unterstützung zu spüren. Die Investitionsbank hat darauf 2011 mit entsprechenden strategischen Entscheidungen in der Ausrichtung reagiert. Dazu gehört die Konzentration auf Schleswig-Holstein und die Weiterentwicklung des ÖPP-Kompetenzzentrums und der Finanzierungsangebote zum Infrastrukturkompetenzzentrum des Landes Schleswig-Holstein.

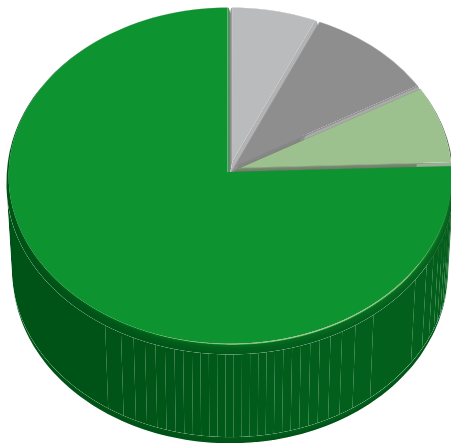
Sehr deutlich macht sich die Finanzmarkt- und Bankenkrise bemerkbar; hinzu kommen die Vorboten von *Basel III* und der geplanten Liquiditätskennziffer. Die Investitionsbank verzeichnete deshalb eine zunehmende Nachfrage aus dem kommunalen Sektor. Hierauf konnte durch eine Erweiterung der Refinanzierungsbasis reagiert werden.

Im Kommunalbereich gehen die Fördermittel weiterhin zurück, während gleichzeitig der Druck auf die Erneuerung, den Neubau und die Instandhaltung der öffentlichen Infrastruktur steigt. Vor diesem Hintergrund kommt dem Auffinden intelligenter und ganzheitlicher Finanzierungs-

lösungen eine immer größere Bedeutung zu. Dies gilt umso mehr, da die Haushaltslage aufgrund des Entschuldungsdrucks nach wie vor angespannt ist. Darüber hinaus obliegt es den kommunalen Kunden und ihren Unternehmen, die im Frühsommer 2011 eingeleitete Energiewende maßgeblich zu schultern.

Der Megatrend der Digitalisierung hat die Kunden ebenso gefordert wie die daraus resultierende Notwendigkeit eines flächendeckenden Breitbandausbaus auf dem Land. Es ist der Investitionsbank aber gelungen, passende Antworten zu finden, die auch bundesweit stark beachtet worden sind.

Förderkredite 2011



- Kommunaldarlehen 474 Mio. €
- Kommunalnahe Unternehmen und Projektfinanzierung 48 Mio. €
- Kommunaler Investitionsfonds 63 Mio. €
- Krankenhausfinanzierung¹⁾ 41 Mio. €

Gesamtsumme 626 Mio. €

¹⁾ einschließlich Fachkliniken/Behinderteneinrichtungen

Kommunalkreditgeschäft

Der sensible Umgang mit der knapper werdenden Ressource Liquidität und die trotz gestiegener Steuereinnahmen wachsende Verschuldung der kommunalen Haushalte hat die Investitionsbank veranlasst, eine noch stärkere Fokussierung auf die Betreuung der kommunalen Kunden vorzunehmen. Es wird individuell und umfangreich zu Fördermöglichkei-

ten und Finanzierungsmodellen beraten. Das Ziel besteht darin, eine Verbesserung der Finanzierungsstruktur im Neu- wie im Bestandsgeschäft zu erreichen. Damit ist und bleibt die Investitionsbank ein wichtiger und verlässlicher Partner. Durch die Konzentration auf Schleswig-Holstein hat sich die strategische Ausrichtung des Kommunalkreditgeschäfts verändert.

Mit rund 474 Mio. € konnte trotz veränderter Rahmenbedingungen ein erfreuliches Neugeschäftsergebnis erzielt werden. Dieses lag zwar deutlich unter dem Ergebnis aus dem Jahr 2010, übertraf jedoch die Planungen für 2011 – auch unter Berücksichtigung der besonderen Effekte aus dem Konjunkturpaket II.

Kommunalnahe Unternehmen

Bei der Kundengruppe *Stadt- und Gemeindewerke* waren die Auswirkungen des langen und harten Winters besonders deutlich spürbar. Dies hatte zwei Folgen: Auf der einen Seite wurden – insbesondere im Bereich der Fernwärme – höhere Einnahmen im Energiebereich erzielt. Auf der anderen Seite konnten lange Zeit Investitionsprogramme wie zum Beispiel im Tiefbau nicht umgesetzt werden, was zu hohen Liquiditätsbeständen und niedrigerem Kreditbedarf führte. Dies hat in einigen Fällen auch für

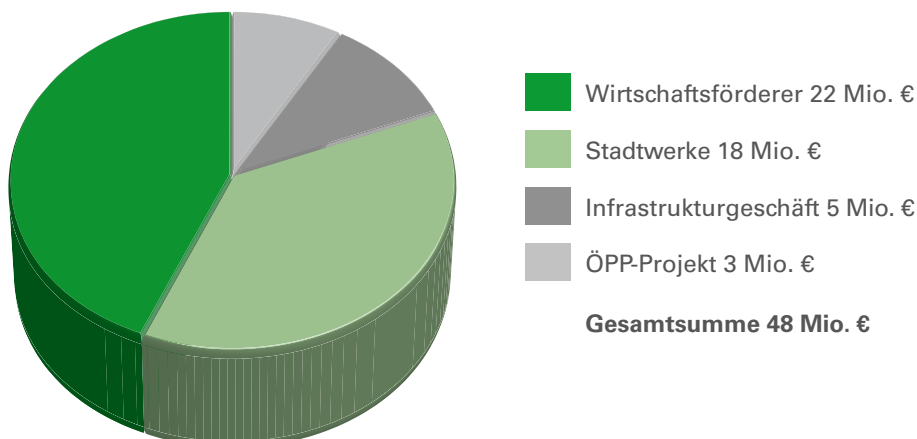
die Investitionsbank bedeutet, dass zugesagte Kreditlinien nicht oder nur in geringerem Ausmaß als geplant beansprucht wurden.

Inhaltlich haben sich gerade die Stadt- und Gemeindewerke vielfach intensiv mit dem Thema Breitbandausbau beschäftigt. Das Produkt IB.Breitband, das aus begleitender Beratung und langfristiger Refinanzierung besteht, findet große Resonanz bei Kunden und Kooperationspartnern. Die Investitions-

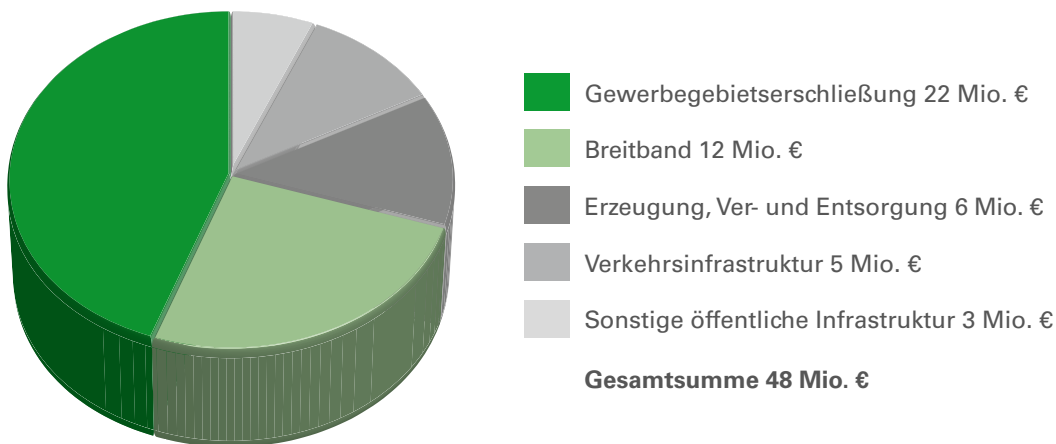
bank konnte sich bei drei Vorhaben in Höhe von insgesamt zugesagten rund 25 Mio. € beteiligen.

Der allgemeine Trend zur Rekommunalisierung führte zu einer größeren Anzahl von Stromnetzübernahmen, deren Finanzierung teilweise bereits anstand, zum größeren Teil aber noch in die kommenden Jahre hineinreichen wird. Die Investitionsbank hat in beiden Themenbereichen positive Signale gesetzt und bietet entsprechende Finanzierungslösungen an.

Neugeschäft kommunalnahe Unternehmen nach Branche



Neugeschäft kommunalnahe Unternehmen nach Inhalt der Investition



Infrastruktur-Projektfinanzierungen

Das vorhandene Know-how zur Projektfinanzierung wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr von Kunden und Partnern stark nachgefragt.

Die Investitionsbank konnte ein namhaftes Landes-Infrastrukturprojekt im SPNV-Bereich bei der Ausschreibung hinsichtlich der finanziellen Ausgestaltung beratend begleiten. Zudem erfolgte eine größere eigene Finanzierungsbeitrag sowohl bei der Bauzwischenfinanzierung als auch bei der langfristigen Endfinan-

zierung. Hierbei wurde deutlich, wie wichtig die Beteiligung der Investitionsbank bei der Herausgabe von Angeboten durch private Bieter ist, wenn es sich um hohe Summen und lange Laufzeiten, aber auch um Risiken während der Bauphase handelt.

Hervorzuheben ist darüber hinaus die Herausgabe einer Kreditzusage für eine Projektfinanzierung eines Breitbandprojektes im ländlichen Bereich, bei dem es um die Verlegung von Glasfaserleitungen bis in

jedes Haus geht (FTTH). Mit der nach Kenntnis der Investitionsbank bundesweit ersten Zusage dieser Art soll die Finanzierung des Vorhabens als Ganzes sichergestellt werden. Weiter beteiligt sind Banken und Sparkassen, die die übrigen 50 % des Volumens aufbringen. Auch hier hat die Investitionsbank im Vorfeld umfangreiche Unterstützung gewährt und auf diesem Weg zu einer noch höheren Transparenz der Investitions- und Kreditentscheidung beigetragen.

Herausforderung Energiewende

Die Investitionsbank ist weiterhin erfolgreich dabei, Brücken auf dem Weg zur ganzheitlichen Betrachtung von komplexen Sachverhalten herzustellen und die Akteure miteinander zu vernetzen. So hängt die Erzeugung von Windstrom ebenso mit dem Abtransport der erzeugten Energie wie auch mit der Steuerung der

Anlagen mittels Breitbandtechnologie zusammen. Bei der notwendigen Erweiterung von Nahwärmenetzen können zudem Synergien erzielt werden. So lassen sich zum Beispiel bei Biogasanlagen deren Steuerung und Überwachung mit dem erforderlichen Ausbau des Breitbandnetzes kombinieren.

So hat die Investitionsbank bei Regionalkonferenzen in den Kreisen Nordfriesland und Plön, die vor allem den Breitbandausbau betrafen, ganz pragmatische Arbeitsschritte mit den Kunden entwickelt. Diese befinden sich nun in der konkreten Umsetzung und nutzen gezielt die in der Region vorhandenen Möglichkeiten,

die sich aus der Zusammenarbeit unterschiedlicher Interessenträger ergeben. Im nächsten Schritt ist geplant, die Vernetzung der Wohnungswirtschaft mit den Stadtwerken und Kommunen weiter voranzubringen.

Auch die Verfügbarkeit zinsgünstiger langfristiger Finanzierungsmittel für

Umweltprojekte ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Die Investitionsbank hat im Sommer 2011 bereits den dritten Globaldarlehensvertrag mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) über 150 Mio. € (nach 30 Mio. € im Jahr 2009 und 100 Mio. € im Jahr 2010) abgeschlossen und hiervon 2011 bereits 35 Mio. € für

kommunale Umweltprojekte vergeben. So konnten Solaranlagen und energetische Sanierungsmaßnahmen von Verwaltungsgebäuden errichtet sowie weitere vergleichbare Vorhaben durchgeführt werden.

Kommunale Förderprogramme

Im kommunalen Investitionsfonds (KIF) hat die Investitionsbank 2011 rund 63 Mio. € ausgereicht. Ein Schwerpunkt war dabei insbesondere im ersten Halbjahr das Zuschuss-sonderprogramm *Winterbedingte*

Straßenschäden. In der Krankenhausfinanzierung kam es zur Auszahlung von rund 41 Mio. €, von denen etwas über 1 Mio. € für Heime und Fachkliniken bestimmt waren. Die Förderung von Erweiterungs- und

Umbaumaßnahmen, die bei einigen Großprojekten stattfand, diente überwiegend dem Ziel, die Anpassung der Einrichtungen an die gestiegenen medizinischen Anforderungen zu gewährleisten.

Beratung Öffentliche Infrastruktur/ÖPP-Kompetenzzentrum

Der Ausbau wie die Sanierung von kommunaler Infrastruktur im Rahmen öffentlich-privater Partnerschaften erfolgte auch im vergangenen Jahr recht zurückhaltend, was den Trend der Jahre 2009 und 2010 bestätigte. In der zweiten Jahreshälfte zeigte sich allerdings eine spürbare Zunahme konkreter Projektanfragen von kommunalen Trägern an das ÖPP-Kompetenzzentrum. Das Themenspektrum war dabei weit gefächert.

Ein Schwerpunkt lag im steigenden kommunalen Bedarf an Betreuungsplätzen in Kindertagesstätten. Hintergrund ist der ab dem 1. August 2013 bundesweit bestehende Rechtsanspruch von Eltern auf einen

Betreuungsplatz für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr, der im Kinderförderungsgesetz festgeschrieben wurde. Die Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren soll demnach bis 2013 auf 35 % ausgebaut werden. Zu Beginn des Jahres 2011 lag sie noch bei etwa 25 %.

Weiterhin konnte die Gemeinschaftsschule Halstenbek, deren Vergabeverfahren das ÖPP-Kompetenzzentrum im Jahr 2010 begleitet hatte, im November 2011 plangemäß in Betrieb genommen werden. Ein weiteres Schul- und Kindertagesstättenbauvorhaben wird derzeit im Vergabeverfahren betreut.

Frühphasenberatung wurde darüber hinaus auch bei einer Feuerwache, einem Verwaltungsbauvorhaben, einem kommunalen Bad sowie für eine Theatersanierung angefragt. Die Aufträge befinden sich zum Teil noch in der Umsetzung.

Neben dem Hochbausektor erstrecken sich die Beratungstätigkeiten der Investitionsbank insbesondere auf bedeutsame Verkehrsprojekte in Schleswig-Holstein. Das ÖPP-Kompetenzzentrum war bei einer Voruntersuchung für ein Betreibermodell eingebunden, das die westliche Elbquerung im Zuge der BAB A 20 betrifft. Ferner wurde der Vergabewettbewerb zur A 7 gestartet, an dem die

Investitionsbank als Fachberater für finanzielle und wirtschaftliche Fragen bei der Erstellung der Vergabeunterlagen und der Durchführung des Verfahrens beteiligt ist. Für die dringend notwendige Sanierung des Nord-Ostsee-Kanals gab es zudem konzeptionelle Überlegungen für ein Betreibermodell. Außerhalb Schleswig-Holsteins wurden im Bereich des Bundesautobahnbaus zwei bedeutsame Betreibermodellprojekte unter Mitwirkung der Investitionsbank erfolgreich bis zum Vertragsabschluss begleitet.

Ein besonderer Erfolg im Rahmen des Partner-Regio-Netzwerkes ist die Vereinbarung einer gemeinsamen Rahmenfinanzierungsfazilität mehrerer Landesförderbanken mit der Europäischen Investitionsbank. Diese eröffnet zusätzliche Refinanzierungsmöglichkeiten für langfristige ÖPP-/Infrastrukturfinanzierungen und stellt damit einen weiteren Meilenstein im Hinblick auf die Komplettierung von Produkten der Investitionsbank dar.

Das ÖPP-Forum im Rahmen der Nord-Bau ließ unter dem Thema *Nachhaltige Bewirtschaftungskonzepte im öffentlichen Hochbau* Projektträger zu Wort kommen, die ihre Erfahrungen mit ÖPP-Projekten im Betrieb schilderten. Die Berichte waren von positiven Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit dem privaten Partner und dem ÖPP-Kompetenzzentrum in der Investitionsbank geprägt.

Ausblick: Auf dem Weg zum Infrastrukturkompetenzzentrum des Landes Schleswig-Holstein

Auch im Jahr 2012 will die Investitionsbank die Infrastrukturentwicklung im Land mit nachhaltigen Lösungen und Finanzierungskonzepten unterstützen. Da sich die Bedarfslagen in den Kommunen ändern und die Wirtschaftlichkeit von Infrastrukturprojekten angesichts zunehmend leerer öffentlicher Kassen und der Schuldenbremse in den Vordergrund gerückt ist, wird eine umfassendere Betreuung erforderlich. Kommunen sollen zukünftig ganzheitlich beraten werden, damit alle Bedarfe im Bereich der Infrastrukturförderung bedient werden können.

Es ist ferner noch kein baldiges Ende der Finanzmarkt- und Bankenkrise er-

kennbar. Die im Bereich Kommunal-kunden verfügbaren Instrumentarien sollen zukünftig auf möglichst breiter Front für die Infrastrukturförderung zum Einsatz kommen. Kunden- und Produktverantwortung werden miteinander vernetzt, während das bestehende Know-how für Beratung und Finanzierung als Infrastruktur-Kompetenzzentrum eine Bündelung erfährt.

ÖPP-Modelle sollen dabei weiterhin eine Realisierungsvariante unter mehreren darstellen. Der Kompetenzfokus wird von ÖPP auf weitere mögliche Realisierungsvarianten erweitert. Die Kommune soll auch dann mit Beratungs- und Finanzierungskompetenz durch die Investi-

tionsbank umfassend und aktiv unterstützt werden, wenn keine ÖPP möglich oder sinnvoll ist.

Insgesamt kommt auf die Kommunen und die Stadt- wie Gemeindewerke die Aufgabe zu, als Treiber und maßgebliche Träger der Energiewende zu fungieren. Auffällig ist, dass derzeit einige Rahmenbedingungen noch nicht passend sind, um Investitionen tatsächlich auszulösen. Dies betrifft insbesondere den Bau neuer Kraftwerkskapazitäten. Auch das Thema Breitband wird die Investitionsbank in den kommenden Jahren noch weiter beschäftigen, da die entsprechenden Projekte vielfach erst 2012 in die Umsetzung gehen.

Energetisch schöner schwimmen in Preetz

Die Investitionsbank unterstützt den ökonomischen Umbau der Preetzer Schwimmhalle

Sie ist einer der Anziehungspunkte in der Region: die Schwimmhalle am Postseeufer in Preetz. Und sie steht für die Energiewende im Kleinen, von der dennoch eine große Anzahl von „Wasserratten“ profitiert. Rund 130.000 Besucher nutzen das Bade- und Schwimmbecken, Sauna und Dampfbad sowie die zahlreichen Fitness- und Gymnastik-Programme der Schwimmhalle. Sie kommen aus Neumünster, Plön, Kiel – und natürlich aus der „Schusterstadt“ selbst. Dort nutzen alle Schulen der Stadt die Halle für den Sportunterricht sowie einige Tauchclubs und Reha-Einrichtungen.



Freut sich über den gelungenen energetischen Umbau der Schwimmhalle in Preetz: Bürgermeister Wolfgang Schneider



Stadt Preetz

1981 wurde die Schwimmhalle eingeweiht. Knapp 30 Jahre später war sie stark renovierungsbedürftig. „Das dringendste Problem war allerdings der hohe Energieaufwand“, erklärt Bürgermeister Wolfgang Schneider. Das Wasser muss tem-

periert werden, die Halle geheizt und auch die Luft gewärmt werden. Das kostet Energie – und viel Geld. Doch was tun, bei klammer Kasse? Zum Glück hatte die Bundesregierung Anfang 2009 das Konjunkturpaket II beschlossen. Und mit der Hilfe der Investitionsbank Schleswig-Holstein wurden 900.000 Euro der benötigten 1,1 Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm zur Verfügung gestellt. Mit weiteren 44.000 Euro konnte 2010 das Dach des städtischen Kindergartens am Hufenweg, in dem aktuell 42 Kinder betreut werden, energetisch saniert werden.



In der Preetzer Schwimmhalle ziehen jährlich bis zu 130.000 Besucher ihre Bahnen.

„Das alles war ausgesprochen hilfreich“, freut sich Wolfgang Schneider auch noch wenige Monate nach der Wiedereröffnung des Preetzer Bades im Herbst 2011. Mit den Mitteln für die Schwimmhalle wurde das komplette Dach energetisch gedämmt und erneuert sowie die da-

runter liegende Fensterfront durch zeitgemäße Glaselemente ersetzt. Ebenfalls wurden die Lüftungsrohre und die Lüftungszentrale komplett ausgetauscht. „Auch die Mitarbeiter haben toll mitgezogen“, erzählt der Preetzer Bürgermeister, „sie haben die Decke gestrichen und viele kleine Arbeiten verrichtet.“

Das Ergebnis kann sich sehen und spüren lassen. „Die neue Wärmedämmung und die anderen energetischen Maßnahmen sowie das neue gasbetriebene Blockheizkraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung führen zu erheblichen Energieeinsparungen“, erläutert Wolfgang Schneider, der selbst immer wieder gerne ein paar Bahnen schwimmt. „Die Schwimmhalle kann heute einen Kostendeckungsgrad von rund 63 Prozent aufweisen. Damit gehört es zu den ökonomisch am besten aufgestellten Bädern in Deutschland. Außerdem konnte der CO₂-Ausstoß deutlich minimiert werden.“ Und in Preetz wird weiter investiert. Zurzeit wird im Bad eine finnische Sauna gebaut, „mit eigenen Mitteln“, sagt Wolfgang Schneider – und lächelt.

www.preetz.de



Nutzt selbst gerne die Schwimmhalle zum „Absprung“: Bürgermeister Wolfgang Schneider





„Klimaschutz ist für alle wichtig. Mit Unterstützung der Investitionsbank Schleswig-Holstein konnten wir unsere Idee eines Kompetenzzentrums für Erneuerbare Energien in die Tat umsetzen. Etwas Vergleichbares gibt es in Norddeutschland nicht!“

Alexander Hansmann, Geschäftsführer der BALTICSOLAR GmbH, Seite 56–57



Im Auftrag des Landes Schleswig-Holstein betreut die Investitionsbank eine Vielzahl von Förderprogrammen. Dazu gehören gleich mehrere Auf-

gabenfelder im Zusammenhang mit dem *Zukunftsprogramm Wirtschaft* und dem *Zukunftsprogramm Arbeit*, mit denen die EU, der Bund und das

Land in der Förderperiode 2007–2013 wachstums- und beschäftigungspolitische Impulse setzen.

Arbeitsmarkt- und Strukturförderung

Der Bereich Arbeitsmarkt- und Strukturförderung enthält das Förderprogramm-Management für das Land Schleswig-Holstein. Art und Umfang der vielfältigen Aktivitäten ergeben sich dabei aus den jeweiligen Aufgabenübertragungsverträgen, die zwischen dem Land und der Investitionsbank geschlossen wurden.

In der Förderperiode 2007–2013 bilden das *Zukunftsprogramm Wirt-*

schaft und das *Zukunftsprogramm Arbeit* die beiden größten Förderprogramme. Sie werden unter anderem aus den EU-Strukturfonds kofinanziert: das *Zukunftsprogramm Wirtschaft* aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und das *Zukunftsprogramm Arbeit* aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Im Rahmen beider EU-Strukturfonds sind Förderungen nach zahlreichen unterschiedlichen Richtlinien für Bür-

gerinnen und Bürger, Unternehmen, Beschäftigte in kleinen und mittleren Betrieben, Kommunen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Kammern, Verbände und andere möglich. Die Abwicklung der Maßnahmen erfolgt in enger Kooperation mit dem Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr (*Zukunftsprogramm Wirtschaft*) und dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit (*Zukunftsprogramm Arbeit*).

Zukunftsprogramm Wirtschaft

Das *Zukunftsprogramm Wirtschaft* ermöglicht die Förderung von Innovationsprojekten, regionalen Vorhaben, einzelbetrieblichen Investitionen und betrieblichen Innovationen im gesamten Landesgebiet. Die Zuständigkeit der Investitionsbank betrifft dabei regionale Projekte und einzelbetriebliche Investitionsförderung.

Die Schwerpunkte des Programms liegen auf

- ▶ der Stärkung von Wissen und Innovation,

- ▶ der Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Stärkung der unternehmerischen Basis,
- ▶ dem Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur und Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung sowie
- ▶ der Entwicklung der spezifischen regionalen Potentiale.

Im größten Wirtschaftsförderungsprogramm des Landes werden in der Förderperiode 2007–2013 Finanzmittel in Höhe von rund 704 Mio. € ge-



bündelt, davon rund 374 Mio. € aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), rund 208 Mio. € aus der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe *Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur* (GRW) sowie ergänzende Landesmittel in Höhe von rund 122 Mio. € (vorbehaltlich der Zurverfügungstellung der notwendigen Bundes- und Landesmittel in den Jahren 2013 bis 2015).

Im vergangenen Jahr war es möglich, 60 regionale Projekte mit einem Förder volumen von rund 38,1 Mio. € zu unterstützen, wodurch das Land Schleswig-Holstein als Wirtschafts- und Tourismusstandort gestärkt wurde.

In der einzelbetrieblichen Investitionsförderung hat die Organisationseinheit Strukturförderung 2011 insgesamt 103 Bewilligungen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von rund 36,3 Mio. € ausgesprochen, mit denen Erweiterungen, Neuerrichtungen und Modernisierungen von

Betriebsstätten gefördert wurden. Durch die einzelbetriebliche Investitionsförderung im Rahmen des *Zukunftsprogramms Wirtschaft* konnten Gesamtinvestitionen in Höhe von rund 267,8 Mio. € ausgelöst werden. Betrieben der gewerblichen Wirtschaft – und zwar insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen – war es hierdurch möglich, 1.092 Dauerarbeitsplätze neu zu schaffen und 3.323 Stellen zu sichern.

Für die einzelbetriebliche Investitionsförderung war auch 2011 ein Jahr

des Umbruchs. Durch die Umsetzung verschiedener Vorschläge der Haushaltsstrukturkommission kam es ab April zu einem allgemeinen Antragsannahmestopp, der allerdings zum 1. Januar 2012 wieder aufgehoben wurde. Die Förderung wird sich im Wesentlichen auf die strukturschwächsten Regionen in Schleswig-Holstein konzentrieren und damit das sogenannte C-Fördergebiet der *Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur* umfassen¹.

www.ib-sh.de/zukunftsprogramm-wirtschaft

Schulbau

Im Auftrag des Ministeriums für Bildung und Kultur wickelt die Investitionsbank Maßnahmen der Bildungsinfrastruktur ab. Diese Aktivitäten gehören in den Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes, des Landesschulbauprogramms, der Investitionspakete sowie einiger Altprogramme.

Die Schulbauprojekte aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz (*Konjunkturpaket II*) wurden bereits im Jahr 2010 weitgehend bewilligt. Zum Abschluss des Programms konnten

2011 alle entsprechenden Vorhaben abgewickelt werden. Insgesamt wurden 449 Fördermaßnahmen mit einem Bewilligungsvolumen von rund 128 Mio. € aus Bundes- und Landesmitteln für ein förderfähiges Investitionsvolumen von etwa 188 Mio. € vollständig schlussgerechnet und ausgezahlt. Dies geschah innerhalb des durch den Bund gesetzten zeitlichen Rahmens.

Zusätzlich wurden aus diesem Programm 348 Kindertagesstätten und

elf Weiterbildungseinrichtungen mit einem Fördervolumen von rund 31 Mio. € aus Bundes- und Landesmitteln abgewickelt. Das förderfähige Investitionsvolumen betrug in diesem Fall knapp 42 Mio. €.

Bei der Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes wurden die vom Finanzministerium übertragenen Aufgaben – Mittelbewirtschaftung und Controlling – vereinbarungsgemäß erfüllt. Basis hierfür war eine eigens programmierte Datenbank.

¹Das C-Fördergebiet umfasst: Kreis Schleswig-Flensburg, Kreis Nordfriesland, Kreis Dithmarschen, Teile des Kreises Steinburg, Kreis Ostholstein, Teile der Stadt Flensburg und Teile der Stadt Lübeck.

Zukunftsprogramm Arbeit

Das *Zukunftsprogramm Arbeit* bündelt die Förderangebote der schleswig-holsteinischen Arbeitsmarktpolitik in den Jahren 2007–2013. Mittelgeber sind das Land und die Europäische Union. Mit dem Vorhaben gefördert werden unter anderem kleine und mittlere Unternehmen sowie deren Beschäftigte, Bürgerinnen und Bürger, die nur schwer auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen können, Existenzgründerinnen und -gründer, Auszubildende sowie Schülerinnen und Schüler. Das Programmvolumen

umfasst insgesamt rund 288 Mio. €. Davon stammen etwa 100 Mio. € aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF).

Das *Zukunftsprogramm Arbeit* nennt folgende Förderschwerpunkte:

- ▶ Steigerung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen,
- ▶ Verbesserung des Humankapitals,
- ▶ Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen.



Aus dem in der Förderperiode 2007–2013 zur Verfügung stehenden Gesamtbudget, das aus ESF- und Landesmitteln für Investitionen in Weiterbildung, Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration stammt, wurden 2011 von der Organisationseinheit Arbeitsmarktförderung rund 31,2 Mio. € für 2.194 Vorhaben nach 16 unterschiedlichen Aktionen bewilligt.

www.ib-sh.de/zukunftsprogramm-arbeit

Meister-BAföG

2.415 Fortbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer konnten im Jahr 2011 durch das von Bund und Land gemeinsam finanzierte Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (*AFBG – sogenanntes Meister-BAföG*) gefördert werden. Novellierungsbedingt waren die Bewilligungszahlen ge-

genüber 2010 rückläufig, die bewilligten Mittel haben sich im Vergleich zum Vorjahr jedoch nicht wesentlich verändert. Die Förderungen dienen der Aufstiegsfortbildung von Fachkräften und der Vorbereitung auf die Meisterprüfung im Handwerk. Der Mitteleinsatz erleichtert den Teilneh-

merinnen und Teilnehmern den Weg in die Selbstständigkeit, eröffnet berufliche Aufstiegsmöglichkeiten und Übernahme verantwortlicher Tätigkeiten und erhöht ihre Chancen am Arbeitsmarkt.

www.ib-sh.de/meister-bafog

Ausblick

Grundsätzlich wird für die beiden Zukunftsprogramme im Jahr 2012 von konstanten Antragszahlen ausgegangen. Beim „Meister-BAföG“ wird im Jahr 2012 eine weiterhin hohe Zahl der Förderanträge erwartet. Gleiches gilt mit Ausnahme des ausgelaufenen Konjunkturpakets II auch für die weiteren Förderprogramme.

Die Vorbereitungen für die Förderperiode der Jahre 2014 bis 2020 für den ESF, den EFRE und die anderen Strukturfonds sind seitens der Europäischen Kommission nicht abgeschlossen. Die verschiedenen Strukturfonds sollen nach den veröffentlichten Planungen enger zusammenwachsen und dadurch

größere Synergien und eine höhere Wirkung erreicht werden. Die Europäische Kommission bringt diesen Leitgedanken dadurch zum Ausdruck, dass es neben den strukturfondsspezifischen Verordnungen bereits in der laufenden Förderperiode eine gemeinsame allgemeine Verordnung für den EFRE, den ESF

und den Kohäsionsfonds (KF) gibt. Künftig sollen in die allgemeine Verordnung auch noch der Europäische Landwirtschaftsfonds (ELER) und der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF) mit dem Ziel integriert werden, mehr Kohärenz unter den einzelnen europäischen Instrumenten zu erreichen.

Die Europäische Kommission hat inzwischen Entwürfe der zugrunde liegenden Verordnungstexte veröffentlicht, ohne dass bereits die finanzielle Ausstattung der Programme bzw. der Mitgliedsstaaten festgelegt wurde. Mit der Veröffentlichung des mehrjährigen Finanzrahmens ist nicht vor dem Ende des Jahres 2012 zu rechnen. Erst danach wird über die Verteilung der Mittel auf die Bundesländer auf Bundesebene ver-

handelt werden. Bereits jetzt ist mit einer im Vergleich zu der aktuellen Förderperiode deutlich geänderten Budgetierung und grundsätzlich veränderten Rahmenbedingungen wie etwa erhöhten Anforderungen an die Datenerhebung und die Datenverarbeitungsprozesse zu rechnen.

Der Bereich Arbeitsmarkt- und Strukturförderung möchte für die Investitionsbank als das zentrale Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein auch in der zukünftigen Förderperiode das Land bei der Erfüllung der öffentlichen Förderaufgaben aktiv unterstützen und dabei weiterhin die Grundsätze und Ziele der staatlichen Förderpolitik sowie die Bestimmungen der Europäischen Union fördern. In den Förderprogrammen der nächsten Förderperiode werden vor-

aussichtlich besonders die Technologie- und Innovationsförderung, die Förderung von Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) in zu konkretisierenden Bereichen und die Förderung der rationellen Energienutzung, der erneuerbaren Energien und der Energieeinsparung Schwerpunkte der Förderung darstellen. Die Investitionsbank könnte diese Schwerpunkte, die der gesetzliche Förderauftrag an die Bank in vollem Umfang einschließt, für das Land Schleswig-Holstein in Zukunft zentral unterstützen. Damit könnten auch zusätzliche Bestandteile von Förderprogrammen abgewickelt werden, die bisher seitens der Landesregierung eigenständig oder von anderen Förderinstituten bearbeitet worden sind.

Energien für die Zukunft

Die Investitionsbank unterstützt das erste Kompetenzzentrum für Erneuerbare Energien in Norddeutschland

Wie mit Mitteln aus dem *Zukunftsprogramm Wirtschaft* erfolgreich wachstums- und beschäftigungspolitische Impulse gesetzt und zu deutlich mehr Einsatz von erneuerbaren Energien verholfen werden kann, zeigt das Beispiel BALTICSOLAR GmbH.

BALTICSOLAR[®]
gute energie für den norden.

Das Unternehmen mit dem Schwerpunkt Beratung, Planung und Einbau von Solartechnologie wurde 2004 vom Heizungsbaumeister Andreas Höchst in Lübeck gegründet. Innerhalb weniger Jahre wuchs das Unternehmen auf mehr als 30 Mitarbeiter und entwickelte sich in Schleswig-Holstein und Hamburg zu einer der ersten Adressen im Bereich Photovoltaik.

Nachdem die Mitarbeiter 2009 auf mittlerweile drei voneinander weit entfernte Büros verteilt waren, wurde nach einem neuen Firmensitz gesucht, der zum einen genug Raum für das wachsende Unternehmen



Die Geschäftsführer der BALTICSOLAR GmbH: Andreas Höchst, Oliver Höchst und Alexander Hansmann

bieten und mit dem zum anderen eine ambitionierte Vision umgesetzt werden sollte: das erste *Kompetenzzentrum für Erneuerbare Energien* in Norddeutschland.

Nachdem das Unternehmen noch einmal weitere 40 Mitarbeiter, darunter 15 Ingenieure, eingestellt und die Tochterfirma CONSTIRLING – Schwerpunkt: innovative Heiztechnik – gegründet hatte, war es im Oktober 2011 soweit:

in Reinfeld, nahe der A 21, bezog das Unternehmen einen Plus-Energie-Gewerbebau, der seitdem zugleich als *Kompetenzzentrum für Erneuerbare Energien* genutzt wird. Drei Millionen Euro hat das Unternehmen dafür in die Hand genommen; 421.000 € kamen über die Investitionsbank aus dem *Zukunftsprogramm Wirtschaft*. „Für uns waren der Umzug und der Aufbau des Kompetenzzentrums ganz große Schritte. Endlich können wir gemeinsam das leben, was wir verkaufen. Und wir sind der Investitionsbank Schleswig-Holstein dankbar, dass sie diese Schritte mit unterstützt hat“, sagt Alexander Hansmann, einer von drei Geschäftsführern von BALTICSOLAR.

Im Weddern 25 in Reinfeld geht es um das Energiemanagement der Zukunft und um nachhaltige Energielösungen aller Art: um Photovoltaik, Blockheizkraftwerke, Solarthermie, Speicherlösungen und Energie-Management-Systeme. Ein Musterbeispiel ist das Firmengebäude selbst. Es ist eines der energieeffizientesten Gewerbe-



Das Kompetenzzentrum für Erneuerbare Energien in Reinfeld: Es erzeugt durch Sonnenlicht mehr Energie, als es selbst verbraucht.

gebäude Deutschlands: Es erzeugt durch Sonnenlicht mehr Energie, als es selbst verbraucht – und kommt dabei fast vollständig ohne Öl und Gas aus. Ein Blockheizkraftwerk und eine Wärmepumpe liefern die restliche Energie zum Heizen und Kühlen.

Täglich erreichen die Reinfeldler Anfragen nach umfassender Beratung – schließlich will die gebündelte Kompetenz unter einem Dach hautnah erlebt werden. Mindestens zweimal im Monat werden Informationstage veranstaltet: einmal für Unternehmen und Institutionen, ein anderes Mal für Privatpersonen. „Bei der letzten Veranstaltung haben sich 52 Eigenheimbesitzer zu uns auf den Weg gemacht. Kurz zuvor war eine Delegati-



Im Programm der BALTICSOLAR-Tochter Constirling GmbH ist auch das Blockheizkraftwerk „Mephisto“

Über 1.500 Photovoltaik-Anlagen hat das Unternehmen seit 2004 in Schleswig-Holstein, Hamburg, Meck-

tungen setzt der Hamburg Airport ebenso wie zahlreiche Haus- und Scheunenbesitzer in Norddeutschland. Zusammengenommen ergibt die Leistung der verbauten Anlagen eine jährliche Ersparnis von CO₂-Emissionen von mehr als 28.000 Tonnen. „Seit einigen Jahren installiert die CONSTIRLING aber auch verstärkt Blockheizkraftwerke in allen Leistungsklassen. Das ist für energieintensive Betriebe ein wichtiger Hebel, um Betriebskosten zu senken“, erklärt Alexander Hansmann. „Die Energiewende kann nur zum Erfolg werden, wenn möglichst viele Unternehmen, Institutionen und private Haushalte mitmachen. Wir wollen unseren Teil dazu beitragen.“ Dass das Unternehmen in Reinfeld diesem Anspruch nachhaltig gerecht wird, daran besteht kein Zweifel.

Weitere Informationen:
www.balticsolar.de



Schafft jährlich rund 330.000 Kilowattstunden: die Photovoltaik-Anlage von BALTICSOLAR für die Stadtwerke Neumünster auf dem Dach der Kompostierungsanlage Wittorferfeld.

on des *Bundesverbands mittelständische Wirtschaft* bei uns“, erzählt Petra von der Nahmer, Leiterin Marketing und PR bei der BALTICSOLAR GmbH.

lenburg-Vorpommern und im nördlichen Niedersachsen installiert. Auf Solardächer von BALTICSOLAR und dessen Wartungs- und Service-Leis-



„Ein Pilotvorhaben, das im Rahmen des Projekts SUBMARINER untersucht wird, ist die Herstellung von kohlenstoffneutralem Bio-Treibstoff aus Mikroalgen aus der Ostsee. Die ersten Ergebnisse sind viel versprechend.“

Dr. Hinrich Habeck, Geschäftsführer der Norgenta GmbH, Seite 66-67



Europaangelegenheiten

Sowohl bei der Umsetzung europapolitischer Entwicklungen als auch bei der Durchführung europäischer Förderprogramme kann die Investitionsbank auf langjährige Erfahrungen zurückblicken. Diese Position hat sich im vergangenen Jahr für ihre Partner und Kunden erneut von großem Nutzen erwiesen.

Das IB.Europa-Team hat eine jahrzehntelange Tradition in der Beratung von Unternehmen zu EU-Fördermöglichkeiten sowie zur Anbahnung von Kooperationen. Seit 1998 ist die Investitionsbank mit einem Verbindungsbüro in Brüssel vertreten und stellt somit sicher, bei relevanten Entwicklungen stets auf dem aktuellen Stand zu bleiben. Eine wichtige Rolle spielt das IN-

TERREG-IVB-Ostseeraumprogramm. Transnationale Zusammenarbeit im Ostseeraum gewinnt auch durch die anlaufende Umsetzung der EU-Ostseeraumstrategie an Bedeutung.

Auch im vergangenen Jahr konnte die Investitionsbank Schleswig-Holstein ihr starkes europapolitisches Engagement fortsetzen.

IB.Europa/Enterprise Europe Network



Das Enterprise Europe Network (EEN) der Investitionsbank ist seit 2008 zentrale EU-Beratungsstelle. In Kooperation mit dem Mittelstandsförderinstitut der Innovationsstiftung Hamburg begleitet IB.Europa Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Universitäten und weitere öffentliche Einrichtungen in Hamburg und Schleswig-Holstein bei der Beteiligung an europäischen Förderprogrammen, der Erschließung von Auslandsmärkten und der Suche nach internationalen Kooperationspartnern. Zum Dienstleistungsservice gehören die Erstberatung über EU-Fördermöglichkeiten, Unterstützung bei der Antragstellung, Partnersuche und Hilfestellung beim Management bewilligter EU-Projekte.

Das *Enterprise Europe Network Hamburg – Schleswig-Holstein* ist regionaler Knotenpunkt im größten Service-Netzwerk der Welt für kleine und mittlere Unternehmen mit insgesamt 600 Kontaktstellen in über

fünfzig Ländern. Es wird von der Europäischen Kommission über das EU-Programm für Wettbewerb und Innovation (CIP) kofinanziert.

Im vergangenen Jahr wurde das *Enterprise Europe Network Hamburg – Schleswig-Holstein* offizielle regionale Beratungsstelle für die EU-Programme *Forschung für kleine und mittlere Unternehmen* und *Öko-Innovation* mit dem Ziel, durch qualifizierte Beratung die Beteiligung an diesen Initiativen zu erhöhen.

In Kooperation mit regionalen Partnern wie den Kammern und Wirtschaftsfördergesellschaften sowie den Nationalen Kontaktstellen für die EU-Programme führte das Netzwerk in Hamburg und Schleswig-Holstein 2011 zahlreiche Informationsveranstaltungen, Workshops und Beratungstage mit über 1.700 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu aktuellen EU-Förderprogrammen durch. Darüber hinaus fanden rund 1.000

Beratungen per E-Mail, Telefon und in persönlichen Vor-Ort-Gesprächen statt.

Das Internetportal www.een-hhsh.de wurde erneuert. Gemeinsam mit mehreren anderen EEN in Deutschland hat das *Enterprise Europe Network Hamburg – Schleswig-Holstein* nun einen einheitlichen sowie benutzerfreundlichen Webauftritt, der die Sichtbarkeit des EEN in Deutschland weiter erhöht. Eine einfache Menüführung ermöglicht die unkomplizierte Navigation zum passenden regionalen Ansprechpartner, zu den gewünschten Interessensgebieten oder zu den wichtigsten EU-Websites. Der neue Online-Auftritt bietet nunmehr norddeutschen Unternehmen einen noch schnelleren und umfassenderen Zugang zu allen Informationen und Dienstleistungen rund um die EU. Aktuelle Nachrichten, der Veranstaltungskalender und ein direkter Zugriff auf Europas größte Kooperationsdatenbank mit

über 13.000 Unternehmensprofilen ergänzen die Internetseite.

Im Hinblick auf erneuerbare Energien wurden EEN-Dienstleistungen wie in den Vorjahren stark nachgefragt. Neben zahlreichen individuellen Beratungen führte das EEN dazu eine Reihe von Veranstaltungen durch:

- ▶ Im April 2011 organisierte IB.Europa in Hamburg und Schleswig-Holstein einen Beratungstag für Unternehmen über Fördermöglichkeiten für innovative Umweltprojekte. Im Mittelpunkt der fünfzehn Intensivberatungen standen die EU-Programme *Öko-Innovation*, *Intelligente Energie Europa* und *LIFE Plus*. Förderlotsen und das Mittelstandsförderinstitut Hamburg ergänzten die Beratung durch Bundes- und Landesfördermöglichkeiten, sodass die Unternehmen umfassende Informationen

zu den unterschiedlichen Fördermöglichkeiten auf allen Ebenen erhielten. Mehrere Unternehmen werden seitdem weiter begleitet. So besuchten die EEN-Mitarbeiter und die Nationale Kontaktstelle die Unternehmen vor Ort. Zur Vorbereitung der internationalen Förderanträge vermittelte das EEN interessierte Geschäftspartner aus dem Ausland oder die Teilnahme an internationalen Unternehmerreisen.

- ▶ In der Europawoche im Mai 2011 führte IB.Europa zusammen mit den kommunalen Selbstverwaltungen Schleswig-Holsteins eine Informationsveranstaltung über EU-Fördermöglichkeiten für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung durch. Etwa 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus verschiedenen öffentlichen Einrichtungen informierten sich im Landeshaus über entsprechende

EU-Programme und ließen sich am Beispiel von *MANDIE – Managing District Centers in North West Europe* die Durchführung eines EU-Projektes erklären.

- ▶ IB.Europa ist seit 2005 Mitglied der *European Sustainable Energy Campaign*. Im Rahmen der jährlich stattfindenden *European Sustainable Energy Week* organisierte das EEN Anfang April 2011 in Kooperation mit Eurochambers- und Enterprise-Europe-Kollegen der Arbeitsgruppe *Intelligent Energy* ein Businessfrühstück mit 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Brüssel. Die Veranstaltung informierte über Erfolge der internationalen Kooperationsanbahnung und EU-Gemeinschaftsprojekte im Bereich der erneuerbaren Energien. Mit Blick auf aktuelle EU-Ausschreibungen konnten neue Kontakte für europaweite Projektvorhaben geknüpft werden.

IB.Repräsentanz Brüssel

Die IB.Repräsentanz Brüssel dient der lokalen Kontaktpflege zu EU-Institutionen, Ländervertretungen, Finanzintermediären und weiteren Akteuren. Ihr Ziel besteht in der Vernetzung und frühzeitigen Information über relevante Entwicklungen auf europäischer Ebene. Zu den aufmerksam verfolgten Themen gehört auch die Ausgestaltung der EU-Kohäsionspolitik ab 2014, insbesondere hinsichtlich der Strukturfonds *Europäischer Fonds für regionale Entwicklung* (EFRE) und *Europäischer Sozialfonds* (ESF). Für beide Strukturfonds hat die Investitionsbank

bisher Verwaltungs- und Abwicklungsaufgaben übernommen. Ferner wird das von der Investitionsbank verwaltete INTERREG-IVB-Ostseeprogramm ebenfalls aus dem EFRE finanziert.

Im Oktober 2011 legte die EU-Kommission ihre Verordnungsvorschläge für die EU-Kohäsionspolitik ab 2014 vor. Diese sind auf die zentralen Inhalte der *Strategie Europa 2020* ausgerichtet und unterstützen somit intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Die Verordnungsentwürfe sehen thematische

Konzentrationen durch Quotierungen vor. Für stärker entwickelte Regionen, zu denen auch Schleswig-Holstein zählt, sollen mindestens 80 % der EFRE-Mittel für die Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation, für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU und für die Förderung der Bestrebungen zur Verringerung der CO₂-Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft eingesetzt werden.

Die Verordnungsvorschläge bilden die Diskussionsgrundlage für die bereits laufenden Verhandlungen in Rat

und Parlament. Parallel wird der für die EU-Kohäsionspolitik maßgebliche mehrjährige Finanzrahmen 2014 bis 2020 verhandelt.

Die Investitionsbank profitiert von der intensiven Beschäftigung mit einer Vielzahl von relevanten Themen und den Kontakten vor Ort. Hierdurch ist sichergestellt, dass ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stets

auf dem aktuellen Stand im Hinblick auf mögliche EU-Entwicklungen sind und sich aktiv in die lokale Diskussion zum Wohle des Landes einbringen können.

Renewable Energy Regions Network (RENREN)



Seit Januar 2010 wird das Land Schleswig-Holstein bei der Durchführung des Projekts *Renewable Energy Regions Network* (RENREN) durch die Repräsentanz der Investitionsbank unterstützt. Das Vorhaben umfasst vierzehn Partnerinstitutionen aus zwölf verschiedenen Ländern; im Mittelpunkt stehen der Erfahrungsaustausch über bewährte lokale Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energieträger („good

practice examples“) sowie die Erarbeitung von regionalpolitischen Empfehlungen. Gefördert wird das dreijährige Projekt unter dem EU-Programm INTERREG IVC noch bis Ende 2012.

Im Jahr 2011 hat das Projektkonsortium gute Fortschritte gemacht. Zahlreiche nachweislich positive Beispiele wurden identifiziert und eine Auswahl von Beispielen in einem

Kompendium zusammengefasst. Diese Sammlung bildet eine wichtige Grundlage für die abschließende Phase, in der die bewährten Maßnahmen auf andere Projektpartner transferiert werden sollen. Außerdem dienen sie als Grundlagen für die im Jahr 2012 anstehenden Politikempfehlungen, die vier wesentliche Felder regionalpolitischer Instrumente betreffen.

www.renren-project.eu

EU-Programme zur europäischen territorialen Zusammenarbeit

Die Europäische Union fördert im Rahmen des Kohäsionsziels der europäischen Kooperation – besser bekannt als INTERREG – dreierlei: die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von benachbarten Regionen, die transnationale Zusammenarbeit in größeren Kooperationsräumen sowie die europaweite interregionale Zusammenarbeit. INTERREG-Projekte tragen dazu

bei, wirtschaftliche, soziale und regionale Unterschiede abzubauen und dadurch das Zusammenwachsen Europas zu fördern.

In der aktuellen Förderperiode unterstützt die Investitionsbank die Europäische Union als Verwaltungs- und Bescheinigungsbehörde sowie als Trägerin des Programmsekretariats

des transnationalen *Baltic Sea Region Programme* (INTERREG IVB). Für die Programme *Südliche Ostsee* (INTERREG IVA) und *Europäische interregionale Zusammenarbeit* (INTERREG IVC) betreut die Investitionsbank regionale Kontaktpunkte. Auf diese Weise werden für die beteiligten Anrainerstaaten komplexe Aufgaben multinationaler Strukturfondsverwaltung gelöst.

Baltic Sea Region Programme 2007–2013:

Vierte Antragsrunde, Konferenz in Katowice und Ausblick in die nächste Förderperiode

Für das *Baltic Sea Region Programme 2007–2013* übernimmt die Investitionsbank – im Auftrag der beteiligten Mitgliedsstaaten – die Funktionen der Verwaltungs- und der Bescheinigungsbehörde. Das der Verwaltungsbehörde angeschlossene Programmsekretariat in Rostock und Riga (Lettland) ist für die praktische Umsetzung verantwortlich. Die Funktion der Prüfbehörde/*Audit Authority Baltic Sea Region Programme 2007–2013* ist dem Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein zugeordnet.

Das Programm fördert transnationale Kooperationsprojekte rund um die Ostsee. Vier thematische Schwerpunkte wurden gesetzt, die für den Ostseeraum von strategischer Bedeutung sind: Die Region soll innovativer und besser erreichbar sein; die Ostsee muss sauberer werden; schließlich gilt es, die Attraktivität der Städte als Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung zu stärken. Hierzu ist es erforderlich, parallel zu diesem

Vorhaben ländliche Gebiete besser einzubinden. An den Projekten beteiligen sich öffentliche Verwaltungen, Forschungseinrichtungen sowie Non-profit-Organisationen aus allen Ländern des Ostseeraums. Dafür stehen 195,6 Mio. € aus dem *Europäischen Fonds für regionale Entwicklung* (EFRE) zur Verfügung. Hinzu kommen 5,3 Mio. € norwegische Fördergelder, die für die Beteiligung norwegischer Partner vorgesehen sind, und 7,2 Mio. € aus dem *Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument* (ENPI) für die Stärkung von Nichtregierungs-Organisationen in Weißrussland.

Das *Baltic Sea Region Programme* hat sich mit dieser Schwerpunktsetzung als praktikables Instrument für die Anschubfinanzierung der *EU-Ostseeraumstrategie* erwiesen. Der Ostseeraum bekommt Pilotstatus: Hier wird die erste makro-regionale Entwicklungsstrategie umgesetzt, die der Europäische Rat 2009 auf den Weg gebracht hat. Bis Ende 2011 konnte das



Baltic Sea Region Programme insgesamt 14 als „Flagship“ ausgewiesene Projekte sowie weitere 27 Flagship-Teilprojekte der EU-Ostseeraumstrategie kofinanzieren. Insgesamt werden rund 80 Projekte im Aktionsplan der EU gelistet. Auch die EU Kommission betont die Bedeutung des *Baltic Sea Region Programme* für die Umsetzung der Ostseeraumstrategie: „Finanziert wurde die Strategie für den Ostseeraum bisher hauptsächlich aus dem Programm für den Ostseeraum 2007–2013.“ (Pressemitteilung der EU Kommission „Strategie für den Ostseeraum: Intensivierung der Zusammenarbeit“ vom 23. März 2012).

Auf 80 ist auch die Zahl der über das *Baltic Sea Region Programme* geförderten Projekte im Jahr 2011 angewachsen. Über 1.300 Projektpartner aus dem gesamten Ostseeraum arbeiteten mit. Für eine letzte, thematisch eng gefasste Antragsrunde, die Anfang 2012 gestartet wird, verbleiben noch 4,4 Mio. € Fördergelder.

Im vergangenen Jahr hat das Programm ein neues Instrument geschaffen. Thematisch miteinander verbundene Projekte können sich zu einem Cluster zusammenschließen und ihre Ergebnisse miteinander vernetzen. Dafür erhalten sie einen speziellen Zuschuss.

Der erste Cluster wurde 2011 zum Thema *Energieeffizienz und Erneuerbare Energien* etabliert. So hat das Projekt *Longlife* einen Katalog für nachhaltiges Bauen erstellt, *COOL-Brix* kümmert sich um die energieeffiziente Sanierung von historischen Backsteingebäuden, und *Urb.Energy* verbindet den Ansatz der energetischen Wohngebäudesanierung mit integrierten Stadtentwicklungskonzepten. Ideen werden in lokalen Pilotprojekten getestet. Nun kommt es zu einer Bündelung der Ergebnisse. 2012 sollen weitere Cluster-Initiativen folgen.

SUBMARINER ist ein weiteres Vorhaben, das sich für eine Energiewende in der Region stark macht. Die Ostsee bietet mannigfache Ressourcen, deren wirtschaftliche und ökologisch nachhaltige Nutzung in den vergangenen Jahren intensiv erforscht wurde. Das Feld reicht von der Anwendung

maritimer Wirkstoffe für Medizin und Kosmetik bis hin zu einem möglichen Ausbau von Wellenkraftanlagen in der Ostsee. SUBMARINER koordiniert die umfangreichen Forschungsaktivitäten in der Region, um Synergien zu erzeugen. Das *Kieler Wirkstoff Forum* am IFM Geomar ist einer der zwanzig Projektpartner aus acht Ostseeanrainerstaaten.

Im Oktober 2011 hat die EU-Kommission Verordnungsentwürfe für die Kohäsionspolitik in der Förderperiode 2014 bis 2020 vorgelegt. Nach diesen Vorstellungen soll die transnationale Zusammenarbeit im Ostseeraum weitergeführt und sogar noch gestärkt werden, sowohl finanziell als auch durch eine stärkere Verknüpfung mit der *EU-Ostseeraumstrategie*. Staatssekretär Heinz Maurus hat eine Fortsetzung der Aufgaben der Investitionsbank als Verwaltungsbehörde für das neue Ostseeraumprogramm nach 2014 grundsätzlich begrüßt.

Nicht nur Projekte vernetzen sich, auch die dreizehn transnationalen Programme Europas arbeiten enger zusammen. Angeschoben durch das *Baltic Sea Region Programme* trafen sich am 15./16. September 2011 mehr als 600 Stakeholder aus ganz

Europa und den Nachbarstaaten im polnischen Katowice zur ersten gemeinsamen Konferenz. Am Beispiel ausgewählter Themen wie Transport, Energie, demografischer Wandel, Umwelt-Risikomanagement, Innovation und Kooperation mit Nachbarstaaten konnte der Mehrwert transnationaler Zusammenarbeit präsentiert werden. Mit Vertretern der Europäischen Kommission und der Polnischen EU-Ratspräsidentschaft wurde die Ausrichtung der transnationalen Programme 2014 bis 2020 diskutiert.

Das Budget für die Verwaltung des *Baltic Sea Region Programme*, die sogenannte *Technische Hilfe*, betrug im vergangenen Jahr 2,8 Mio. € und wurde anteilig aus den beteiligten EU-Fonds und norwegischen Mitteln gedeckt.

Schleswig-Holstein profitiert durch die rege Beteiligung lokaler Partner an zahlreichen Projekten insbesondere des Ostseeraumprogramms. Weiterhin wird das Land über die Investitionsbank sowohl von den Ostseeanrainerstaaten als auch von der Europäischen Kommission als engagierter Förderer der Ostseekooperation positiv wahrgenommen.

South Baltic Programme: Deutscher Programmvorsitz und weitere Antragsrunden

Mit dem *South Baltic Programme* soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im südlichen Ostseeraum gefördert werden. Zum Programmgebiet gehören an die Ostsee angrenzende Landkreise bzw. Ge-

biets aus den Ländern Dänemark, Deutschland, Litauen, Polen und Schweden. Außerdem wird die Region Kaliningrad mit einbezogen. Etwa 60,7 Mio. € EFRE-Gelder stehen zur Verfügung.



Im Rahmen dieses Programms verwaltet die Investitionsbank für das Land Mecklenburg-Vorpommern eine regionale Kontaktstelle, den *South Baltic Programme Contact Point*. Im Laufe des Jahres 2011 wurden zwei

Antragsrunden durchgeführt. 18,3 Mio. € Förderung konnten durch den Lenkungsausschuss für neue Projekte bewilligt werden. Am Jahresende waren 90 Projektpartner aus Mecklenburg-Vorpommern an den Vorhaben beteiligt, davon 20 in federführender Rolle.

Im vergangenen Jahr hat die Kontaktstelle – im Rahmen des deutschen Vorsitzes im Förderprogramm – die Vorbereitung und Umsetzung von Sitzungen und Veranstaltungen in Mecklenburg-Vorpommern unterstützt. Außerdem wurden Institutionen aus der Region bei der Beantra-

gung von Fördergeldern beraten. Dabei arbeitet die Kontaktstelle eng mit dem Programmsekretariat in Gdansk (Polen) und dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern zusammen. Das Budget belief sich auf etwa 50.000 €.

INTERREG IVC:

Große Nachfrage auch in der vierten Antragsrunde



Mit dem Förderprogramm *INTERREG IVC* wird im Zeitraum 2007 bis 2013 die europaweite Kooperation der Regionen untereinander gefördert. Im Zentrum stehen hier der Erfahrungsaustausch und die Verbesserung des Know-hows regionaler Akteure. Damit soll vor allem schwach entwickelten Gebieten ein neues Instrumentarium an die Hand gegeben werden, um Regionalpolitik effektiver gestalten zu können. Die beiden Programmschwerpunkte *Innovation und Wissensgesellschaft* sowie *Umwelt und Risikovermeidung* leiten sich aus der europäischen Wachstums- und

Nachhaltigkeitsstrategie ab. Das Fördervolumen beträgt 321,3 Mio. € aus dem EFRE.

Das Programmsekretariat ist in Lille (Frankreich) angesiedelt. Dessen Arbeit wird von vier dezentralen *Info Points* unterstützt. Die Investitionsbank verwaltet den *Info Point North* in Rostock, der Antragsteller aus Skandinavien, Finnland, Deutschland und den baltischen Staaten betreut.

Die Hauptaufgaben des *Info Point* umfassten die Öffentlichkeitsarbeit, die Beratung von Interessenten so-

wie die Bewertung von Projektanträgen. Darüber hinaus wurde das Programmsekretariat in Lille bei der Prüfung von Fortschrittsberichten der Förderprojekte unterstützt. Das Budget des *Info Point* für 2011 betrug etwas mehr als 320.000 €.

In der vierten und letzten Antragsrunde wurden im vergangenen Jahr insgesamt 355 Anträge eingereicht. Von diesen Vorhaben genehmigte der Begleitausschuss – auf einer Sitzung im Dezember 2011 in Warschau – 82 Projekte mit einem Fördervolumen von insgesamt 124,2 Mio. €.

EU-Förderprogramme mit Beteiligung der Investitionsbank (Stand 31.12.2011)

EU-Programm/ Förderperiode	Fördermittel in Mio. €	Funktion der IB	Genehmigte Projekte	Anzahl der Antragsrunden
Baltic Sea Region Programme	EFRE: 195,6 Norwegen: 5,3 ENPI: 7,2	MA, CA, JTS	80	4
INTERREG IVC	EFRE: 321,3	Info Point	204	4
South Baltic Programme	EFRE: 60,7	Contact Point	61	8

Abkürzungen: MA – Managing Authority (Verwaltungsbehörde), CA – Certifying Authority (Prüfbehörde), JTS – Joint Technical Secretariat (Programmsekretariat)

SUBMARINER

Innovative Nutzung der Ressource Ostsee – Forschen für den Energiewandel

Das Meer ist viel mehr als nur Nahrungsquelle oder Transportweg. Die nachhaltige und sinnvolle Nutzung von Meeresorganismen rückt immer stärker in den Blick von Forschung und Wirtschaft. Und das gilt selbstverständlich auch für die Ostseeregion, die vor enormen Herausforderungen steht. Hohe Nährstoffeinträge, Rückgang der Fischerei, Umweltverschmutzung, Klimawandel sowie konkurrierende Raumannsprüche verschiedener Nutzungen tragen dazu bei.



Die Entwicklung von neuen maritimen und marinen Produkten und Technologien voranzutreiben, ist das Ziel des multinationalen Projekts „SUBMARINER – Sustainable Uses of Baltic



Am Finnish Environment Institute (SYKE) konnte nachgewiesen werden, dass sich Mikroalgen hervorragend für die Öl- bzw. Bio-Dieselherstellung eignen.

Marine Resources“, welches von der Investitionsbank Schleswig-Holstein im Rahmen des Ostseeprogrammes unterstützt wird. Das Gesamtvolumen beträgt 3,58 Millionen €. In ihm arbeiten deutsche, dänische, schwedische, finnische, polnische, estnische, lettische und litauische Wissenschaftler,

Institutionen und Clustereinrichtungen zusammen. Insgesamt sind es 19 Projektpartner.

„Das Projekt SUBMARINER hat mehrere Ziele“, erklärt Dr. Hinrich Habbeck, Geschäftsführer der Norgenta Norddeutsche Life Science Agentur GmbH, die als Projekt- und Servicegesellschaft der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein die „Life Science“ Aktivitäten in Norddeutschland unterstützt und unter dem Dach „Life Science Nord“ zu einem international wettbewerbsfähigen Cluster bündelt. Die Norgenta ist in SUBMARINER u.a. für den Masterplan „Marine Biotechnologie Schleswig-Holstein“ verantwortlich. Neben der Norgenta ist auch das Kieler IFM Geomar als Schleswig-Holsteinischer Partner an dem Projekt beteiligt.

„Eine der entscheidenden Maßnahmen von SUBMARINER ist die Erstellung eines Kompendiums, einer Art Anwendungs-Katalog der



Im multinationalen Projekt SUBMARINER arbeiten deutsche, dänische, schwedische, finnische, polnische, estnische, lettische und litauische Wissenschaftler, Institutionen und Clustereinrichtungen zusammen.

vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten der ‚Ressource Ostsee‘ mit einer umfangreichen Situations- und Forschungsanalyse sowie einer darauf basierenden Handlungsempfehlung in Form einer Road-Map“, erläutert Dr. Habeck. „SUBMARINER schafft zusätzlich ein Netzwerk von Meeresforschern, Meeresnutzern und für den Sektor wichtigen Unternehmen in den Ostsee-Anrainerstaaten. Für einen effektiven Erfahrungsaustausch und die gezielte Weiterentwicklung relevanter Themen ist das unbedingt erforderlich. Was uns alle eint, ist die Frage nach einer nachhaltigen Nutzung der Ostsee sowohl in ökologischer als auch in sozialer und ökonomischer Hinsicht“, so Habeck. Für die Umsetzung des Masterplans

hat Norgenta ein eigenes Büro im Kieler Wissenschaftspark eingerichtet und mit Dr. Imke Schneemann eine ausgewiesene Expertin für marine Biotechnologie als Projektverantwortliche an Bord geholt.

Ein Pilotprojekt, das im Rahmen von SUBMARINER untersucht wird, ist die Herstellung von kohlenstoffneutralem Bio-Treibstoff aus Mikroalgen aus der Ostsee. In Finnland sind erste Versuche am Finnish Environment Institute (SYKE) erfolgreich durchgeführt worden. Das Ergebnis: Mikroalgen haben mit Blick auf die Öl- bzw. Bio-Dieselherstellung viel Potential. Sie sind als stark chlorophyllhaltige Zellen mehr als fünfmal so effizient in der Photosyntheseleistung, also

der Umwandlung von Sonnenlicht in Biomasse, wie Raps oder andere höhere Pflanzen. Darüber hinaus werden für die Kultivierung von Mikroalgen weder urbar gemachtes Ackerland noch zusätzliches frisches Wasser und Dünger benötigt. „Algen sind die Zukunft“, bringt Habeck die Ergebnisse der finnischen Forscherkollegen auf den Punkt. Das gilt allerdings nicht nur für die Mikroalgen, sondern auch für die Makroalgen, die zurzeit im Zentrum eines weiteren finnischen Pilotprojekts stehen.

Die Ergebnisse aus diesen beiden Pilotprojekten sollen dazu führen, dass die gezielte Produktion und Verarbeitung von Algenbiomasse zur Bereitstellung nachhaltiger Energie schon bald Realität wird. Kein Zweifel: SUBMARINER legt einen Grundstein für eine zukunftsfähige Entwicklung der Ostseeregion und bringt ihr marines Ökosystem mit ökonomisch sinnvoller Nutzung in Einklang. Und für Schleswig-Holstein bietet das SUBMARINER Projekt eine hervorragende Möglichkeit, sich in diesem Sektor strategisch im Ostseeraum zu positionieren und bereits Erreichtes mit Projektpartnern weiterzuentwickeln.

Weitere Informationen:
www.submariner-project.eu



Schon bald könnte die Verarbeitung von Algenbiomasse zur Bereitstellung nachhaltiger Energie Realität werden.





Die Investitionsbank ist Durchleitungsinstitut für Bundesförderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR) im Bankenleitweg zu den Sparkassen in ihrer Region. Darüber hinaus stellt die Investitionsbank Banken und Sparkassen Förderkredite zur Weiterleitung an deren mittelständische Kunden bereit.

Bundeshförderung: Neugeschäft auf hohem Niveau

Die Investitionsbank ist Durchleitungsinstitut für Bundesförderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR) im Bankenleitweg zu den Sparkassen in ihrer Region. Damit stellt die Investitionsbank den Sparkassen facettenreiche Dienstleistungen zur Verfügung.

Mit 569 Mio. € gegenüber 835 Mio. € im Vorjahr ging das Neugeschäft zwar um rund 32 Prozent zurück, lag aber nach drei herausragenden Jahren auf hohem Niveau (siehe Grafik Entwicklung der Neugeschäfte in Mio. €). Der Rückgang hatte verschiedene Ursachen: So reduzierte der Bund seine Haushaltsmittel für den Einsatz im gewerblichen Geschäft. Die KfW wiederum versuchte, ihr Mengenwachstum im Kreditbereich zu begrenzen, beispielsweise durch zeitweilig unattraktive Zinskonditionen. In Schleswig-Holstein dämpften die Sparkassen gezielt ihr Kreditgeschäft, um das außergewöhnlich hohe Wachstum im Vorjahr zu ver-

kraften. Zwei Sparkassen mit bislang intensivem Fördermitteleinsatz fusionierten beziehungsweise führten entsprechende Verhandlungen; auch sie reduzierten ihre Kreditvergaben. Zudem wurden weniger großvolumige Finanzierungen von Windkraftanlagen durchgeführt.

Die Struktur des Durchleitungsgeschäftes zeigt, dass 58 Prozent (im Vorjahr: 64 Prozent) des Neugeschäftes dem gewerblichen Sektor der KfW zuzuordnen sind, 31 Prozent (im Vorjahr: 24 Prozent) dem Immobiliengeschäft der KfW und 11 Prozent (im Vorjahr: 12 Prozent) dem von der LR geförderten landwirtschaftlichen Raum. Der Anteil aller Finanzierungen energetischer Investitionen betrug 43 Prozent (im Vorjahr: 57 Prozent) des Durchleitungsneugeschäftes.

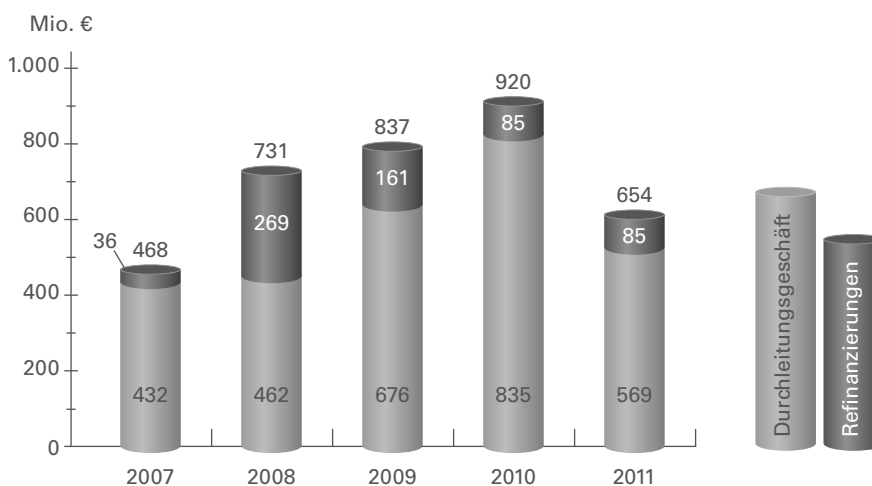
Träger des Wachstums war auch 2011 das gewerbliche Fördergeschäft der KfW. Bei der Förderung von Investitionen des gewerblichen Mittelstandes dominierten mit einem An-

teil von 56 Prozent Finanzierungen in das Anlage- und zum Teil auch in das Umlaufvermögen. Dabei ragten der KfW-Unternehmerkredit mit dem „Fenster für kleine und mittlere Unternehmen“ und das ERP-Regionalförderprogramm mit dem „Fenster für kleine Unternehmen“ heraus.

Energetische Finanzierungen erreichten im gewerblichen Bereich einen Anteil von 44 Prozent. Rund die Hälfte hiervon wurde im Rahmen des KfW-Programms Erneuerbare Energien für Photovoltaik-Anlagen verwendet; rund ein Drittel des energetischen Finanzierungsanteils entfiel auf Windkraftanlagen. Biogasanlagen waren hingegen von untergeordneter Bedeutung – entsprechende Investitionen umfassten nur drei Prozent des energetischen Anteils.

Die Darlehensprogramme der KfW zur Finanzierung wohnwirtschaftlicher Investitionen sind gut bekannt und waren vor allem in der zweiten Jahreshälfte 2011 mit sehr attrakti-

Entwicklung der Neugeschäfte in Mio. € (Durchleitungsgeschäft, Refinanzierungen)



ven Konditionen ausgestattet. Die Bundesregierung hatte für energetische Maßnahmen Haushaltsmittel in nennenswertem Umfang zur Verfügung gestellt. Mit 57 Prozent aller wohnwirtschaftlichen Finanzierungen dominierten solche, die für den Erwerb und den Umbau von Häusern und Wohnungen eingesetzt wurden. Einen nur geringen Anteil hatte die interessante Variante Altersgerecht Umbauen des KfW-Förderprogramms Wohnraum Modernisieren. Im Rahmen dieser Variante konnte die KfW Maßstäbe für das altersgerechte Bauen und Umbauen setzen.

Bei der Finanzierung energetischer wohnwirtschaftlicher Maßnahmen – und hierzu gehörten 43 Prozent aller wohnwirtschaftlichen Finanzierungen – waren im Rahmen entspre-

chender Förderprogramme vor allem die Errichtung von KfW-Effizienzhäusern und Maßnahmen zur energieeffizienten Sanierung bedeutsam.

Die Kleinteiligkeit des Durchleitungsgeschäftes wird bei den wohnwirtschaftlichen Förderprogrammen der KfW deutlich. Mit 61 Prozent (im Vorjahr: 55 Prozent) der Stückzahlen bewilligter Darlehen wurde lediglich ein Anteil von 31 Prozent (im Vorjahr: 24 Prozent) des Neugeschäftes erzielt.

Der Einsatz von Fördermitteln der LR erfolgte 2011 etwas zurückhaltender als im Vorjahr. Der Schwerpunkt der Förderung (62 Prozent des LR-Neugeschäftes) lag eindeutig bei der Finanzierung energetischer Investitionen. Dabei wurden besonders Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen gefördert.

Zum 31. Dezember 2011 leitete die Investitionsbank an 20 (im Vorjahr: 21) Sparkassen in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern Fördermittel der KfW und der LR weiter. Die Verringerung ist darauf zurückzuführen, dass die Landsparkasse Schenefeld mit der Sparkasse Westholstein in Itzehoe fusionierte. Die Investitionsbank refinanzierte außerdem – zum Teil mit KfW-Mitteln – die MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH und leitete an sie Kapitalbeteiligungsmittel aus dem Europäischen Risikokapitalfonds für Schleswig-Holstein (EFRE II) und aus dem Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein weiter.

Refinanzierungen: Förderung des Mittelstandes fortgesetzt

Die Refinanzierungen sind mit dem Produkt IB.Refi das zweite Geschäftsmodell der Bundesförderung. Die Investitionsbank gewährt Banken und Sparkassen Förderkredite zur Weiterleitung an mittelständische und kommunalnahe Unternehmen sowie an Immobilienkunden, um Investitionen im Geschäftsgebiet der Investitionsbank zu finanzieren. Banken und Sparkassen erhalten die Möglichkeit, entweder Einzelinvestitionen oder mehrere Vorhaben zu refinanzieren. Mit dem Geschäftsmodell verringert

die Investitionsbank den Verwaltungsaufwand bei der Darlehensgewährung an Banken und Sparkassen auf ein Minimum. Die Gestaltung der Enddarlehensnehmerverträge wird weitestgehend den Banken und Sparkassen überlassen; die technische Durchführung erfolgt innerhalb weniger Tage. Die Refinanzierungsmittel stammen von der KfW und aus eigenen Refinanzierungen der Investitionsbank.

Das Neugeschäft belief sich im Jahr 2011 auf 85 Mio. € und hielt damit das Niveau des Vorjahres. Es wurden überwiegend gewerbliche Investitionen einzeln refinanziert, wobei Zinsbindungsfristen von fünf bis zehn Jahren bevorzugt wurden. Die Investitionsbank leistet so einen Beitrag, regionale Banken und Sparkassen mit Liquidität auf Basis langfristiger Zinsbindungen zu versorgen. Damit wird der Mittelstand gestärkt – und Investitionen in Schleswig-Holstein sind gesichert.

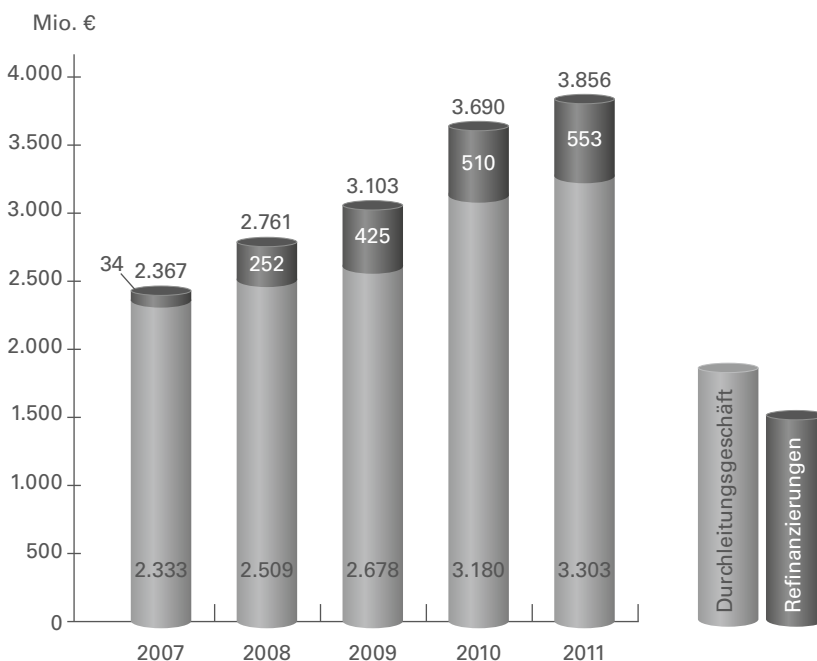
Darlehensbestände wachsen weiter

Zum 31. Dezember 2011 verzeichnete die Investitionsbank im Durchleitungsgeschäft und bei den Refinanzierungen eine Bestandserhöhung von 166 Mio. €; zum Vorjahresstichtag waren es 587 Mio. €. Der Stichtagsbestand betrug 3,856 Mrd. € (zu-

vor: 3,690 Mrd. €). Der Hauptgrund für das langsamere Wachstum liegt in den relativ hohen außerordentlichen Rückzahlungen. Diese wurden von den Darlehensnehmern aufgrund des zum Teil sehr niedrigen Zinsniveaus primär für Umschul-

dungen genutzt, um eine Verringerung der Zinsbelastung zu erreichen. Die Refinanzierungen stabilisierten den Bestandsaufbau und erreichten wie im Vorjahr 14 Prozent des Gesamtstichtagsbestandes.

Entwicklung der Stichtagsbestände (Durchleitungsgeschäft, Refinanzierungen)



Zusammenarbeit der Investitionsbank mit der KfW

Die KfW ist die bedeutendste Refinanzierungsquelle der Investitionsbank. Ihr Stichtagsbestand 2011 betrug 8,3 Mrd. € (im Vorjahr: 8,0 Mrd. €), davon waren rund 4,1 Mrd. € (im Vorjahr: 3,8 Mrd. €) Durchleitungs- und Förderprogramm kredite. Die Zusammenarbeit erstreckt sich auf viele Geschäftsbereiche. Hierbei geht es hauptsächlich um das oben beschriebene Durchleitungsgeschäft, die Förderprogramm gewährungen der Investitionsbank in den Berei-

chen Immobilien-, Kommunal- und Firmenkunden sowie das Treasury der Investitionsbank (*Globaldarlehen der KfW Allgemeine Refinanzierung*).

Die KfW ergriff zahlreiche Maßnahmen, ihr Fördergeschäftsvolumen und eigene Kosten zu reduzieren. Zum 1. April 2011 erfuhren die gewerblichen Programme tiefgreifende Änderungen und verfügen nun über einen Auszahlungskurs von 100 Prozent, was eine Innovation im

KfW-Unternehmerkredit und bei den „Erneuerbaren Energien“ darstellt. Damit verbunden ist die Berechnung von Vorfälligkeitsentschädigungen bei außerordentlichen Rückzahlungen. Zinsbindungsfristen, die zehn Jahre überschreiten, und Endfälligkeitsvarianten mit Laufzeiten von zehn und 20 Jahren werden nicht mehr angeboten. Die KfW hat auf wichtige Förderelemente verzichtet, für sich aber deutliche Kostensenkungen bewirkt.

Die privaten Förderprogramme wurden zum Beginn des Jahres 2012 von vierteljährlicher auf monatliche Zahlung der Zins- und Tilgungsleistungen umgestellt, womit die finanzielle Dispositionssicherheit von Privatpersonen verbessert wurde. Den politi-

schen Zielen der Bundesregierung entsprach die KfW deutlich mit der Neuausrichtung aller privaten Förderprogramme auf energetische Verbesserung des Wohnraumes. Historisch niedrige Zinsen und Zuschüsse für das Erreichen bestimmter ener-

getischer Standards sind nur zwei zu erwähnende Förderkomponenten. Es ist davon auszugehen, dass 2012 weitere Änderungen zur Verbesserung des wohnwirtschaftlich energetischen Standards erfolgen werden.

Zusammenarbeit der Investitionsbank mit der LR

Die LR stellte der Investitionsbank Refinanzierungsmittel zum 31. Dezember 2011 in Höhe von 1,6 Mrd. € zur Verfügung, im Vorjahr waren es 1,2 Mrd. €. Die Zusammenarbeit er-

streckt sich auf drei Bereiche: die Gewährung von Globaldarlehen für die Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum, das oben genannte Durchleitungs-

geschäft und die Weiterleitung von Förderprogramm krediten durch den Bereich Firmenkunden der Investitionsbank.

Ausblick

Der Bund und die KfW haben angekündigt, auch 2012 für die energetische Verbesserung des Wohnraums sehr attraktive Fördermittel zur Verfügung zu stellen. In Schleswig-Holstein wird große Bedeutung haben, wann es zum Ausweis neuer Flächen kommt, um die Standorte für Wind-

kraftanlagen deutlich erweitern zu können. Entsprechend ist eine hohe Inanspruchnahme des KfW-Programms Erneuerbare Energien zu erwarten. Erschwerend könnten sich allerdings die von Banken und Sparkassen außerordentlich zu schultern den Belastungen auswirken; hier

wird eine vorsichtige Kreditneugeschäftsausweitung die Folge sein. Insgesamt geht die Investitionsbank davon aus, ein Neugeschäft auf der Größenordnung des Jahres 2011 erzielen zu können.



Kunst und Kultur sind Grundlagen unserer Gesellschaft und lebendiges kulturelles Leben macht unser Land attraktiv. Damit ist Kulturförderung auch Wirtschaftsförderung und natürliche Aufgabe für die Investitionsbank. Deshalb unterstützt die Investitionsbank das JazzBaltica-Festival, das dem genannten Ansatz gerecht wird - und noch dazu auf so klangvolle Weise.



Kulturengagement der Investitionsbank – ein wichtiger Aspekt der Unternehmensphilosophie

Als zentrales Förderinstitut im Norden unterstützt die Investitionsbank nicht nur den Standort nachhaltig, sondern auch seine Entwicklung. Die Stärkung von regionaler Kunst und Kultur ist Bestandteil dieses Engagements, das auf drei Stützpfeilern basiert.

Zum einen unterstützt die Investitionsbank kulturelle Belange in Schleswig-Holstein im Rahmen ihrer originären Arbeit. Dazu gehört beispielsweise die Bereitstellung von Fördermitteln aus dem Kommunalen Investitionsfonds und der städtebaulichen Denkmalpflege, aber auch die Beratung und Finanzierung von Existenzgründungen, die gerade im Kulturbereich Unterstützung benötigen.

An zweiter Stelle steht das Engagement als Sponsor. Seit 2004 ist die Investitionsbank Hauptsponsor der *JazzBaltica*, einem der renommiertesten Musikfestivals in Europa. Das junge und innovative Image der regelmäßig stattfindenden Veranstaltung und die Ausrichtung auf den Ostseeraum passen zu den Attributen, die die Investitionsbank für sich in Anspruch nimmt.

Vor dem offiziellen Start der *JazzBaltica* im vergangenen Jahr konnten Kunden und Freunde der Investitionsbank wieder ein hochkarätiges Preview-Konzert in den Räumlichkeiten des Instituts erleben. Die bekannte Jazzsängerin Caecilie Norby war mit ihrem Ehemann angereist, dem international hoch angesehenen Bassisten Lars Danielsson. Darüber hinaus wurde zum vierten Mal der

von der Investitionsbank gestiftete und mit 3.000 € dotierte *JazzBaltica*-Förderpreis vergeben, der an das Clara Haberkamp Trio ging. Die Auszeichnung richtet sich an jüngere und weniger bekannte deutsche Jazzmusiker, wobei der Blick besonders auf die norddeutsche Szene gerichtet ist.

Seit 2006 sponsert die Investitionsbank das Literaturhaus Schleswig-Holstein e.V. in Kiel und unterstützt damit einen Kulturbereich, der in der Öffentlichkeit immer noch zu wenig wahrgenommen wird. Die Lesungen mit bekannten Autoren treffen sowohl bei den Kunden und Geschäftspartnern als auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Investitionsbank auf große Resonanz. 2011 konnte Wolfgang Herles, der bekannte Journalist und Leiter der ZDF-Sendung *Das blaue Sofa*, für eine Veranstaltung gewonnen werden. Er stellte sein vieldiskutiertes Buch *Die Dirigentin* im Literaturhaus vor. Zwei Monate später war Alissa Walser, Tochter von Martin Walser, zu Gast und las aus ihrem Roman *Am Anfang war die Nacht Musik*.

Ebenfalls seit 2006 veranstaltet die Investitionsbank zusammen mit dem Schleswig-Holsteinischen Landtag Ausstellungsreihen. Das Jahr 2011 stand ganz unter dem Zeichen des international bekannten Schauspielers Armin Mueller-Stahl, der im November 2010 zum fünften Ehrenbürger des Landes Schleswig-Holstein ernannt wurde und im Dezember seinen 80. Geburtstag feierte. Die Investitionsbank und der Schleswig-Holsteinische Landtag widmeten

dem vielseitigen Künstler eine umfassende Retrospektive, die in drei separaten Veranstaltungen mit fast 1.000 Gästen den Maler, den Schauspieler, den Schriftsteller und den Musiker ehrte.

Weiterhin unterstützt wurde der Bundesverband Bildender Künstler, Landesverband Schleswig-Holstein (BBK SH), der drei Ausstellungen in den Räumen der Bank organisierte. Zusätzlich wurde auch im Jahr 2011 wieder eine Vielzahl von lokalen Kulturinitiativen gefördert. Eine feste Größe bleibt der IB.Kunstkalender, der von regionaler, zeitgenössischer Kunst geprägt wird. Der Kalender für das Jahr 2012 konnte ausschließlich mit Werken von Armin Mueller-Stahl versehen werden.

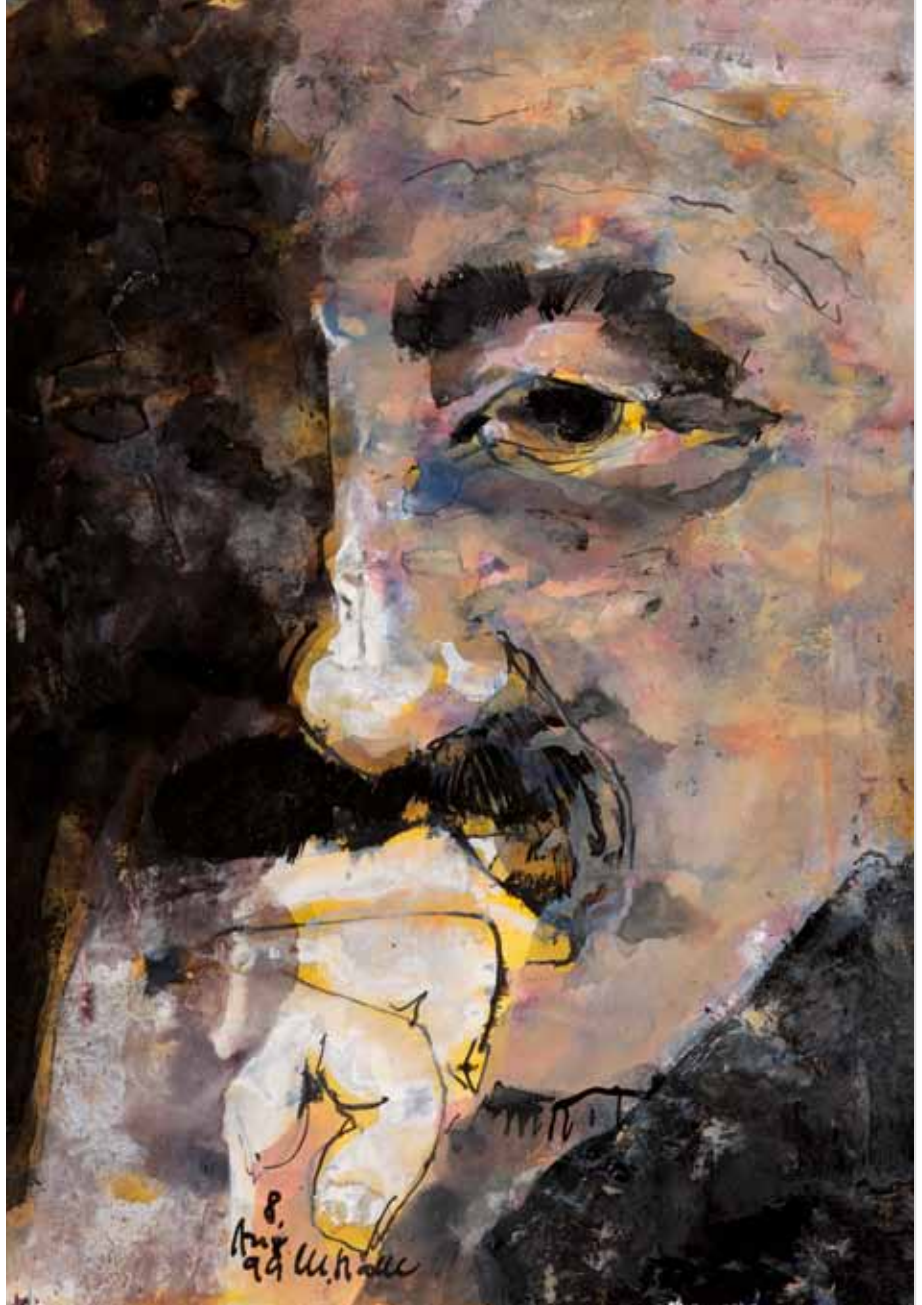
Seit 2009 fördert die Investitionsbank die Deutsche Gesellschaft für das hochbegabte Kind Regionalverein Schleswig-Holstein e.V. Junge Menschen aus Schleswig-Holstein und Hamburg erhalten so die Möglichkeit, ihre überdurchschnittlichen Fähigkeiten im Rahmen der Junior-Akademie in St. Peter-Ording auszubauen. Hierbei wird besonders das kursübergreifende musikalische und künstlerische Angebot unterstützt, das neben der fachlichen Qualifikation auch die soziale Kompetenz der Teilnehmer fördert.

Im vergangenen Jahr hat die Investitionsbank erstmals das Deutschland-Stipendium an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel gesponsert und damit einen aktiven Beitrag zur Förderung des Bildungs- und Wirt-

schaftsstandortes Schleswig-Holstein geleistet. Dieses Stipendium ermöglicht es besonders begabten Studentinnen und Studenten, sich uneingeschränkt auf ihr Studium zu konzentrieren.

Die dritte Säule des Kulturengagements besteht in einem entsprechenden Angebot für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Investitionsbank, das sich als integrierter Bestandteil der Unternehmenskultur versteht. Der 2003 ins Leben gerufene Kulturkreis eröffnet den Mitarbeitern die Möglichkeit, sich mit Kunst und Kultur auseinanderzusetzen und die kreativen Belange der Bank mitzugestalten. Der Kulturkreis entwickelt Angebote zur Teilnahme an ausgewählten Veranstaltungen und organisiert Besuche von Ausstellungen in namhaften Museen. Kunst und Kultur bieten vielfältige Chancen. Gleichzeitig eröffnen sie Räume für ein aktives Aufeinanderzugehen und werden so zu einem wichtigen Element der Kommunikation – intern und extern.

Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten wird die Investitionsbank ihr Kulturengagement als wichtigen Bestandteil der Unternehmensphilosophie auch 2012 fortsetzen.



Armin Mueller-Stahl, „Selbstbildnis“, 1999, Mischtechnik auf Papier, 34 x 23,5 cm





Aus eigener Ertragskraft für Wachstum,
Fortschritt und dauerhaft gute Lebensbe-
dingungen in Schleswig-Holstein.

Strategisches Ziel der Investitionsbank Schleswig-Holstein



1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Wirtschaftliches Umfeld

Die weltweite konjunkturelle Entwicklung wurde in 2011 durch den kräftigen Ölpreisanstieg infolge der politischen Umbrüche im arabischen Raum, dem Erdbeben in Japan sowie der Schuldenkrise im Euro-Raum bestimmt. Letztgenannte, ausgelöst von der im Frühjahr 2010 einsetzenden und zunächst auf Griechenland begrenzten Schuldenkrise, hat zu einem tief greifenden Vertrauensverlust insbesondere in Staatsanleihen geführt, die bisher als sicherer Kern des europäischen Finanzsystems galten. Infolgedessen geriet das europäische Bankensystem seit Mitte 2011 in eine erneute Krise.

Um der Schulden- und Bankenkrise entgegenzuwirken, ergriff die Europäische Zentralbank (EZB) auch in 2011 verschiedene Maßnahmen. Insgesamt waren hierbei drei Handlungsfelder erkennbar: Zunächst wurden Maßnahmen ergriffen, die aufkommende wirtschaftliche Abschwächung im Euro-Raum einzudämmen. Dafür wurde im 2. Halbjahr 2011 der Leitzins in 2 Schritten von 1,5 % auf nunmehr 1 % gesenkt. Das zweite Handlungsfeld besteht aus dem Versuch, den Zinsanstieg für „Schuldnerstaaten“, insbesondere für Italien und Spanien, abzufedern. Hierfür wurden ab Mitte 2011 verstärkt Wertpapiere dieser Staaten gekauft. Drittes und entscheidendes Aktionsfeld war die Versorgung der Banken mit Liquidität. Immer mehr Banken wurden und sind hinsichtlich ihrer Liquiditätsausstattung abhängig von der EZB. Die Bereitschaft der Banken untereinander Geld zu leihen, ist nach wie vor gering. Das spiegelt sich insbesondere in der Entwicklung der Überschussreserve (freiwillige Einlagen der Banken bei der EZB) wider. Diese stieg zuletzt bei einem Zinssatz von 0,25 % auf weit über 400 Mrd. € an.

Um hier gegenzusteuern, hat die EZB die Geldmärkte mit Liquidität geflutet. So wurden nach zwei einjährigen Tendergeschäften im Herbst und gegen Ende des Jahres über einen dreijährigen Tender dem Bankensystem 490 Mrd. € zur Verfügung gestellt. Ein zweiter langer Tender soll Anfang 2012 folgen. Für alle Tendergeschäfte gilt weiter die Vollzuteilung. Gleichzeitig wurden die Kosten der Mindestreservehaltung halbiert. Bereits davor hat die EZB in einer gemeinsamen Aktion mit anderen Notenbanken die Refinanzierung der europäischen Banken in US-Dollar erleichtert, nachdem einigen Banken der Zugang zum US-Geldmarkt offenbar nur zu hohen Kosten möglich war.

Auch in den kommenden Monaten wird die EZB diesen expansiven, nicht nur auf den Leitzins ausgerichteten Kurs beibehalten. Damit sollten die erforderlichen geldpolitischen Rahmenbedingungen zur Lösung der Bankenkrise bestehen bleiben. Aber auch eine weitere Senkung des Leitzinses auf 0,75 % ist nicht auszuschließen.

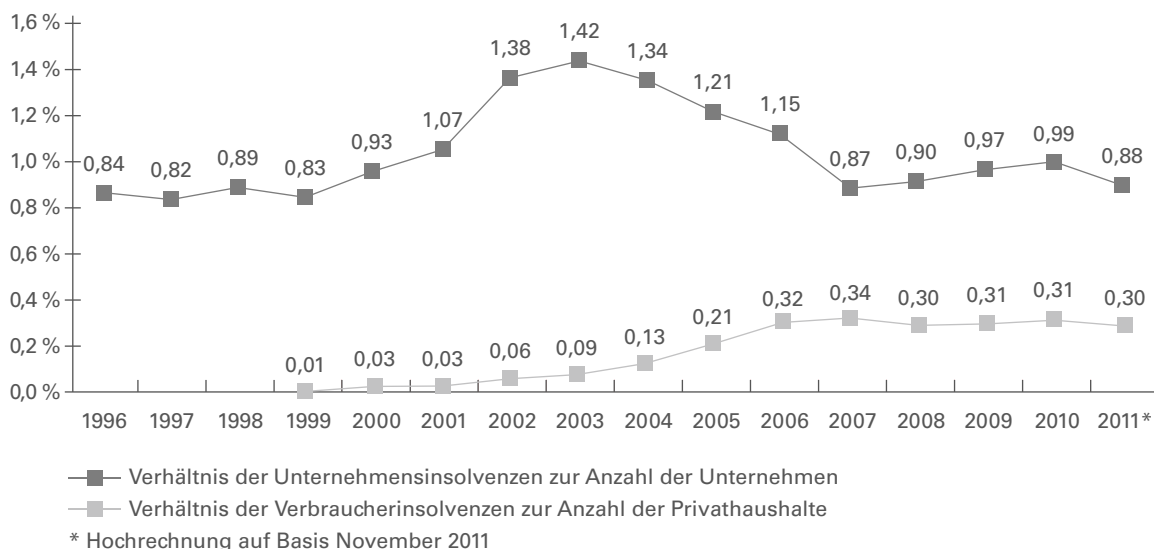
Der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland setzte sich im Jahr 2011 zunächst fort. Insgesamt wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland um 3,1 (Vj. 3,6) %. Dabei war bis in den Sommer 2011 hinein ein kräftiges Wachstum zu verzeichnen. Seitdem hat sich das Wirtschaftsklima kontinuierlich eingetrübt. Erst in den letzten Wochen des Jahres gab es bei den wichtigsten Stimmungsindikator-

ren wieder positive Signale. Zwar handelt es sich noch um kleine Anstiege, aber der Abwärtstrend der letzten Monate scheint erstmal unterbrochen. Dennoch wird in den nächsten Monaten von einem deutlich schwächeren Wachstum ausgegangen.

In Schleswig-Holstein lag das Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr 2011 unter dem Bundesdurchschnitt. Während in einigen Branchen des verarbeitenden Gewerbes deutliche Rückgänge zu verzeichnen waren, entwickelten sich die für Schleswig-Holstein bedeutenden Branchen – insbesondere Ernährungsgewerbe, Maschinenbau sowie Handel – in diesem Zeitraum positiv.

Die Unternehmensinsolvenzen in Schleswig-Holstein lagen in den ersten 11 Monaten des abgelaufenen Jahres unter dem Niveau des Vorjahreszeitraumes. Auch im privaten Sektor waren für den gleichen Zeitraum weniger Verbraucherinsolvenzen zu verzeichnen.

Abb. 1: Insolvenzentwicklung in Schleswig-Holstein 1996 bis 2011



1.2 Betriebliche Entwicklung

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) wurde am 01.06.2003 durch Landesgesetz als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet¹⁾. Alleiniger Träger der IB ist das Land Schleswig-Holstein. Die IB unterstützt als zentrales Förderinstitut das Land Schleswig-Holstein bei der Erfüllung öffentlicher und im öffentlichen Interesse liegender Aufgaben.

In 2011 wurde die Gesamtbankstrategie überarbeitet, vom Vorstand beschlossen und im Verwaltungsrat erörtert. Neben dem rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmen wurden u. a. auch die europäische Förderpolitik sowie Megatrends wie die demographische Entwicklung und der Klimawandel betrachtet und Auswirkungen auf die IB berücksichtigt.

¹⁾ § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Errichtung der Investitionsbank Schleswig-Holstein als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts (Investitionsbankgesetz – IBG) vom 7. Mai 2003 (GVBl. Schl.-H. S. 206/211 ff.)

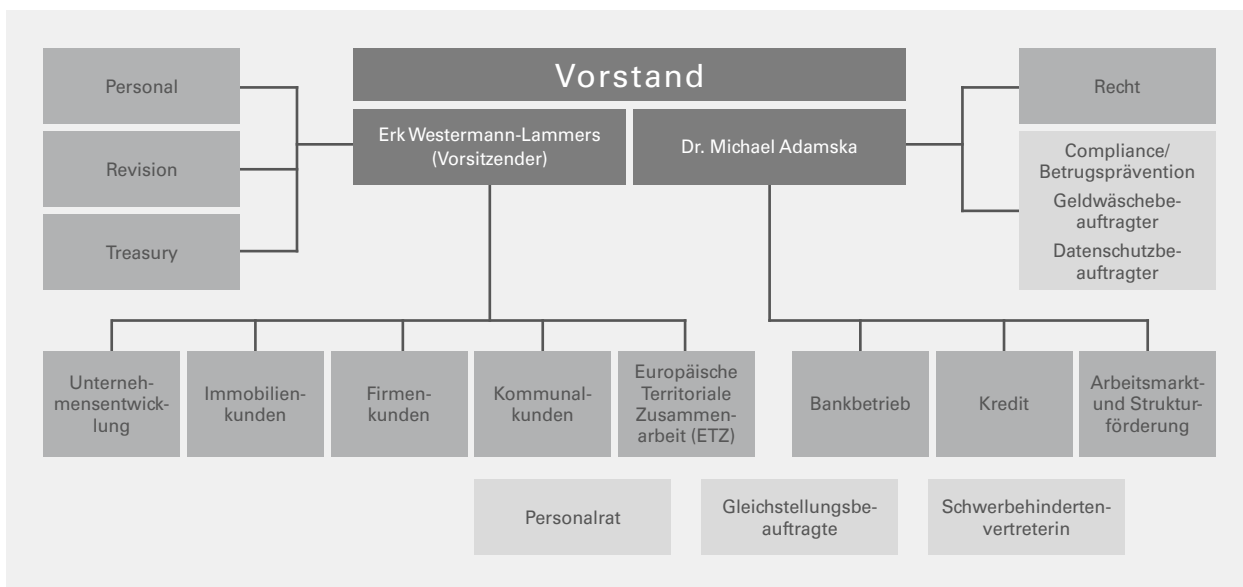
Die Gesamtbankstrategie setzt sich zusammen aus den Bausteinen „VISION 2015“, der Geschäftsstrategie, der Risikostrategie, den Bereichsstrategien sowie themenbezogenen Strategien. Im Rahmen eines festgelegten Prozesses wird die Gesamtbankstrategie zukünftig einer jährlichen Überprüfung unterzogen und bildet jeweils die Grundlage für die betriebliche Planung des Folgejahres.

Abb. 2: Strategiearchitektur der IB



Am 31.01.2011 ist das Vorstandsmitglied Herr Dr. Klaus Rave aus der Bank ausgeschieden. In diesem Zusammenhang wurden die Zuständigkeiten der Vorstandsmitglieder zum 01.02.2011 neu zugeordnet.

Abb. 3: Aufbauorganisation der IB ab 01.02.2011



Das im April 2008 gestartete Projekt IB.ABAKUS zur Einführung einer SAP-basierenden IT-Lösung für Förderbanken wurde im Juni 2011 erfolgreich beendet.

Mit dem satzungsgemäßen Ende der Amtszeit des Verwaltungsrates zum 30.06.2011 haben sich Änderungen in der Zusammensetzung der Gremien ergeben. Für den Verwaltungsrat wurden drei neue Mitglieder bestellt. Bei der Zusammensetzung des Risikoausschusses kam es zu einer personellen Veränderung.

Die für die Förderprogramme implementierte Datenbank „ProNord“ wurde im Jahr 2011 unter Berücksichtigung der banküblichen Sicherheitsstandards weiterentwickelt. Bisherige Auswertungs- und Datenstandards und Prozesse wurden optimiert. Die Weiterentwicklung und Anpassung der Förderdatenbank an die Arbeitsabläufe sind auch für das Jahr 2012 vorgesehen, um den sich verändernden Anforderungen von Land, Bund und insbesondere auch der EU gerecht zu werden.

Zum 31.12.2011 beschäftigte die IB 289 (Vj. 283) Mitarbeiterinnen und 205 (Vj. 203) Mitarbeiter (insg. 494, Vj. 486), davon 374 Vollzeitkräfte (Vj. 371) und 120 Teilzeitkräfte (Vj. 115). In den Beschäftigungszahlen enthalten sind der Vorstand sowie 20 (Vj. 16) Auszubildende und 3 (Vj. 5) Trainees. Das Durchschnittsalter lag bei 43,5 (Vj. 43,3) Jahren, die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit betrug 14,3 Jahre (Vj. 14,0).

Im Jahr 2011 wurden 8 Auszubildende neu eingestellt. Die IB bildet in den Ausbildungsgängen Bankkauffrau/-mann, Bürokauffrau/-mann, Bachelor of Arts und Bachelor of Science aus. Darüber hinaus umfasst das Ausbildungsangebot Trainee-Programme, Rechtsreferendariate sowie Praktikumsplätze. 4 Auszubildende und 2 Trainees haben in 2011 ihre Ausbildung beendet und wurden in ein Angestelltenverhältnis übernommen.

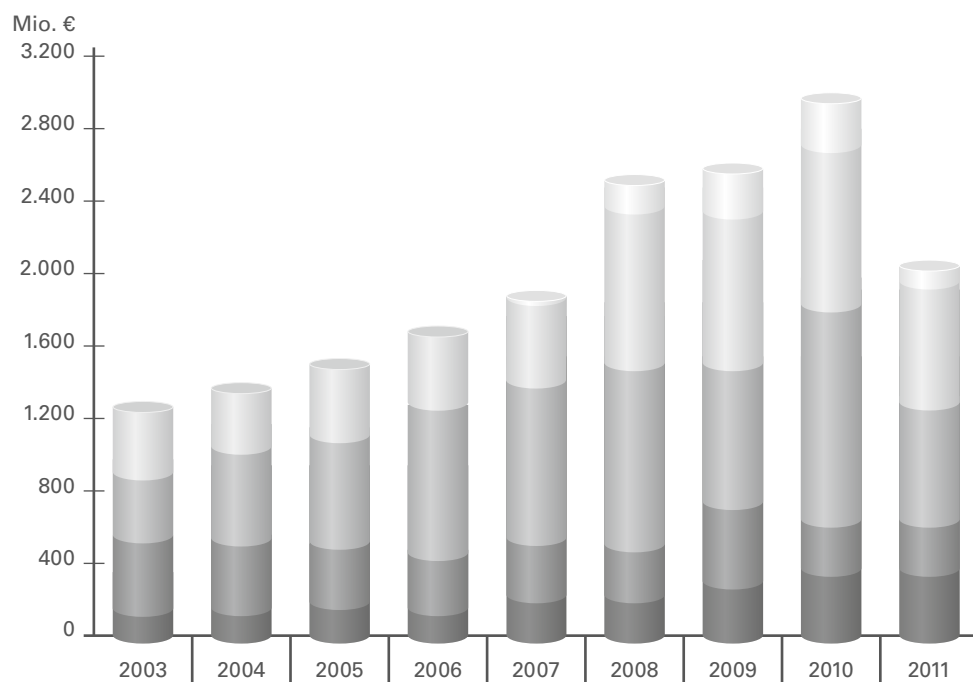
Zur Sicherung der Mitarbeiterqualifikation werden kontinuierlich Schulungsveranstaltungen durchgeführt. Im Jahr 2011 fanden 710 (Vj. 1.662) interne und externe Weiterbildungs- und Schulungsmaßnahmen statt. Die hohe Anzahl der Veranstaltungen des Vorjahres ist auf den erhöhten Schulungsaufwand im Zusammenhang mit den erfolgten Softwareumstellungen zurückzuführen.

1.3 Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2011 wurde ein Neugeschäftsvolumen von insgesamt rd. 2,2 (Vj. rd. 3,0) Mrd. € erzielt. Der Förderbestand zum 31.12.2011 erhöhte sich auf 14,8 (Vj. 14,3) Mrd. €. Von dem Neugeschäftsvolumen entfallen 92 (Vj. 88) % auf Darlehen und Bürgschaften sowie 8 (Vj. 12) % auf Zuschüsse.

Aufgrund der Verwerfungen auf den Finanzmärkten ist eine Fokussierung der Geschäftstätigkeit der IB auf Schleswig-Holstein gelungen. Mit der bewussten Strategieänderung, das Kommunalkreditgeschäft auf Schleswig-Holstein zu konzentrieren, konnte das Neugeschäftsvolumen erfolgreich begrenzt und die Förderintensität in Schleswig-Holstein gesteigert werden. Auch das „Konjunkturpaket II“ konnte in 2010/2011 erfolgreich für die Kommunen umgesetzt werden, so dass im Bereich Arbeitsmarkt- und Strukturförderung das Fördervolumen unter dem des Vorjahres lag.

Abb. 4: Neugeschäftsentwicklung 2003 bis 2011 nach Sparten in Mio. €



	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Wirtschaft	132,7	131,9	190,4	151,7	177,5	211,0	260,1	257,3	260,2
Immobilien	415,7	408,7	323,5	291,4	358,9	308,3	529,1	490,4	463,8
Kommunen	366,7	494,4	640,8	862,7	817,8	1.075,1	708,1	1.037,5	626,3
Dienstleistungen	425,0	382,4	400,0	392,2	467,7	731,4	836,8	919,9	656,8
Arbeitsmarkt- und Strukturförderung					19,4	212,2	343,8	292,0	158,1
Gesamt	1.340,1	1.417,4	1.554,7	1.698,0	1.841,3	2.538,0	2.677,9	2.997,1	2.165,2

Die Darstellung der Geschäftstätigkeit der IB ist in die Sparten Immobilien, Wirtschaft, Kommunen sowie Arbeitsmarkt- und Strukturförderung unterteilt. Leistungen, die keiner dieser Sparten zugeordnet sind, werden in der Sparte Dienstleistungen zusammengefasst; hierzu zählen insbesondere die Durchleitung von Programmkrediten sowie das Refinanzierungsgeschäft mit Banken und Sparkassen.

Die Sparte **Wirtschaft** erzielte ein Neugeschäftsvolumen von 260,2 (Vj. 257,3) Mio. €. Dies entspricht einem Anteil am gesamten Neugeschäft von rd. 12 (Vj. 9) %.

Ein bedeutender Anteil am Neugeschäftsvolumen resultierte aus Finanzierungen im Bereich der Energieversorgung mit Schwerpunkt auf erneuerbaren Energien. Neben Finanzierungen in der Schwerpunktbranche der Vorjahre, dem verarbeitenden Gewerbe, wurden auch diverse Investitionen von Handelsunternehmen begleitet. Die Investitionsbank unterstützte die regionale Wirtschaft bei Finanzierungsvorhaben in allen Kreisen des Landes.

In unserem Programm zur Existenzgründungsfinanzierung „Starthilfe Schleswig-Holstein“ lag die Anzahl der Finanzierungsanfragen auf dem sehr hohen Niveau des Vorjahres.

Zur Erleichterung der Gründung von Kleinstunternehmen (Kapitalbedarf 3 bis 15 T€) wurde im Juni 2011 der „IB.Mikrokredit“ eingeführt. In Zusammenarbeit mit den Kammern, diversen Wirtschaftsfördergesellschaften und Gründerzentren aus Schleswig-Holstein wurden doppelt so viele Anträge wie geplant bewilligt.

Die Beratung von Gründungsinteressierten und bestehenden Unternehmen durch die Förderlotsen war in 2011 wie in den Vorjahren stark nachgefragt. Insgesamt wurden 2.503 (Vj. 2.524) Beratungsgespräche (einschl. Mehrfachberatungen) mit 1.105 (Vj. 1.172) Gründungsinteressierten und 1.080 (Vj. 1.021) Unternehmen geführt. Der leichte Rückgang bei den Gründungsinteressierten (rd. -6 %) entspricht dem Bundestrend. Der Anstieg bei der Zahl der beratenen Unternehmen (rd. 6 %) ist vor allem durch eine erhöhte Nachfrage nach Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten für Erweiterungsinvestitionen sowie Vorhaben der Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien begründet. Die Zahl der 2011 durchgeführten Finanzierungssprechtag, Vorträge und Schulungsveranstaltungen an verschiedenen Orten in Schleswig-Holstein entspricht mit 143 etwa dem Vorjahr (Vj. 139).

Zur Förderung von Ausgründungen aus Hochschulen, aus Forschungseinrichtungen und aus Unternehmen mit forschungs-, entwicklungs- oder wissenschaftsbasierten Aktivitäten sowie innovativen Neugründungen kleiner und mittlerer Unternehmen in Schleswig-Holstein wurde Ende 2011 der „EFRE-Seed- und Start-up-Fonds Schleswig-Holstein“ aufgelegt.

Mit dem „EFRE-Risikokapitalfonds Schleswig-Holstein II“, welcher Mittel der Europäischen Union aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), Landesmitteln, Mitteln der MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schles-

wig-Holstein mbH (MBG) sowie eigene Mittel beinhaltet, konnten im abgelaufenen Geschäftsjahr 47 neue Beteiligungen herausgegeben werden. Insgesamt wurden aus dem Fondsvermögen bisher 186 Beteiligungen bewilligt.

Im vierten Jahr des Bestehens der „Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein GmbH“ wurden auch weiterhin etablierte Mittelständler mit größeren Beteiligungsvolumina unterstützt. Seit Gründung wurden Beteiligungen in Höhe von insgesamt 16,8 Mio. € bewilligt.

Die Sparte **Immobilien** erzielte ein Neugeschäftsvolumen von 463,8 (Vj. 490,4) Mio. €. Der Anteil der Sparte am gesamten Neugeschäft beträgt rd. 22 (Vj. 16) %.

Im Mengengeschäft war die Nachfrage nach Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), insbesondere nach Mitteln aus dem Wohneigentumsprogramm, nach wie vor wesentlicher Treiber für das Neugeschäft. Im Verhältnis zu den Vergleichszeiträumen der letzten beiden Jahre ist im Mengengeschäft der sozialen Wohnraumförderung ein Rückgang der Bewilligungen festzustellen. Dieser resultiert im Wesentlichen aus der zögernden Inanspruchnahme der Mittel für Hausankäufe. Der Einstandszins der sozialen Wohnraumversorgung für Hausankäufe entspricht in etwa dem auf dem übrigen Finanzierungsmarkt herrschenden sehr niedrigen Zinsniveau. Zudem gelten in der sozialen Wohnraumförderung – vor allem bei Hausankäufen – verschärfte energetische Anforderungen, welche sich insbesondere bei älteren Immobilien Kosten steigernd auswirken.

Im Individualgeschäft ist die Entwicklung aufgrund der komplexen und langfristigen Finanzierungsvorhaben nicht gleichmäßig über das Geschäftsjahr verteilt, oft sogar jahresübergreifend. Der angestrebte Ansatz einer umfassenden Quartiersentwicklung wird dies weiter verstärken. In der sozialen Wohnraumförderung wurden in 2011 erstmalig die kommunalen Förderbudgets aufgelegt. Von Art und Höhe der Inanspruchnahme dieser Mittel hängt auch der Bedarf für ergänzende Finanzierungen durch die IB ab. Die Summe der angemeldeten Projekte aus 2011 ergibt insgesamt bereits eine Belegung des gesamten für die nächsten vier Jahre vorhandenen Budgets und dokumentiert damit den Bedarf für Investitionen in den Mietwohnungsbau.

In der Städtebauförderung wurde der bereitgestellte Bewilligungsrahmen vollständig ausgeschöpft.

Wesentlicher Schwerpunkt der Tätigkeit der Energieagentur in 2011 war die Bewertung von Investitionen im Bereich erneuerbaren Energien (Photovoltaik, Biomasse).

Die Sparte **Kommunen** erzielte ein Neugeschäft von 626,3 (Vj. 1.037,5) Mio. €. Der Anteil der Sparte am gesamten Neugeschäftsvolumen betrug rd. 29 (Vj. 34) %.

Der Geschäftsverlauf in 2011 war gekennzeichnet durch die strategische Entscheidung, das Kommunalkreditgeschäft auf Schleswig-Holstein zu konzentrieren. Insgesamt blieb das Neugeschäft dadurch unter dem des Vorjahres zurück.

Im Zuge der von der Landesregierung verabschiedeten „Breitbandstrategie“ wurde im März 2011 vom Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein, der IB sowie rd. 45 Unternehmen und Institutionen eine gemeinsame Erklärung zum Ausbau des Breitbandnetzes in Schleswig-Holstein unterzeichnet. Mit dem Produkt „IB.Breitband“ stellt die IB langfristige zinsgünstige Finanzierungen in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) und Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR) zur Verfügung.

Die Sparte **Dienstleistungen** erzielte ein Neugeschäft von 656,8 (Vj. 919,9) Mio. €. Der Anteil der Sparte Dienstleistungen am gesamten Neugeschäftsvolumen beträgt rd. 30 (Vj. 31) %.

Ein wichtiger Träger des Neugeschäftes war hier unverändert die Finanzierung von Investitionen in erneuerbare Energien. Der erwartete Rückgang zum Vorjahr resultierte aus den geänderten gesetzlichen Rahmendaten sowie aus den mit der bewussten Verringerung des Subventionswertes einhergehenden Erhöhung der Konditionen der KfW-Mittel.

Im Rahmen von insbesondere Einzelrefinanzierungen wurden wiederum Mittel an Kreditinstitute zur Weitergabe von zinsgünstigen Krediten an Unternehmen vergeben. Zusammen mit den Mitteln der Sparte Wirtschaft wurden somit insgesamt rd. 345 (Vj. 343) Mio. € an die gewerbliche Wirtschaft vergeben. Damit konnte erneut ein wichtiger Beitrag zur Finanzierung des Mittelstandes in Schleswig-Holstein geleistet werden.

In der Sparte **Arbeitsmarkt- und Strukturförderung** wurde im Geschäftsjahr 2011 ein Neugeschäftsvolumen von 158,1 (Vj. 292,0) Mio. € erreicht. Dies entspricht einem Anteil am Gesamtneugeschäft von rd. 7 (Vj. 10) %. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf das Ende 2010 ausgelaufene „Konjunkturpaket II“ zurückzuführen.

Die Umsetzung der Förderprogramme verlief insgesamt planmäßig.

Im Zukunftsprogramm Wirtschaft überstieg das nachgefragte Fördervolumen die zur Verfügung stehenden Mittel, so dass Anträge nur bis Ende des ersten Quartals entgegengenommen werden konnten.

Die auf die IB übertragenen Aufgaben der Abwicklung von Zuwendungen im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes mit dem Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur („Konjunkturpaket II“) konnten vollständig und termingerecht innerhalb des durch den Bund gesetzten engen zeitlichen Rahmens abgewickelt werden.

Finanzielle Schwerpunkte der Bewilligungen im „Zukunftsprogramm Arbeit“ waren Maßnahmen im Rahmen des Handlungskonzeptes „Schule & Arbeitswelt“ und die Verlängerungen der Projekte „Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit“. Die größte Bedeutung hinsichtlich der Zahl der Anträge hat nach wie vor die Förderung der beruflichen Weiterbildung von Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen.

Die Erweiterung der förderfähigen Fortbildungen (z. B. Einbeziehung der Prüfungsvorbereitungsphase) und eine deutliche Verbesserung bei den Leistungen (z. B. erhöhte Unterhaltsbeiträge und Zuschläge für Kinderbetreuung) führten in der Aufstiegsfortbildungsförderung („Meister-BAföG“) zu einer Verfestigung der Nachfrage auf dem hohen Niveau des Vorjahres.

Das von IB.Europa koordinierte „Enterprise Europe Network Hamburg-Schleswig-Holstein“ (EEN-HSH) mit den Partnern Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH (WTSH), Innovationsstiftung Hamburg und TuTech Innovation GmbH zur Unterstützung von Wirtschaft und Wissenschaft bei der Internationalisierung konnte sich auch 2011 weiter als zentrale EU-Beratungsstelle für Hamburg und Schleswig-Holstein etablieren. Ein leichter Anstieg der individuellen Beratungen, die gut angenommenen Beratertage, Veranstaltungen und Workshops zu den verschiedenen EU-Förderprogrammen und Finanzierungsinstrumenten trugen hierzu bei. Als Themenschwerpunkte für die Beratungen sind erneuerbare Energien, Umwelt, Forschung und Entwicklung, lebenslanges Lernen und Strukturfonds zu nennen.

Im EU-Ostseeraumprogramm 2007-2013 (Baltic Sea Region Programme, BSR) wurden die vierte Bewerbungsrunde durchgeführt und insgesamt 15 transnationale Projekte durch den Begleitausschuss genehmigt.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die IB mit ihren Neugeschäftsaktivitäten wiederum einen wesentlichen Beitrag zur guten strukturellen Entwicklung in Schleswig-Holstein geleistet hat sowie zur Vermeidung einer Kreditklemme oder Finanzierungsproblemen bei wichtigen Investitionen beitragen konnte.

2. Ertragslage

Die gewählte Darstellung des Jahresergebnisses folgt betriebswirtschaftlichen Kriterien. Insbesondere werden Ertrags- und Aufwandspositionen zusammengefasst und als Überschusspositionen dargestellt. Aperiodische und betriebsfremde Einflüsse sowie Einflüsse mit außergewöhnlichem Charakter werden in einer gesonderten Position „Sondereffekte“ ausgewiesen.

Die Ertragslage der IB lag im Geschäftsjahr 2011 insgesamt auf dem Niveau des Vorjahres. Aufgrund der insgesamt geringeren Betriebsaufwendungen konnte ein gegenüber dem Vorjahr höheres Ergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung und Sondereffekten erzielt werden.

Das Geschäftsergebnis zeigt einschließlich der einzelnen Ergebniskomponenten folgende Entwicklung.

Abb. 5: Ergebnisentwicklung 2003 bis 2011 in Mio. €

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Zinsüberschuss	49,7	56,4	57,9	58,0	58,6	62,8	72,0	88,3	86,9
Provisionsüberschuss	2,0	2,0	2,6	2,5	2,9	3,5	4,2	4,1	4,4
sonstiger betrieblicher Überschuss	9,0	6,8	8,6	11,7	12,4	12,0	16,5	14,8	16,4
Summe der Erträge	60,7	65,2	69,1	72,2	73,9	78,3	92,7	107,2	107,7
Personalaufwendungen	-21,7	-23,5	-25,1	-25,8	-26,4	-27,1	-30,5	-31,0	-30,7
andere Verwaltungsaufwendungen	-12,5	-12,4	-12,6	-12,6	-12,4	-12,2	-12,4	-14,1	-12,9
Abschreibungen	-1,0	-1,0	-1,3	-1,6	-1,6	-1,6	-1,5	-1,5	-1,5
Summe der Aufwendungen	-35,2	-36,9	-39,0	-40,0	-40,4	-40,9	-44,4	-46,6	-45,1
Ergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertung und Sondereffekten	25,5	28,3	30,1	32,2	33,5	37,4	48,3	60,6	62,6
Risikovorsorge/Bewertung	-24,1	-23,4	-28,4	-25,8	-29,5	-34,5	-41,7	-53,9	-56,3
Sondereffekte	3,6	0,0	3,4	-0,5	1,9	3,5	0,3	-3,7	-3,3
Jahresüberschuss	5,0	4,9	5,1	5,9	5,9	6,4	6,9	3,0	3,0

Im Zins- und Provisionsgeschäft der Kreditbereiche sowie im Wertpapierportfolio wurden Ergebnisbeiträge auf dem Niveau des Vorjahres realisiert.

Der sonstige betriebliche Überschuss beinhaltet im Wesentlichen die Kostenerstattungen für die Bearbeitung von Landes- und EU-Programmen sowie Aufwendungen aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen. Weiterhin werden hier die Erträge aus den Beteiligungen an der NordwestLotto GmbH & Co. KG (NordwestLotto), der Landgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (LGSH) sowie der MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH (MBG) in Höhe von zusammen 9,3 (Vj. 8,2) Mio. € ausgewiesen.

Die Risikovorsorge/Bewertung enthält die Nettoneuzuführungen zu den Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft, Zuführungen zu den Vorsorgereserven nach §340f HGB sowie Nettoaufwendungen aus der Auflösung und Dotierung im Fonds für Zinsausgleich.

Die Sondereffekte beinhalten Projektaufwendungen aus der Einführung von SAP/ ABAKUS, Sondererträge aus der vorzeitigen Auflösung derivativer Finanzinstrumente und vorzeitigen Ablösung von Darlehen, Erträge aus Zinsen früherer Geschäftsjahre im Anlagebuch sowie Erträge aus der Aufzinsung langfristiger Forderungen. Weiterhin beinhaltet die Position mögliche Risiken im Zusammenhang mit der Ablösung von Refinanzierungsmitteln.

Der Jahresüberschuss beträgt 3,0 (Vj. 3,0) Mio. EUR. Dem Verwaltungsrat wird vorgeschlagen, den Betrag an das Land Schleswig-Holstein auszuschütten.

3. Finanzlage

Die IB war im Jahr 2011 jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die Zahlungsfähigkeit der IB wird anhand des Liquiditätsgrundsatzes gem. Liquiditätsverordnung (LiqV) überwacht. Die aufsichtsrechtlich vorgegebene Untergrenze dieser Kennziffer von 1,0 wurde zu keinem Zeitpunkt unterschritten. Die bei der Deutschen Bundesbank zu unterhaltende Mindestreserve wurde eingehalten.

Das im Jahr 2011 neu zu refinanzierende Kreditvolumen belief sich auf rd. 0,8 (Vj. 1,3) Mrd. €. Ausschlaggebend für das gesunkene Refinanzierungsvolumen war die strategische Entscheidung, das Kommunalkreditgeschäft auf Schleswig-Holstein zu konzentrieren.

Traditionell stammen die Refinanzierungsmittel im Wesentlichen von der KfW. Darüber hinaus wird der Kapitalmarkt bei sich bietenden guten Situationen aber auch direkt in Anspruch genommen.

Für die Refinanzierung von Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum gewinnt die Landwirtschaftliche Rentenbank (LR) weiter an Bedeutung. Neben einem weiteren Rahmenvertrag wurde in 2011 erstmalig ein Refinanzierungsvertrag zur Zusammenarbeit bei der Finanzierung von Investitionen für eine flächendeckende Versorgung mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen im ländlichen Raum geschlossen.

Durch Abschluss weiterer Finanzierungsverträge mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) im Jahr 2011 stehen der IB weitere Mittel zur Finanzierung von Vorhaben in den Bereichen Umwelt, bildungsbasierte Wirtschaft, Gesundheit und Energie, zur Finanzierung von regionalen Glasfasernetzen im Bundesland Schleswig-Holstein und zur Finanzierung von Öffentlichen-Privaten-Partnerschaften zur Verfügung.

Zur weiteren Verbreiterung der Refinanzierungsbasis wurde mit der Entwicklungsbank des Europarates (Council of Europe Development Bank, CEB) ein Rahmenkreditvertrag unterzeichnet. Finanziert werden können mit diesen Kreditmitteln Projekte von Kommunen und kommunalnahen Unternehmen in den Bereichen Umweltschutz und Verbesserung der Lebensbedingungen in städtischen und ländlichen Gebieten in Schleswig-Holstein.

Wie auch in den Vorjahren wurden Zinsswapgeschäfte eingesetzt, um das Zinsrisiko aus dem Kreditneugeschäft und dem Kreditbestand zu steuern. Offene Positionen wurden vor dem Hintergrund des erreichten niedrigen Zinsniveaus kontinuierlich zurückgeführt.

Umfangreiche zentralbankfähige Aktiva gewährleisten eine stabile Refinanzierungssituation der IB. Darüber hinaus ist aufgrund der Gewährträgerhaftung und Anstaltslast des Landes Schleswig-Holstein die Möglichkeit einer jederzeitigen Refinanzierung gewährleistet, da die Adresse IB bei den Kredit gewährenden Instituten zu keiner Eigenkapitalanrechnung führt.

4. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der IB hat sich zum 31.12.2011 um rd. 4 % auf 18,1 (Vj. 17,4) Mrd. EUR erhöht. Die wesentlichen Veränderungen der Bilanz- und Unterstrichpositionen werden im Folgenden näher erläutert.

Die Forderungen an Kunden erhöhten sich infolge des Neugeschäftsverlaufs.

Im Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wurde angesichts der anhaltenden Finanzmarktkrise bei Neuengagements neben hoher Adressenqualität weiterhin vor allem auf Diversifizierung der Anlagenstruktur Wert gelegt. Insbesondere wurden EU- sowie Rettungsschirm-Anleihen, Anleihen supranationaler Einrichtungen (KfW, EIB) und „gedeckte“ Wertpapiere mit mittleren und kurzen Laufzeiten erworben.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich um die für die Ausweitung des Aktivgeschäfts erforderliche Refinanzierung.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten reduzierten sich aufgrund ihrer planmäßigen Auflösung und des geringeren Neugeschäftes bei den Disagioprodukten im Bereich Immobilien.

Der Kapitalrücklage wurden im Rahmen des Entflechtungsgesetzes (EntflechtG) Haushaltsmittel des Bundes in Höhe von 12,6 Mio. € zugeführt. Mit Beschluss der Gewährträgerversammlung vom 07.06.2011 wurde der Bilanzgewinn 2010 in Höhe von 3,0 (Vj. 6,9, davon Ausschüttung 2,0) Mio. € ausgeschüttet. Hiervon wurden 1,5 Mio. € der IB zweckgebunden wieder zugeführt. Zum 31.12.2011 wird ein Eigenkapital in Höhe von 1.107,1 (Vj. 1.094,5) Mio. € ausgewiesen. Dieses beinhaltet einen Bilanzgewinn in Höhe von 3,0 (Vj. 3,0) Mio. €, der zur Ausschüttung vorgesehen ist.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die wirtschaftliche Lage geordnet ist und den an die IB gestellten Anforderungen entspricht.

5. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage sind im Zeitraum nach dem 31.12.2011 bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses nicht eingetreten.

6. Risikobericht

6.1 Gesamtbank- und Risikostrategie

Die IB hat ihre Gesamtbankstrategie im Geschäftsjahr 2011 überarbeitet, um damit die Schlagkraft der Bank zu erhöhen. Im Zusammenhang damit wurde auch der Strategieprozess auf die veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Ausgehend von ihrer Vision hat die IB eine Geschäfts- sowie eine Risikostrategie entwickelt, auf deren Grundlage Bereichs- und Querschnittsstrategien entstanden sind. Alle vorgenannten Komponenten ergeben die Gesamtbankstrategie. Für die dort festgelegten Ziele wurden adäquate Maßnahmen beschlossen, die Grundlage für den jährlichen Planungsprozess mit seinen verschiedenen Plangrößen sind. Im Rahmen eines Gegenstromverfahrens wurden die Strategien iterativ durch den Vorstand mit Unterstützung der Bereichsleiter entwickelt, im Verwaltungsrat erörtert, verabschiedet und der Belegschaft präsentiert; die Dokumente wurden intern veröffentlicht.

Basierend auf einer Analyse der Ausgangssituation sowie den Erwartungen für die zukünftigen Entwicklungen formuliert die Bank die förderpolitischen Ziele. Diese leiten sich überwiegend aus dem Investitionsbankgesetz (IBG) ab und stellen Aufgabenübertragungen des Landes Schleswig-Holstein dar, die z. B. der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen aber auch einer intakten Umwelt, der Sicherstellung der Wohnraumversorgung oder der Kreditvergabemöglichkeit der Kreditinstitute im Land, der Gründung oder Erhaltung förderungswürdiger Unternehmen und der Verbesserung der kommunalen Infrastruktur dienen. Mit dem Oberziel „Aus eigener Ertragskraft für Wachstum, Fortschritt und dauerhaft gute Lebensbedingungen in Schleswig-Holstein“ wird die Geschäftsstrategie der IB zusammengefasst beschrieben.

Im Rahmen der wirtschaftlichen Ziele werden ausgehend von historischen Werten sowie mittelfristigen Plandaten Schwankungsbreiten definiert, in denen sich das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge bewegen darf.

Die Risikostrategie beschreibt das Gesamtrisikoprofil der Bank unter Berücksichtigung des Risikotragfähigkeitskonzepts. Die aktuelle Risikostrategie berücksichtigt die gesamte Geschäftstätigkeit des Instituts und beinhaltet explizit die als wesentlich eingestuften Risikoarten Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken sowie Operationelle Risiken.

Die IB bewegt sich innerhalb der aufgestellten Strategievorgaben. Im Geschäftsjahr 2011 kam es zu keiner Überschreitung des gesetzten Rahmens bei den Risikopositionen.

6.2 Chancen und Risiken

Alle Bereiche der Bank identifizieren im Rahmen des Planungsprozesses Chancen sowie Risiken aufgrund von Beobachtungen, Analysen und Prognosen der Marktentwicklungen, der Gesetzgebung, der demografischen Entwicklung und

weiterer relevanter Rahmenbedingungen (z. B. Megatrends) für sämtliche Geschäftsfelder der Bank. Die Beurteilung derartiger Chancen- und Risikopotentiale findet sowohl Eingang in den Neue-Produkte-Neue-Märkte-Prozess sowie in eine Chancen- und Risiko-Matrix als auch in die längerfristig angelegte Gesamtbankstrategie, in die rollierende 3-Jahresergebnisplanung sowie die einjährige Kurzfristergebnisplanung.

Die Überwachung realisierter Chancen und Risiken erfolgt durch das Controlling mittels regelmäßiger Soll/Ist-Vergleiche im Rahmen der Planungs- und Überwachungsprozesse. Die Überwachung der strategischen Ziele erfolgt durch den Bereich Unternehmensentwicklung im jährlich stattfindenden Strategieprozess.

6.3 Risikomanagement

Die IB verfolgt das Ziel, neben den ergebniswirksamen Einflüssen der sonstigen Risikoarten auch die Nettoneubildung der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft aus dem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge bestreiten zu können. Die Netto-neubildung der Risikovorsorge schwankt je nach konjunktureller Phase um den erwarteten Ausfall.

Auf der Grundlage der Risikotragfähigkeit der IB, aus der das operative und das regulatorische Risikodeckungspotential (RDP) abgeleitet werden, wurde im Geschäftsjahr 2011 das globale Risikolimit, bestehend aus den vier Unterlimiten für Adressenrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken und Operationelle Risiken, nicht verändert. Im Rahmen des MaRisk-Projekts wurde die Risikotragfähigkeitskonzeption um eine periodenübergreifende Komponente erweitert.

Der Bereich Finanzen betreut das stetig fortentwickelte Instrumentarium zur Risikosteuerung und nimmt die operative Risikomessung und Limitüberwachung für Marktpreisrisiken, für Operationelle Risiken, für Liquiditätsrisiken und die Überwachung von Kontrahenten- und Emittentenrisiken vor. Insbesondere wurden im Geschäftsjahr Intra- und Inter-Risikokonzentrationen für die IB analysiert und die Verfahren überarbeitet. Außerdem kam es zu einer Optimierung der vorhandenen Stresstestmodelle, hauptsächlich durch die Einführung eines integrativen sowie eines inversen Stresstests.

Bei der Risikoüberwachung wird der Vorstand darüber hinaus durch die Rechtsabteilung sowie durch das Management der Fachbereiche unterstützt. Außerdem erhält der Vorstand durch die Revision Hinweise zur Verbesserung seines Steuerungssystems und wird bezüglich bedeutender Risikoaspekte durch die Expertise des Steuerungsausschusses unterstützt. Im Steuerungsausschuss werden risikorelevante Vorhaben (Limitänderungen, Methodenänderungen, Verfahrens Anpassungen etc.) diskutiert, Marktbeurteilungen erörtert, Risikoanalysen präsentiert, Risikobeurteilungen entwickelt und Entscheidungsvorlagen für den Vorstand vorbereitet.

Entsprechend der IB-spezifischen Rahmensetzung für die Treasuryaktivitäten sind die Marktpreisrisiken von vergleichsweise geringer Bedeutung (ausschließlich

Zinsänderungsrisiken; vergl. 6.5 Marktpreisrisiken). Bemerkenswerte Risiken im Liquiditätsbereich bestehen auch infolge der Staatsschuldenkrise nicht. Im Einklang mit den förderpolitischen Aufgaben entwickelt die IB kontinuierlich eine margenorientierte, auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Risikostrategie und legt zugleich besonderen Wert auf ein ausgewogenes Portfolio, in dem bedeutende Risikokonzentrationen im Adressenbereich grundsätzlich vermieden werden. Für ausgewählte Förderprogramme übernimmt das Land einen Teil des Risikos in Form von Bürgschaften.

6.4 Adressenausfallrisiken

Die IB steuert die Adressenausfallrisiken sowohl auf Einzelgeschäfts- als auch auf Portfolioebene. Für das gesamte Adressenausfallrisiko der Bank bestand in 2011 ein Limit in Höhe von 45 Mio. €. Im Rahmen der Überwachung erfolgt der Abgleich der erfolgswirksamen Ausprägung der Risikovorsorge des laufenden Geschäftsjahres mit dem Limit; dieses Limit wurde zu keiner Zeit überschritten. Die unterjährig beobachteten Stresstestparameter bewegten sich im erwarteten Rahmen, erreichten die Schwellenwerte nicht und lösten daher keine Aktivitäten aus.

Die Ergebnisse der Analysen des Risikocontrollings zu Risikokonzentrationen und Stresstests werden den zuständigen Entscheidungsgremien berichtet, die – sofern erforderlich – umgehend Steuerungsmaßnahmen einleiten. Derzeit existieren verschiedene Risikoklassifizierungsverfahren, die über eine Transformationsmatrix vergleichbar gemacht werden. Der angestrebte Ansatz von integrierten, validierten Ratingverfahren ist umgesetzt.

Die Einhaltung der Großkreditgrenzen wird täglich überwacht und ihre Entwicklung dem Vorstand monatlich berichtet. Die standardisiert strukturierte Risikoberichterstattung, die über den reinen Informationsinhalt hinausgehende Risikobeurteilungen und Handlungsvorschläge enthält, erfolgt quartalsweise. Darüber hinaus werden Ad hoc-Berichte an den Vorstand bei Überschreiten festgelegter Schwellenwerte formulargestützt erstellt und durchlaufen einen geregelten Prozess.

Im Bereich der Einzeladressenrisiken werden die Prozesse im originären Kreditgeschäft beobachtet und bei Bedarf optimiert sowie in dem jedem Mitarbeiter zugänglichen, DV-gestützten integrierten Kredithandbuch dokumentiert. Änderungen des Regelwerkes der Bank werden bei risikorelevanten Aspekten auch von dem Bereich Bankbetrieb (Risikocontrolling) vor Veröffentlichung qualitätsgesichert.

Wertpapiere für den Anlagebestand, die vom Bereich Treasury erworben werden, beschränken sich auf Emittenten mit Ratingnoten im Investment Grade Bereich. Es bestehen detaillierte Vorgaben zum Erwerb derartiger Papiere hinsichtlich Adressen, Volumina, Ratingklassen und Laufzeiten.

Die Steuerung und Überwachung des Beteiligungsportfolios erfolgen im Vorstandsstab sowie im Controlling im Rahmen der Funktionstrennung sicherstellender geregelter Prozesse. In allen Fällen handelt es sich um strategische Beteiligungen.

Das dem Adressenausfallrisiko zugeordnete Länderrisiko spielt aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung und des regionalen Schwerpunkts der IB eine untergeordnete Rolle. Das verbleibende Risiko liegt darin, dass aufgrund von Beschränkungen im internationalen Zahlungsverkehr, Illiquidität oder Zahlungsverweigerung von staatlichen Stellen Zins- und Tilgungsleistungen oder andere vereinbarte Leistungen nicht oder nur unvollständig bzw. verspätet erbracht werden. Ein ausländischer Geschäftspartner kann auch der Staat selbst sein. Es existieren diesbezüglich ausgewählte Länderlimite mit überschaubaren Risiken.

Im Jahr 2011 hat die IB für Adressenausfallrisiken das Verfahren zur Identifizierung von Risikokonzentrationen verbessert und die Stresstestverfahren (historisch basierter Ansatz und hypothetischer Ansatz) weiter optimiert. Außerdem wurde ein integrierter, alle Risikoarten umfassender Stresstest entwickelt und implementiert, bei dem ein schwerer konjunktureller Abschwung unterstellt wird.

Abb. 6: Gesamtbestand an Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft

Einzelwertberichtigungen (EWB) und Rückstellungen (Rst) für das Kreditgeschäft in Mio. €		EWB/Rst-Quote bezogen auf das Kreditvolumen		Pauschalwertberichtigungen in Mio. €	
Vorjahr	31.12.2011	Vorjahr	31.12.2011	Vorjahr	31.12.2011
138,6	148,3	0,75 %	0,77 %	20,6	19,9

6.5 Marktpreisrisiken

Das für die IB relevante Marktpreisrisiko betrifft die möglichen zukünftigen Marktwertschwankungen von Positionen aufgrund von Änderungen der Zinsstruktur (Zinsänderungsrisiken). Sonstige Marktpreisrisiken (Währungsrisiken, Aktienkursrisiken sowie sonstige Preisrisiken) geht die IB nicht ein. Als Nicht-Handelsbuchinstitut betreibt die IB Derivategeschäfte ausschließlich zur Absicherung von Zinsrisiken im Anlagebuch. Handelsbestände bestehen in der Bank nicht. Die im Bereich Treasury durchgeführten Geschäfte fließen entweder in den Anlagebestand oder in die Liquiditätsreserve.

Im Geschäftsjahr wurden, wie in den Vorjahren, Zinstauschvereinbarungen zur Absicherung der Gesamtzinsposition (macro hedge) abgeschlossen.

Die Risikoermittlung und -überwachung der Bank beinhaltet sämtliche Zinsänderungsrisiken. In der IB beruht die Messung und Steuerung von Marktpreisrisiken auf dem Value-at-Risk-Ansatz (VaR-Ansatz). Die IB verwendet hierbei ein barwertorientiertes Verfahren. Der VaR stellt die mögliche Wertänderung eines Portfolios aus Finanzinstrumenten aufgrund von Schwankungen der Bewertungsparameter dar. Mit dem Berechnungsverfahren wird die mögliche Wertänderung ermittelt, die bei einer unterstellten zehntägigen Haltedauer mit einer Wahrscheinlichkeit

von 99 % nicht überschritten werden würde. Zur Prognose werden Zeitreihen von Zinssätzen über die letzten 500 Handelstage verwendet. Das in dieser Weise ermittelte Risikopotential wird der eingeräumten Verlustgrenze (Limit) in Höhe von 20 Mio. € gegenübergestellt und wöchentlich an den Vorstand, den Bereich Bankbetrieb und das Treasury berichtet. Die zusätzliche Risikoerhöhung durch Multiplikation mit dem Faktor 1,1 wegen der stark erhöhten Volatilitäten im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise wurde ab 01.01.2011 wieder aufgegeben, da ein Erfordernis auf Grundlage der Backtestingergebnisse nicht mehr bestand.

Organisatorisch ist sichergestellt, dass neuartige Produkte und Aktivitäten in neuen Märkten systematisch in die Risikomessung mit eingebunden werden.

Zur Begrenzung des gesamten Marktpreisrisikos hat der Vorstand ein Limit von 20 Mio. € festgelegt, das im Geschäftsjahr 2011 nicht verändert wurde. Im Berichtsjahr kam es zu keiner Limitüberschreitung. Installierte Frühwarnstufen mit Berichtspflichten seitens des Risikocontrollings an den Vorstand flankieren organisatorisch die Verhinderung von Limitüberschreitungen.

Per 31.12.2011 betrug der VaR 8,5 Mio. €, was bei dem gegebenen Limit eine Auslastungsquote in Höhe von 42,5 % ergibt.

Innerhalb des Back-Testing-Verfahrens wird ein Vergleich zwischen dem prognostizierten zu erwartenden Höchstverlust (Konfidenzniveau von 99 %) von einem auf den elften Handelstag (dem VaR) und der tatsächlich eingetretenen Barwertveränderung des Portfolios durchgeführt. Hierbei wird für jeden Testvorgang ein Zeitraum von 500 Handelstagen zugrunde gelegt. In 2011 lag die Anzahl der „Ausreißer“ im Rahmen der definierten Toleranz.

Außerdem existieren Stresstest-Verfahren, welche die Krisenfestigkeit der Bank anhand äußerst extremer Marktentwicklungen prüfen. Sie beruhen zum einen auf dem Modell des Internationalen Währungsfonds (IWF) bzw. der Deutschen Bundesbank und zum anderen auf einem Modell gemäß Basel II. Nach IWF/Deutsche Bundesbank darf die regulatorische Eigenkapitalquote von 8 % nicht unterschritten werden; gemäß Basel II darf die Marktwertänderung des Portfolios 20 % des haftenden Eigenkapitals nicht übersteigen. Beide Prüfkriterien hat die Bank auch in 2011 jederzeit erfüllt. Auch nach Änderung der Parametrisierung (+ 200 BP / - 200 BP) liegt die Marktwertveränderung deutlich unter 20 % des haftenden Eigenkapitals.

Neben der Gesamtrisikobetrachtung auf VaR-Basis findet eine Risikomessung im Rahmen des Basis Point Value (BPV) Ansatzes statt, für den ebenfalls ein internes Steuerungslimit besteht. Der BPV drückt die Größe aus, mit der sich der Barwert einer Position verändert, wenn sich der zugrunde gelegte Zinssatz um eine Stelle verändert.

Der BPV bewegte sich im Jahr 2011 innerhalb des unverändert auf 0,8 Mio. € festgelegten Limits.

Kündigungsrisiken im Zusammenhang mit Optionsklauseln in einzelnen Kreditverträgen sowie aufgrund des § 489 BGB werden von der Bank identifiziert und unter Beurteilung des damit verbundenen Risikos dem Vorstand regelmäßig zur Entscheidung über Maßnahmen vorgelegt.

6.6 Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko wird im Rahmen der Liquiditätspolitik und -planung berücksichtigt. Für die Festlegung von Rahmenbedingungen und Strategien zur Planung und Steuerung der Liquidität unterbreitet der Steuerungsausschuss dem Vorstand entsprechende Entscheidungsvorschläge, aufsichtsrechtliche (wie Mindestreserve, Liquiditätskennzahl) und betriebswirtschaftliche Risiken werden dann alleinverantwortlich vom Treasury gesteuert.

Eine breite Diversifizierung der Kontrahenten und die Haftungsinstitute des Landes Schleswig-Holstein (Gewährträgerhaftung, Anstaltslast und Refinanzierungsgarantie) stellen auch in schwierigen Zeiten sicher, dass die IB über die erforderliche Liquidität verfügt. Darüber hinaus stehen ausreichend freie Wertpapiere für gedeckte Refinanzierungen jederzeit zur Verfügung.

Die IB hat zur Berechnung des Liquiditätsrisikos mit Fokus auf Veränderungen der Liquiditätskosten ein eigenes Verfahren. Das seit 2010 bestehende Limit in Höhe von 2 Mio. € für zusätzliche Liquiditätsrisiken wurde im Berichtszeitraum zu keiner Zeit überschritten, die Inanspruchnahme lag per 31.12.2011 bei 0,12 Mio. €. Außerdem wurde ein Verfahren zur Messung und Überwachung kurzfristiger Liquiditätsrisiken entwickelt, bei dem der Aktivüberhang stets durch das freie Pfanddepot gedeckt sein soll.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen überwacht der Bereich Finanzen. Zum 31.12.2011 betrug der Koeffizient gemäß Liquiditätsverordnung (Liquiditätskennzahl) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) 2,18 (Vorjahr 1,87). Die Untergrenze von 1,0 wurde während des gesamten Geschäftsjahres nicht erreicht.

Ein Liquiditätsnotfallplan der Bank regelt, welche Maßnahmen im Falle eines Liquiditätsengpasses ergriffen werden sollen.

6.7 Operationelle Risiken

Die IB ermittelt die operationellen Risiken bei der Eigenkapitalunterlegung nach dem Basisindikatoransatz. Darüber hinaus werden die Methoden zur Überwachung und Steuerung operationeller Risiken aus betriebswirtschaftlichen Gründen weiterhin fortlaufend verfeinert.

Statistische historische Daten zu Schadensfällen unterschiedlicher Kategorien, die seit 2008 EDV-technisch bearbeitet werden, sollen mittelfristig ein validiertes Backtesting der operationellen Risiken ermöglichen. Die Maßnahmen zur Ver-

minderung operationeller Risiken sowie von Schäden in diesem Zusammenhang werden systematisch weiterentwickelt.

Im organisatorischen Bereich wurden diverse Regelungen, auch aufgrund der 3. MaRisk Novelle, den aktuellen Gegebenheiten entsprechend angepasst, um das Sicherheitsniveau der Bank kontinuierlich zu erhöhen. Durch gezielte Maßnahmen wurden die Datenqualität weiter auf der Grundlage systematischer Untersuchungen angehoben und die Datenqualitätsbeauftragten verstärkt in Projekte eingebunden, nicht zuletzt um frühzeitig Fehlerpotentiale mit dem Ziel der Prävention zu identifizieren. Software-Updates reduzieren unter anderem regelmäßig operationelle Risiken, insbesondere durch eine weitere Verringerung manueller Arbeitsschritte.

Konzepte der Auswahl, der Einarbeitung, des Einsatzes, der Bindung sowie der Förderung und Entwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tragen dazu bei, Risiken im Bereich Personal, insbesondere mit Blick auf die demografische Entwicklung, zu minimieren. Die Programme stellen eine adäquate Ressourcensteuerung sicher, die durch die Personalkommission gefördert und überwacht wird. Für einen Großteil der Mitarbeiter wurden Schulungsveranstaltungen, im Wesentlichen als Ergebnis der 2011 durchgeführten Personalentwicklungstage, durchgeführt, um eine Qualifizierung auf dem aktuellen Stand sicherzustellen.

Den Rechtsrisiken begegnet die IB insbesondere durch die Verwendung von Standardverträgen, regelmäßige Einzelvertragsprüfungen, der laufenden Anpassung der Vertragsvorlagen an die jeweils herrschende Rechtsprechung, die systematisch durch den Bereich Recht beobachtet und an die zuständigen Stellen in der Bank zeitnah kommuniziert wird.

Die geregelte Projektorganisation der Bank stellt die erfolgreiche Umsetzung der einzelnen Maßnahmen durch qualitätssichernde und überwachende (Zeit, Kosten und Ergebnisse) Institutionen organisatorisch sicher und identifiziert, projiziert und priorisiert systematisch den Handlungsbedarf der Bank im Rahmen der rollierenden Projekt-Masterplanung. Risiken im Zusammenhang mit Projekten werden durch die Projektleitung systematisch identifiziert und im Rahmen eines standardisierten Prozesses an das Risikocontrolling kommuniziert. Die Steuerung der Projekte erfolgt durch den monatlich tagenden Steuerungsausschuss, dem auch mindestens ein Vorstandsmitglied angehört. Durch gezielte individuelle Maßnahmen (z.B. Seminare, Coaching, Fachliteratur) und die Ausweitung der in Projekten beteiligten Mitarbeiter wird die Basis für derartige Aufgabenstellungen kontinuierlich qualitativ und quantitativ ausgebaut.

Der Ausschuss für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz trägt mit seiner Tätigkeit dazu bei, spezifische Risiken transparent zu machen und durch Präventivmaßnahmen zu minimieren.

Die operationellen Risiken und die entstandenen Schäden dieser Risikoart werden in der OpRisk-Datenbank erfasst und dort berechnet. Die ermittelten Risiken lagen per 31.12.2011, wie auch innerhalb des Jahres 2011, unterhalb des fest-

gesetzten Limits in Höhe von 4 Mio. €. Im Jahr 2011 wurden im Rahmen des MaRisk-Projekts organisatorische Maßnahmen in die Wege geleitet, um das Verfahren weiter zu verbessern.

Nicht zuletzt die Interne Revision, als Teil des internen Kontrollsystems, prüft nach risikoorientierter Auswahl der Prüfungsfelder die Funktionsfähigkeit des internen Kontrollsystems und sorgt durch ihre Feststellungen für eine kontinuierliche Verminderung operationeller Risiken.

7. Prognosebericht

Ausgehend von den derzeitigen Rahmenbedingungen der IB wird in den nächsten zwei Jahren (Prognosezeitraum) folgende Entwicklung gesehen.

Ausgelöst durch die Ausweitung der Schuldenkrise im Euro-Raum geriet das europäische Bankensystem seit Mitte 2011 in eine erneute Vertrauenskrise. Im Zuge dessen vereinbarten die Staats- und Regierungschefs der Euro-Raum-Länder im Oktober 2011 umfassende Maßnahmen zur Stabilisierung, u. a. eine temporäre Verschärfung der Bankenregulierung. Mit dem sog. „Bankenpaket“ soll die Kapitalausstattung der europäischen Banken durch die Anhebung des Mindestkernkapitals sowie durch die Einführung eines außerordentlichen Puffers für risikoreiche Staatsanleihen gestärkt werden.

Mit dem „Basel III-Akkord“ hat der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) zudem ein umfangreiches Regelwerk vorgelegt, das die bisherigen Rahmenbedingungen reformiert und bis zum Jahr 2019 vollumfänglich gelten soll. Kern ist die qualitative sowie quantitative Straffung der Eigenkapitalanforderungen. Diese für alle Banken geltenden grundlegenden Eigenkapitalanforderungen werden um zusätzliche Anforderungen für systemrelevante Banken erweitert. Zur Umsetzung der Basel III-Richtlinien hat die Europäische Kommission einen Vorschlag für ein Gesetzespaket, bestehend aus einer Richtlinie sowie einer EU-einheitlichen Verordnung, vorgelegt.

Insgesamt sind die hieraus resultierenden Auswirkungen auf die IB – sowohl für das Aktiv- als auch für das Refinanzierungsgeschäft – zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Verfahren von erheblicher Unsicherheit geprägt und können nicht abschließend beurteilt werden.

Nach Einschätzung der Bundesregierung wird für das Jahr 2012 ein Wirtschaftswachstum von 0,7 % erwartet. Allerdings weist der „Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ in seinem Jahresgutachten 2011/12 auf die Unwägbarkeiten aufgrund der ungelösten Staatsschuldenproblematik im Euro-Raum hin und beschreibt neben einem Basisszenario drei weitere Risikoszenarien. Hieraus ergibt sich eine Schwankungsbreite für die erwartete Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes von -0,5 bis 1,4 %.

Es wird erwartet, dass die gegenwärtige Finanzkrise nicht rasch und dauerhaft beendet werden kann und weiterhin von einer hohen Volatilität auf den Geld- und Kapitalmärkten auszugehen ist.

Durch höhere Eigenkapitalanforderungen und ausfinanzierte Kundenobligen bestehen bei diversen Hausbanken veränderte Finanzierungsmöglichkeiten. Für die nächsten Jahre wird daher eine weiterhin hohe Nachfrage seitens der Hausbanken nach Risikoteilung mit der IB erwartet. Im Bereich der erneuerbaren Energien sind durch die geplante Ausweitung der Landesflächen zur alternativen Energieerzeugung weiterhin erhebliche Investitionspotentiale vorhanden.

Die Finanzierungsnotwendigkeiten der gewerblichen Wirtschaft im Zusammenhang mit den allgemeinen Bonitätsanforderungen werden den Bedarf nach einer Verstärkung der Eigenkapitalausstattung erhöhen. Infolgedessen wird für die im „EFRE Risikokapitalfonds Schleswig-Holstein II“, „EFRE Seed- & Start-up-Fonds Schleswig-Holstein“ und „Mittelstandsfonds Schleswig-Holstein“ zur Verfügung stehenden Mittel eine entsprechende Nachfrage erwartet.

Für die Förderberatung wird für 2012 eine Fortsetzung der Beratungsnachfragen wie in 2011 erwartet. Durch qualifizierte Beratung ist darüber hinaus angestrebt, vermehrt Kunden für EU-Förderprojekte zu gewinnen, um einen stärkeren Zufluss von EU-Geldern nach Schleswig-Holstein und Hamburg zu erreichen. Um für die EU-Förderung weitere Unternehmen zu identifizieren, wird die Zusammenarbeit mit den Clustern und Multiplikatoren in Hamburg und Schleswig-Holstein weiter ausgebaut.

Der Geschäftsverlauf im Mengengeschäft der allgemeinen Wohnraumförderung für 2011 ist – wie bereits in den vergangenen Jahren – ein Indiz für die Attraktivität von Immobilienvermögen. Im Zusammenhang mit der allgemeinen Diskussion zur Entwicklung der Inflationsraten ist davon auszugehen, dass der Erwerb von Immobilien für breite Schichten der Bevölkerung ein erstrebendes Ziel bleibt. Durch die von der KfW angekündigte Aufstockung der Modernisierungs- bzw. Sanierungsprogramme wird eine zusätzliche Belebung erwartet.

Im Individualgeschäft lassen die aktuellen Verhandlungen mit Investoren einen weiterhin deutlichen Investitionsbedarf erkennen. Der Schwerpunkt der Förderung wird künftig bei Abriss und Neubau nach Abriss liegen; dies entspricht dem wohnungspolitischen Förderansatz. Weitere Aktivitäten in 2012 werden die Akquisition und Umsetzung der integrativen Quartiersentwicklung sein.

Aufgrund der hohen Aufstockung im Jahr 2010 stehen im Individualgeschäft der sozialen Wohnraumförderung nunmehr weniger Mittel zur Verfügung. Zusammen mit dem zuständigen Innenministerium wird derzeit eine neue Fördersystematik diskutiert, die es ermöglichen soll, die reduzierten Mittel möglichst effektiv einzusetzen.

Die künftige Entwicklung der Städtebauförderung in Schleswig-Holstein – insbesondere die Höhe voraussichtlicher Fördermittel – ist zurzeit schwer vorherzusagen und hängt von der künftigen Entwicklung der Bereitstellung der Bundesmittel aber auch von der Sicherstellung der Kofinanzierung des Landes ab. Daher wird eine weitere Verzahnung von Städtebau- und Wohnraumförderung angestrebt. Darüber hinaus werden Möglichkeiten zur Einbindung von EU-Mitteln geprüft.

Auf dem Gebiet der Energieberatung wird aufgrund der verabschiedeten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zur Energiewende und Klimaschutz insbesondere bei den Kommunen ein entsprechender Beratungsbedarf erwartet. Darüber hinaus ist es Ziel, Beratungsangebote für weitere Kundengruppen zu entwickeln und die Kontakte zur Wohnungswirtschaft weiter zu intensivieren.

Im Bereich Kommunalkunden wird mit der Konzentration des Geschäfts auf Schleswig-Holstein ein gegenüber den Vorjahren geringeres Neugeschäftsvolumen erwartet. Neben dem klassischen Kommunalkreditgeschäft werden Nachfrageimpulse insbesondere aus der in 2011 beschlossenen Energiewende sowie aus dem Ausbau des Breitbandnetzes erwartet.

Die Förderung der öffentlichen Infrastruktur, insbesondere der sozialen Infrastruktur (Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Sportanlagen, Betreuungseinrichtungen, Gesundheitswesen, öffentliche Sicherheit, Administration), der Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Schienen, Wasserwege, ÖPNV/SPNV, Häfen, Flughäfen, Bahnhöfe) sowie der Ver- und Entsorgung (Energie, Wasser/Abwasser, Abfall, Recycling, Kommunikation und Datennetze), erfordert zunehmend ein Gesamtspektrum an Instrumenten und Maßnahmen mit einer entsprechenden Bündelung von spezifischem Know-how im Rahmen der Beratung und Finanzierung. Um dieses abzudecken, ist die Weiterentwicklung des „ÖPP-Kompetenzzentrums“ zu einem „Infrastruktur-Kompetenzzentrum Schleswig-Holstein“ geplant. Die Initiative, größere Kommunen auf Öffentlich-Private Partnerschaften anzusprechen, zeigt derzeit einige viel versprechende Ansätze für Frühphasenberatung und Eignungstests, insbesondere auch im Bereich von Kindertagesstätten sowie nach wie vor bei Schulen und Sporthallen.

Im Durchleitungsgeschäft von Programmkrediten der KfW und der LR wird von einer Nachfrage auf Vorjahresniveau ausgegangen. Wichtiger Träger des Geschäftes sind hierbei auch die Finanzierungen im Bereich der regenerativen Energien. Zusätzliche Nachfrage könnte sich durch eine sehr zügige Umsetzung der geplanten Erweiterung der Aufstellflächen für Windkraftanlagen ergeben. Hierfür bedarf es aber noch flankierender Maßnahmen und Entscheidungen u. a. in der Netzversorgung.

Am 01.01.2012 trat die neue Richtlinie für die einzelbetriebliche Investitionsförderung in Kraft. Grundlage ist eine ausschließlich auf klein- und mittelständische Unternehmen ausgerichteten Förderung, die grundsätzlich nur noch im so genannten C-Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur möglich ist.

Hinsichtlich der den Förderauftrag begleitenden Treasuryaktivitäten wurde auch angesichts der krisenbedingten Unwägbarkeiten begonnen, Fristentransformation durch Abbau offener Positionen im Wertpapier- und Kreditgeschäft deutlich zu reduzieren. Damit einhergehend ist geplant, die Refinanzierungsstruktur der Bank längerfristiger auszurichten und dadurch die Abhängigkeit der Bank von der jeweiligen eventuell instabilen Refinanzierungssituation auf den Geld- und Kapitalmärkten zu vermindern.

Im Anlagegeschäft liegt die Priorität auf dem Ersatz auslaufender Wertpapiere durch Anschlussgeschäfte. Hierbei ist davon auszugehen, dass die Zahl risikoreicher Adressen zurückgehen wird und Anschlussgeschäfte daher möglicherweise nur sukzessive vorgenommen werden können.

Die Unklarheiten über die zukünftige Ausgestaltung des Glücksspielwesens wurden auch im Jahr 2011 nicht beseitigt. So hat der Schleswig-Holsteinische Landtag im September 2011 ein Glücksspielgesetz verabschiedet, das zum 01.01.2012 in Kraft trat und in seinen Liberalisierungsbestrebungen weit über den zwischen den Ministerpräsidenten der übrigen 15 Bundesländer im Dezember 2011 abgestimmten Glücksspielstaatsvertrages hinausgeht. Ob es bei einem Alleingang Schleswig-Holsteins bleibt oder es im Laufe des Jahres 2012 doch noch zu einem Glücksspielstaatsvertrag aller Bundesländer kommen wird, ist derzeit ungewiss. Es ist daher zu erwarten, dass auch im Jahr 2012 die bestehenden Unklarheiten im Bereich der Glücksspielregulierung das Tagesgeschäft der NordwestLotto bestimmen werden und sich auch auf ihre Ertragssituation auswirken können.

Für die LGSH wird auch in den kommenden Jahren eine weiterhin solide Geschäftsentwicklung erwartet.

Die Schwerpunkte der Projektarbeit in 2012 liegen in IT-Projekten sowie in der Umsetzung neuer aufsichtsrechtlicher Vorgaben.

Zur Überprüfung des öffentlichen Förderauftrages und effektiven Mitteleinsatzes wird in 2012 eine repräsentative Umfrage zur Kundenzufriedenheit durchgeführt mit dem Ziel, Verbesserungspotentiale zu identifizieren und entsprechende Maßnahmen abzuleiten.

Auch in 2012 wird die Personalentwicklung ein erklärtes Ziel bleiben. Neben kontinuierlichen Maßnahmen, Impulsvorträgen und Führungskräftequalifikation ist in Folge der in 2011 durchgeführten Personalentwicklungstage (PET) mit einem erhöhtem Aus- und Fortbildungsaufwand zu rechnen. Die PET finden alle drei Jahre statt und haben das Ziel, die vorhandenen Fähigkeiten und Neigungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erkennen, zu entwickeln und sie mit den jeweiligen Erfordernissen der Arbeitsplätze in Übereinstimmung zu bringen. Ebenfalls wird in 2012 ein neues Potentialträgerprogramm durchgeführt werden.

Als Reaktion auf die demografische Entwicklung innerhalb der IB werden in den nächsten Jahren eine Aufstockung der Ausbildungs- und Traineeplätze sowie ein vermehrtes Angebot von Gesundheitsaktionen erfolgen.

Für den Prognosezeitraum ist eine den Anforderungen an ein Förderinstitut entsprechende Entwicklung der Vermögens- Finanz- und Ertragslage geplant. Die Entwicklung wird von Kontinuität geprägt sein. Insbesondere den Anforderungen des Anteilseigners ist bei dieser Planung Rechnung getragen worden. Im Kreditgeschäft wird eine weiterhin positive Ertragsentwicklung erwartet. Es wird davon ausgegangen, einen Jahresüberschuss auf dem Niveau des Vorjahres zu erzielen. Eine über der Planung liegende Ergebnisentwicklung wird auch weiterhin dazu verwendet werden, die Risikotragfähigkeit der Bank nachhaltig zu stärken.

Kiel, 19.03.2012



Erk Westermann-Lammers
(Vorstandsvorsitzender)



Dr. Michael Adamska

Investitionsbank Schleswig-Holstein Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011

Aktiva	€	€	€	€	Vorjahr €
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			2.302,65		1.475,03
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			3.915.063,61		1.099.693,68
darunter:				3.917.366,26	1.101.168,71
bei der Deutschen Bundesbank	3.915.063,61				
	(Vorjahr 1.099.693,68)				
2. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			87.500.363,18		48.658.257,75
b) andere Forderungen			4.423.422.222,46		4.142.041.438,05
				4.510.922.585,64	4.190.699.695,80
3. Forderungen an Kunden				9.602.385.742,87	9.330.711.610,92
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	1.020.176,80				
	(Vorjahr 1.153.850,23)				
Kommunkredite	4.332.535.526,23				
	(Vorjahr 4.206.512.029,22)				
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				
	(Vorjahr 0,00)				
ab) von anderen Emittenten		0,00	0,00		14.904.602,44
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				
	(Vorjahr 14.904.602,44)				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		616.645.333,20			
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	616.645.333,20				
	(Vorjahr 193.084.338,36)				
bb) von anderen Emittenten		2.237.990.601,49	2.854.635.934,69		2.692.570.107,26
darunter:				2.854.635.934,69	2.707.474.709,70
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.109.722.697,05				
	(Vorjahr 2.277.800.265,56)				
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				9.937.280,00	9.929.450,00
6. Beteiligungen				8.314.620,93	8.295.848,93
7. Anteile an verbundenen Unternehmen				100.552.023,61	100.552.023,61
8. Treuhandvermögen				956.852.245,20	990.650.040,90
darunter:					
Treuhandkredite	925.520.231,84				
	(Vorjahr 933.391.868,19)				
9. Immaterielle Anlagewerte				1.225.984,00	2.048.311,00
10. Sachanlagen				8.665.020,52	8.628.698,52
11. Sonstige Vermögensgegenstände				12.471.147,10	14.620.636,77
12. Rechnungsabgrenzungsposten				2.369.211,92	4.801.847,04
Summe der Aktiva				18.072.249.162,74	17.369.514.041,90

Bilanz

Passiva				
	€	€	€	Vorjahr €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		372.008.283,86		377.015.094,27
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		12.868.921.917,93		12.210.470.890,41
			13.240.930.201,79	12.587.485.984,68
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) täglich fällig		31.775.983,67		27.796.308,70
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		1.355.948.678,53		1.283.184.128,15
			1.387.724.662,20	1.310.980.436,85
3. Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger			328.155.868,95	346.173.868,51
4. Treuhandverbindlichkeiten		956.852.245,20		
darunter:			956.852.245,20	990.650.040,90
Treuhandkredite	925.520.231,84			
	(Vorjahr 933.391.868,19)			
5. Sonstige Verbindlichkeiten			28.035.330,46	23.373.449,40
6. Rechnungsabgrenzungsposten			54.221.307,91	62.923.297,97
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		41.726.426,00		40.732.705,00
b) andere Rückstellungen		38.045.231,67		22.752.581,85
			79.771.657,67	63.485.286,85
8. Fonds für Zinsausgleich			889.469.046,25	889.987.681,13
9. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		100.000.000,00		100.000.000,00
b) Kapitalrücklage		969.943.565,37		957.308.718,67
c) Gewinnrücklagen		34.145.276,94		34.145.276,94
d) Bilanzgewinn		3.000.000,00		3.000.000,00
			1.107.088.842,31	1.094.453.995,61
Summe der Passiva			18.072.249.162,74	17.369.514.041,90
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			587.683.727,85	620.355.402,12
2. Andere Verpflichtungen				
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen			631.197.904,14	590.972.895,19

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

	€	€	€	€	Vorjahr €
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		640.294.530,39			554.173.663,21
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		84.493.428,26			78.671.250,61
			724.787.958,65		632.844.913,82
2. Zinsaufwendungen			639.338.614,97		535.816.099,84
				85.449.343,68	97.028.813,98
3. Laufende Erträge aus					
a) Beteiligungen			1.152,00		2.304,00
b) Anteilen an verbundenen Unternehmen			8.557.037,01		7.809.566,23
				8.558.189,01	7.811.870,23
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnab- führungsverträgen				737.910,32	438.249,52
5. Provisionserträge			15.902.320,22		27.787.642,85
6. Provisionsaufwendungen			11.458.979,60		23.692.777,38
				4.443.340,62	4.094.865,47
7. Sonstige betriebliche Erträge				10.612.162,77	9.784.300,80
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		25.315.279,87			25.283.982,95
ab) Soziale Abgaben und Auf- wendungen für Altersversor- gung und für Unterstützung		5.369.734,14			7.316.570,78
darunter:			30.685.014,01		32.600.553,73
für Altersversorgung	960.142,12				
	(Vorjahr 2.306.140,32)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen			14.799.606,79		18.919.760,65
				45.484.620,80	51.520.314,38
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				1.508.061,53	1.532.323,91
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen				3.257.877,11	3.779.926,07
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpa- piere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				57.396.402,52	54.126.201,98
12. Erträge aus Zuschreibungen zu (Vorjahr: Abschreibungen und Wertberichtigungen auf) Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				1.101.000,00	240.000,00
13. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				3.254.984,44	8.439.333,66
14. Außerordentliche Erträge				0,00	401.359,00
15. Außerordentliche Aufwendungen				0,00	5.825.062,00
16. Außerordentliches Ergebnis				0,00	5.423.703,00
17. Steuern vom Einkommen und Ertrag				243.309,00	0,00
18. Sonstige Steuern				11.675,44	15.630,66
19. Jahresüberschuss				3.000.000,00	3.000.000,00
20. Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr				0,00	0,00
21. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen				0,00	0,00
22. Bilanzgewinn				3.000.000,00	3.000.000,00

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) unterstützt das Land Schleswig-Holstein als zentrales Förderinstitut in der Umsetzung wirtschafts- und strukturpolitischer Aufgaben. Die IB berät in allen Förderfragen und vergibt Fördermittel für die Wirtschaft, den Wohnungsbau, Kommunen, Arbeitsmarkt- und Ausbildungsmaßnahmen, Umwelt und Energieprojekte und den Städtebau sowie den Agrarbereich. Die IB beachtet dabei die Grundsätze und Ziele der staatlichen Förderpolitik sowie die Bestimmungen der Europäischen Union.

Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Investitionsbank ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie nach der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) erstellt.

Die Gliederung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt entsprechend den Formblättern der RechKredV. Auf der Passivseite hat die IB das Formblatt 1 im Einklang mit § 265 Abs. 5 Satz 2 HGB um zwei Ausweispositionen ergänzt.

Die IB ist gemäß § 340i Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 290 HGB grundsätzlich verpflichtet, einen Konzernabschluss und einen Konzernlagebericht zu erstellen. Da die Tochtergesellschaften der IB jeweils einzeln und zusammen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage jedoch von untergeordneter Bedeutung sind, wird das Wahlrecht des § 296 Abs. 2 HGB in Anspruch genommen und kein Konzernabschluss aufgestellt.

Der Jahresabschluss der IB wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Mit Änderung des Investitionsbankgesetzes am 15. Dezember 2010 wurde die Gewährträgerversammlung der Investitionsbank Schleswig-Holstein zum 1. Januar 2011 aufgelöst. Die bisherigen Aufgaben der Gewährträgerversammlung sind auf den Verwaltungsrat bzw. die Landesregierung übergegangen.

Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kennziffern

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein hat die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Vorschriften über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute nach dem Kreditwesengesetz (KWG) im abgelaufenen Geschäftsjahr stets eingehalten.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden sowie der schwebenden Geschäfte erfolgt nach den Vorschriften der §§ 340 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 252 ff. HGB.

Forderungen werden zum Nennwert bzw. zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert (strenges Niederstwertprinzip) ausgewiesen. Unterschiedsbeträge werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Allen erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Das latente Risiko im Kreditgeschäft wird durch Pauschalwertberichtigungen abgedeckt. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen erfolgt in Anlehnung an das vom BMF mit Schreiben vom 10.01.1994 für Kreditinstitute empfohlene Verfahren. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sowie Vorsorgereserven nach 340 f HGB werden aktivisch von den Forderungsbeständen abgesetzt.

Die zum Bilanzstichtag ermittelten anteiligen Zinsen werden gemäß RechKredV mit der zugrunde liegenden Forderung oder Verbindlichkeit bilanziert.

Anteilige Zinsen aus Zinsswaps werden periodengerecht abgegrenzt. Der Ausweis erfolgt in den Positionen Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind handelsrechtlich dem Anlagebestand zugeordnet und werden grundsätzlich bis zum Ende der Fälligkeit gehalten. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag werden laufzeitanteilig erfolgswirksam gebucht.

Für Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Anlagebestandes mit einem Buchwert von 882,5 (Vj. 1.069,0) Mio. € wurden Marktwerte in Höhe von 829,7 (Vj. 1.053,1) Mio. € und für einen Genussschein mit einem Buchwert von 9,9 Mio. € (Vj. 9,9) Mio. € wurde ein Marktwert von 6,5 (Vj. 7,2) Mio. € ermittelt. Unter Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips wurde auf Abschreibungen verzichtet, da sich die Bonität der Emittenten voraussichtlich nicht dauerhaft verschlechtert hat.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Gegenstände des Sachanlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden in Anlehnung an die steuerlichen AfA-Tabellen abgeschrieben. Dies gilt auch für die unter den Immateriellen Anlagewerten bilanzierte Software. Für ge-

ringwertige Wirtschaftsgüter im Sinne des § 6 Abs. 2a EStG wurde ein Sammelposten gebildet, der über 5 Jahre linear abgeschrieben wird.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Unterschiedsbeträge zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag werden in die Rechnungsabgrenzung eingestellt und planmäßig aufgelöst.

In der Position „Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln“ werden die bis zum 31. Dezember 2006 zugeflossenen Mittel des Bundes gezeigt, die in der sozialen Wohnraumförderung eingesetzt werden.

Die Berechnung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfolgte auf den Stichtag 30. September 2011 unter Verwendung der Projected Unit Credit Method. Der Berechnung liegen die Heubeck-Richttafeln 2005 G zugrunde. Als Rechnungszins wurde der von der Bundesbank veröffentlichte Zinssatz (Restlaufzeit 15 Jahre) in Höhe von 5,13 (Vj. 5,17) % verwendet. Es wurde eine Gehaltssteigerung von 2 % p.a. angenommen.

Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages wurde eine Kostensteigerung von 2 % p.a. berücksichtigt. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit fristadäquaten Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind.

Die Aufwendungen aus der Aufzinsung der Rückstellungen in Höhe von 2,0 (Vj. 1,9) Mio. € werden in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen gezeigt.

Der „Fonds für Zinsausgleich“ stellt eine Wertkorrektur für die ausgezahlten und auf der Aktivseite zum Nominalwert ausgewiesenen unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen aus dem Fördergeschäft der Investitionsbank dar.

Für die in den Jahren 1995 bis 1998 ausgezahlten unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen hat sich das Land Schleswig-Holstein verpflichtet, diese Förderdarlehen auf Anfordern zum Nennwert zu übernehmen. Durch den Fonds für Zinsausgleich wird in jedem Fall eine verlustfreie Bewertung der Förderdarlehen gemäß § 253 Abs. 3 in Verbindung mit § 340e Abs. 1 HGB sichergestellt.

Auch für die im Geschäftsjahr ausgezahlten Darlehen der Krankenhausfinanzierung hat das Land die Verpflichtung übernommen, diese auf Anfordern zum Nennwert zu übernehmen.

Im internen Risikomanagement bewertet die Investitionsbank die Zinsänderungsrisiken regelmäßig mit der Modernen Historischen Simulation, einem barwertigen Ansatz. Aus diesem Grund hat die Bank sich entschieden, auch bei der Beurteilung, ob handelsrechtlich eine verlustfreie Bewertung des Zinsbuchs vorliegt, auf den barwertigen Ansatz abzustellen. Danach weist das Zinsbuch zum Stichtag stille Reserven aus. Eine Drohverlustrückstellung wurde nicht gebildet.

Im Rahmen von für Dritte erbrachte Dienstleistungen erhält die Bank Provisionen aus der Verwaltung von Treuhand- und Verwaltungskrediten.

Die Bank schließt Zinstauschvereinbarungen zur Absicherung der Gesamtzinsposition ab (macro-hedge). Es findet keine Zusammenfassung von Grundgeschäften und Sicherungsinstrumenten (Bewertungseinheiten) zum Zweck der bilanziellen Abbildung statt.

Im Zinsergebnis der Bank erfolgt ein Bruttoausweis der Erfolge aus Zinstauschvereinbarungen.

Angaben zur Bilanz

Forderungen an Kreditinstitute

Fristengliederung	31.12.2011 Mio. €	Vorjahr Mio. €
täglich fällig	87,5	48,7
nach Restlaufzeiten		
▶ bis 3 Monate	425,0	215,8
▶ mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	369,5	346,0
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.248,9	1.284,2
▶ mehr als 5 Jahre	2.380,0	2.296,0
Bilanzausweis	4.510,9	4.190,7

Forderungen an Kunden

Fristengliederung	31.12.2011 Mio. €	Vorjahr Mio. €
nach Restlaufzeiten		
▶ bis 3 Monate	378,3	229,3
▶ mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	488,8	404,9
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.144,8	2.152,0
▶ mehr als 5 Jahre	6.590,5	6.544,5
Bilanzausweis	9.602,4	9.330,7
darunter:		
mit unbestimmter Laufzeit	0,0	0,0

In den Forderungen an Kunden sind 61,3 (Vj. 57,0) Mio. € Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, ausgewiesen. Forderungen an verbundene Unternehmen sind in Höhe von 5,0 (Vj. 4,0) Mio. € enthalten.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Börsenfähigkeit	31.12.2011 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
▶ börsennotiert	2.854,6	2.692,5
▶ nicht börsennotiert	0,0	15,0
Bilanzausweis	2.854,6	2.707,5
darunter:		
im Folgejahr fällig	538,6	512,6

In Pension gegebene Vermögensgegenstände

Der Buchwert der im Rahmen echter Pensionsgeschäfte in Pension gegebenen Wertpapiere beträgt 1.336,5 (Vj. 1.429,6) Mio. €.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Börsenfähigkeit	31.12.2011 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Genussschein)		
▶ börsennotiert	9,9	9,9
▶ nicht börsennotiert	0,0	0,0
Bilanzausweis	9,9	9,9

Nachrangige Vermögensgegenstände

Aufgliederung nach Bilanzposten	31.12.2011 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	63,0	63,0
Forderungen an Kunden	32,6	33,4
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	60,7	75,7
Insgesamt	156,3	172,1

Treuhandvermögen

Aufgliederung nach Bilanzposten	31.12.2011 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute		
▶ täglich fällig	30,5	57,1
▶ andere Forderungen	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	926,3	933,6
Bilanzausweis	956,8	990,7

Sachanlagevermögen

	Immaterielle Anlagewerte Mio. €	Betriebs- und Ge- schäftsausstattung Mio. €	Grundstücke und Gebäude Mio. €	Darunter: eigengenutzte Grundstücke und Gebäude Mio. €
Hist. Anschaffungskosten	6,5	5,9	8,5	8,4
Zugänge	0,1	0,2	0,4	0,0
Abgänge	0,0	0,0	0,0	0,0
Zuschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Abschreibungen, kumuliert	5,4	4,7	1,7	1,7
Abschreibungen, lfd. Jahr	0,9	0,4	0,2	0,2
Buchwert 31.12.2011	1,2	1,4	7,2	6,7

Finanzanlagevermögen

	Beteiligungen Mio. €	Anteile an verbundenen Unternehmen Mio. €	Wertpapiere ¹⁾ Mio. €	Aktien und andere nicht fest- verzinsliche Wertpapiere Mio. €
Buchwert zum 01.01.2011	8,3	100,6	2.666,9	9,9
Zugänge	0,019	0,0	843,4	0,0
Zuschreibungen	0,0	0,0	0,6	0,008
Abgänge	0,0	0,0	702,9	0,0
Abschreibungen	0,0	0,0	0,2 ²⁾	0,0
Umbuchungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Buchwert 31.12.2011	8,3	100,6	2.807,8	9,9

¹⁾ Der Bilanzausweis beinhaltet fällige und anteilige Zinsen in Höhe von 46,8 Mio. €.

²⁾ Abschreibung Agio

Sonstige Vermögensgegenstände

Der Bilanzausweis in Höhe von 12,5 (Vj. 14,6) Mio. € beinhaltet im Wesentlichen einen Erstattungsanspruch gegenüber dem Land über 10,5 (Vj. 10,1) Mio. € sowie Anzahlungen auf erworbene Forderungen in Höhe von 1,5 (Vj. 3,1) Mio. €.

Aktive Rechnungsabgrenzungen

	31.12.2011 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Agien aus erworbenen Schuldscheindarlehen	1,5	4,1
Disagien aus begebenen Schuldscheindarlehen	0,1	0,1
Disagien aus begebenen Namenspapieren	0,5	0,5
Sonstiges	0,3	0,1
Bilanzausweis	2,4	4,8

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Fristengliederung	31.12.2011 Mio. €	Vorjahr Mio. €
täglich fällig	372,0	377,0
nach Restlaufzeiten:		
▶ bis 3 Monate	1.330,6	1.880,7
▶ mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.378,8	578,1
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	4.159,5	4.132,0
▶ mehr als 5 Jahre	6.000,0	5.619,7
Bilanzausweis	13.240,9	12.587,5

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Fristengliederung	31.12.2011 Mio. €	Vorjahr Mio. €
täglich fällig	31,8	27,8
nach Restlaufzeiten:		
▶ bis 3 Monate	92,8	30,6
▶ mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	35,4	20,3
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	30,0	96,6
▶ mehr als 5 Jahre	1.197,7	1.135,7
Bilanzausweis	1.387,7	1.311,0

Verbindlichkeiten der IB aus der Förderung mit Bundesmitteln

Fristengliederung	31.12.2011 Mio. €	Vorjahr Mio. €
nach Restlaufzeiten:		
▶ bis 3 Monate	9,5	10,9
▶ mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	8,3	8,8
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	64,8	73,1
▶ mehr als 5 Jahre	245,6	253,4
Bilanzausweis	328,2	346,2

Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Die IB hat Darlehensforderungen aus dem Fördergeschäft in Höhe von 442,1 (Vj. 455,6) Mio. € als Sicherheiten an die Landwirtschaftliche Rentenbank und die Kreditanstalt für Wiederaufbau abgetreten. Darüber hinaus wurden Wertpapiere und Schuldscheindarlehen mit einem Buchwert von 955,1 (Vj. 1.028,0) Mio. € an die Deutsche Bundesbank verpfändet.

Treuhandverbindlichkeiten

Aufgliederung nach Bilanzposten	31.12.2011 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
▶ täglich fällig	0,1	2,1
▶ andere Verbindlichkeiten	31,9	36,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
▶ täglich fällig	19,3	55,2
▶ andere Verbindlichkeiten	905,5	897,3
Bilanzausweis	956,8	990,7

Sonstige Verbindlichkeiten

Der Bilanzausweis in Höhe von 28,0 (Vj. 23,4) Mio. € beinhaltet im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus erhaltenen Zuschüssen im Rahmen des EFRE-Fonds mit einem Betrag von 26,4 (Vj. 21,7) Mio. €.

Passive Rechnungsabgrenzungen

	31.12.2011 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Disagien aus Darlehen	24,5	32,2
Disagien aus Schuldscheindarlehen und Namenspapieren	0,1	0,2
Ankauf von Forderungen zum Barwert	20,7	22,9
Sonstiges	8,9	7,6
Bilanzausweis	54,2	62,9

Eigenkapital

In die Kapitalrücklage wurden Landesmittel in Höhe von 12,6 Mio. € eingestellt. Der Bilanzgewinn 2010 in Höhe von 3,0 Mio. € wurde an das Land abgeführt.

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Bei den Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 587,7 (Vj. 620,4) Mio. € handelt es sich um Kreditbürgschaften. Unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 631,2 (Vj. 591,0) Mio. € resultieren aus Auszahlungsverpflichtungen aus dem Fördergeschäft.

Die Eventualverbindlichkeiten aus Kreditbürgschaften stellen Kreditersatzgeschäft dar. Das Risiko der Inanspruchnahme wird im Rahmen der Kreditbewilligung auf Einzelgeschäftsebene eingeschätzt. Die Gründe für die Inanspruchnahme entsprechen den im Kreditgeschäft branchenüblichen Risiken.

Auszahlungsverpflichtungen aus dem Fördergeschäft werden voraussichtlich in voller Höhe in Anspruch genommen.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

Als wesentliche Einzelbeträge beinhalten die sonstigen betrieblichen Erträge Kostenerstattungen in Höhe von 9,0 Mio. €.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultiert ein Betrag von 2,0 Mio. € aus der Aufzinsung von Rückstellungen.

Gesamthonorar des Abschlussprüfers

	31.12.2011 T €	Vorjahr T €
Abschlussprüfungsleistungen	196,3	198,3
andere Bestätigungsleistungen	0,0	0,0
Steuerberatungsleistungen	0,0	0,0
sonstige Leistungen	21,1	0,0
Insgesamt	217,4	198,3

Periodenfremde Aufwendungen und Erträge

Die Gewinn- und Verlustrechnung enthält periodenfremde Aufwendungen in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 0,1 Mio. €. In den Zinserträgen sind Vorjahre betreffende Erträge von 1,5 Mio. € enthalten.

Sonstige Angaben

Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 und 11a HGB

	Anteil am Kapital in v. H.	Eigenkapital in T € ^{1) 2)}	Davon: Ergebnis in T € ²⁾
Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft Stormarn mbH, Bad Oldesloe	24	21.265	933
NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH, Kiel	100	43	3
NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH & Co. KG, Kiel	100	3.961	3.797
Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Kiel	50,6	52.388	5.877

¹⁾ Eigenkapital in der Definition der §§ 266 und 272 HGB

²⁾ Vorjahreszahlen

Derivategeschäft

Zum Bilanzstichtag hat die Investitionsbank die folgenden Derivate zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken im Bestand. Sämtliche Geschäfte wurden mit Banken mit Sitz in einem OECD-Land abgeschlossen.

Die Marktbewertung erfolgte mittels der Discounted Cashflow-Methode.

Zum Bilanzstichtag abgegrenzte Zinsen aus den Swapgeschäften werden unter den Forderungen an Kreditinstitute mit 45,8 (Vj. 24,1) Mio. € bzw. unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 146,3 (Vj. 115,7) Mio. € ausgewiesen.

Mio. €	Restlaufzeit (Nominal)			Marktwerte	
	<= 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre	positive	negative
Zinsswaps	1.165,0	2.740,1	5.117,2	266,0	683,6

Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

	weiblich	männlich	insgesamt	Vorjahr
Beschäftigte	273	193	466	464
davon: Teilzeitbeschäftigte	110	8	118	98

Gesamtbezüge und Darlehen der Organe

Am Bilanzstichtag bestehen keine Kredite an Mitglieder des Vorstandes (Vj. 0,1 Mio. €). Kredite an Mitglieder des Verwaltungsrates sind in Höhe von 0,1 (Vj. 0,2) Mio. € vorhanden.

Die Gesamtbezüge des Vorstands für das Geschäftsjahr 2011 betragen 0,9 (Vj. 0,6) Mio. €, darin enthalten sind Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge in Höhe von 0,3 (Vj. 0,1) Mio. €.

Für frühere Mitglieder der Organe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 3,4 (Vj. 2,0) Mio. €.

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Als nahe stehende Personen gelten natürliche sowie juristische Personen und Unternehmen, die aufgrund ihrer gesellschaftsrechtlichen Verbindung oder Organmitgliedschaft auf die Bank oder ihre Tochterunternehmen wesentlich einwirken können.

Als nahe stehende Unternehmen haben wir die verbundenen Unternehmen der IB identifiziert.

Als nahe stehende Privatpersonen behandeln wir die Mitglieder von Vorstand und Verwaltungsrat.

Sämtliche Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen oder Personen werden zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen.

Organe der Investitionsbank Schleswig-Holstein

Vorstand

Erk Westermann-Lammers

Vorsitzender des Vorstandes,
Marktvorstand

Dr. Michael Adamska

Marktfolgevorstand

Dr. Klaus Rave (bis 31.01.2011)

Marktvorstand

Verwaltungsrat

Dr. Olaf Bastian (Vorsitzender)

Staatssekretär im Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Tamara Zieschang (1. Vertr. des Vorsitzenden)

Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Volker Dornquast (2. Vertr. des Vorsitzenden)

Staatssekretär im Innenministerium
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Michael Dölp

Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Bettina Bonde

Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Ernst-Wilhelm Rabius

Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und
ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Jörg Bülow (bis 30.06.2011)

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des
Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages, Kiel

Dr. Jörn Biel (bis 30.06.2011)

Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der
Industrie- und Handelskammer zu Kiel

Jochen von Allwörden (ab 01.07.2011)

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des
Städteverbandes Schleswig-Holstein

Matthias Schulz-Kleinfeldt (ab 01.07.2011)

Hauptgeschäftsführer der IHK zu Lübeck

Von den Betriebsangehörigen gewählte Mitglieder

Ulrich Adolf

Kiel

Axel Barkow

Trappenkamp

Patricia Friedrichs

Kiel

Silke Jahn (bis 30.06.2011)

Holtsee

Nils Bachmann (geb. Rohweder) (ab 01.07.2011)

Kiel

Mandate der Vorstandsmitglieder in Aufsichtsgremien

Erk Westermann-Lammers

Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH
Fabrikstraße 7
24103 Kiel

HSH Finanzfonds AöR

Besenbinderhof 37
20097 Hamburg
(ab 24.03.2011)

Dr. Michael Adamska

Mittelständische Beteiligungsgesellschaft
Schleswig-Holstein mbH
Lorentzendam 21
24103 Kiel

Dr. Klaus Rave

Energie Systeme Nord GmbH
Ingenieurunternehmen für Energie und Umwelttechnik
Lise-Meitner-Straße 25-29
24223 Schwentinental

WKN Windkraft Nord AG

Otto-Hahn-Straße 12-16
25813 Husum

Mandate anderer Mitarbeiter in Aufsichtsgremien

Monika Evert

Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH
Fabrikstraße 7
24103 Kiel

Kiel, den 19. März 2012



Erk Westermann-Lammers
(Vorstandsvorsitzender)



Dr. Michael Adamska

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Investitionsbank Schleswig-Holstein, Kiel für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der Investitionsbank Schleswig-Holstein, Kiel, den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 27. März 2012

Deloitte & Touche GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Reker
Wirtschaftsprüfer

gez. ppa. Hammelstein
Wirtschaftsprüfer

Impressum

Herausgegeben von der Investitionsbank Schleswig-Holstein
Kommunikation/Marketing
Telefon 0431 9905-3448 oder 0431 9905-3481

Gestaltung

New Communication GmbH & Co. KG

Bebilderung

PantherMedia: Titelseite, Seite 7, 18/19, 30/31, 40/41, 50/51, 58/59, 66/67, 68/69, 74/75, 78/79
avenue images (Martin Barraud): Seite 10/11

Daniela Vagt: Seite 5

Geert Oeser: Seite 27, 38, 39, 47, 48, 49

Denker & Wulf AG: Seite 27, 28, 29

BALTICSOLAR GmbH: Seite 56, 57

New Communication GmbH & Co. KG: Seite 38

Druck

Druckgesellschaft mbH JOOST & SAXEN

ClimatePartner 
**klimaneutral
gedruckt**

Die CO₂-Emissionen dieses Produkts wurden
durch CO₂-Emissionszertifikate ausgeglichen.

Zertifikatsnummer: 353-10301-0111-1003
www.climatepartner.com



Investitionsbank Schleswig-Holstein

Postfach 1128 · 24100 Kiel
Fleethörn 29–31 · 24103 Kiel
Tel. 0431 9905-0 · Fax 0431 9905-3383
info@ib-sh.de · www.ib-sh.de

IB.Büros

Ahrensburg · Beimoorcamp 6
Tel. 04102 458233

Elmshorn · Ramskamp 71–75
Tel. 04121 471550

Eutin · Königstraße 2
Tel. 04521 774638

Flensburg · Friesische Straße 1–9
Tel. 0461 144860

Itzehoe · Hanseatenplatz 5
Tel. 04821 67770

Kiel · Fleethörn 29–31
Tel. 0431 9905-0

Lübeck · Fackenburger Allee 2
Tel. 0451 799860

Neumünster · Großflecken 26
Tel. 04321 488830

Norderstedt · Rathausallee 70
Tel. 040 5268300

Rendsburg · Kanzleistraße 1
Tel. 04331 122544

Schleswig · Michaelisstraße/Carstengang 2
Tel. 04621 989771



Standorte außerhalb Schleswig-Holsteins

Hamburg (in Kooperation mit der Innovationsstiftung Hamburg)
Büro des Enterprise Europe Network Hamburg Schleswig-Holstein
Habichtstraße 41 · Tel. 040 8222078-64 · www.een-hhsh.de

Rostock: Europäische Territoriale Zusammenarbeit/EU-Ostseeprogramm
Grubenstraße 20 · Tel. 0381 454845281

Sekretariat EU-Ostseeprogramm, Zweigstelle Riga
(in Kooperation mit der State Regional Development Agency, Lettland)
Ausekla iela 14 · 3rd floor · Tel. +37 167357368

Verbindungsbüro Brüssel
Square de Meeüs 37 · Tel. +32 22307224

Investitionsbank Schleswig-Holstein

Fleethörn 29–31

24103 Kiel

Tel. 0431 9905-0

www.ib-sh.de